

Wirtschaft und Kultur
Schriftenreihe des Forschungsbereiches

No. 15

2014

Gesellschaft & Arbeit:
Untersuchungen zur Arbeitslosigkeit

Hg. Andrea Grisold, Elfie Miklautz, Gertraude Mikl-Horke, Andreas Resch
Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Institut für Institutionelle
und Heterodoxe Ökonomie, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte,
Wirtschaftsuniversität Wien
© 2014

Forschungsberichte
aus der LV Interdisziplinäres sozioökonomisches Forschungspraktikum „Gesellschaft &
Arbeit“
im Rahmen des Masterstudiums der Sozioökonomie
an der Wirtschaftsuniversität Wien
unter der Leitung von
PD Mag.Dr. Barbara Haas, ao. Univ.Prof. Dr. Johanna Hofbauer, Mag. Marco Maier,
ao. Univ.Prof. Dr. August Österle, Dr. Nadia Steiber
Studienjahre 2011/12, 2013/14 und 2014/15

Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung
www.wu.ac.at/sozio
Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie
www.wu.ac.at/vw3
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
www.wu.ac.at/geschichte

Vorwort

Die Schriftenreihe „Wirtschaft und Kultur“ versammelt Beiträge zu aktuellen Fragen sozioökonomischer Forschung. Im Rahmen von 3 Bänden präsentieren Studierende des Masterstudiums „Sozioökonomie“ ihre Abschlussarbeiten der Forschungspraktika zum Thema „Gesellschaft und Arbeit“. Die ausgewählten Beiträge aus den Studienjahren 2012 – 2014 sind thematisch wie folgt zusammengefasst:

Band 14 zum Thema Pflege:

- Sylvia Mandl, Sandra Müllner, Roland Würzel (Intergenerationale Solidarität in der Pflege)
- Emilia Ferihumer, Lukas Klenovsky, Sara Scheiflinger, Katharina Zembacher (Langzeitpflege – eine Frage der Verantwortung. Eine gendersensible Perspektive auf Österreich)
- Rita Bergmann, Barbara Glinsner, Eva Reichel (Wer pflegt wie? Eine geschlechtersensitive Betrachtung der informellen Pflege und Betreuung in Österreich)
- Karin Arzberger, Anna Brandauer, Philipp Kienzl, Fiona Predovic (Gesellschaftliche und politische Einschätzungen zur Bezahlbarkeit von Langzeitpflege. Österreich und Deutschland im Ländervergleich)

Band 15 zum Thema Arbeitslosigkeit:

- Martina Gössl, Kathrin Hranjai, Peter Schauer, Anna Zeitlberger (Rahmenbedingungen der psychischen Prekarität bei jungen Erwachsenen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau)
- Jakob-Moritz Eberl, Alexander Lang, Michaela Lebisch, Hana Mikulová („Schmarotzende“ und „Opfer“ – Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen)
- Verena Burger, Marielisa Hoff, Clara Moder, Blerta Mulaj (Staatliche Verantwortung bei Arbeitslosigkeit? Gesellschaftliche Wahrnehmung und Perspektiven junger AkademikerInnen)

Band 16 zum Thema Organisationsklima in Non-Profit-Organisationen:

- Assma Hajji, Katharina Imlinger, Dominik Klaus, Michael Soder (Dimensionen des Organisationsklimas und Konfliktpotenziale in Non-Profit Organisationen: Eine Mixed-Methods-Fallstudie)

Die vorliegenden Beiträge thematisieren den Zusammenhang von Wirtschaft und Kultur unter dem Aspekt kultureller Sinn- und Deutungssysteme, die in wirtschaftliche Systeme eingebettet sind. Sie fragen nach Handlungsorientierungen und Bewertungs-

mustern im Kontext wirtschaftlicher Praxis, insbesondere die Erwerbsarbeit bzw. die damit verbundene Vorstellungswelt betreffend.

Die Beiträge zeigen, dass kulturelle Deutungen von Arbeit dem Einfluss verschiedener Kräfte unterliegen. Eine bedeutende Rolle spielen neben politischen und medialen Diskursen die institutionellen Arrangements einer Gesellschaft, beispielsweise ihres wirtschaftspolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Systems. Den Beiträgen zur Schriftenreihe liegen empirische Untersuchungen zur Pflegearbeit und zur Freiwilligenarbeit im Kontext von Non Profit-Organisationen vor. Zwei weitere Beiträge beinhalten empirische Studien zur kulturellen Deutung von Arbeitslosigkeit und den damit in Zusammenhang stehenden sozialen Einstellungen.

Funktional differenzierte Gesellschaften entwickeln eine Vielzahl kultureller Kontexte. Interessant an den empirischen Forschungsarbeiten zum Thema „Arbeit und Gesellschaft“ ist der Blick auf kontextübergreifende Deutungen, da hiermit charakteristische Spannungsfelder des Sozialen beleuchtet werden und aktuelle gesellschafts- wie auch konkrete sozialpolitische Fragen aufgeworfen werden – beispielsweise die konkurrierenden Qualitätsstandards von Pflegearbeit, zwischen betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien einerseits und Kriterien von Fürsorgearbeit andererseits. (Band 14)

Die Untersuchungen zur sozialen Repräsentation von Arbeitslosigkeit bzw. zu den Einstellungen gegenüber arbeitslosen Menschen verdeutlichen Gefahren für die gesellschaftliche Integration. Wenn die Normen eines erwerbswirtschaftlich geprägten Leistungsethos dominieren und strukturelle Ursachen für Arbeitslosigkeit ausgeklammert werden, kann es leicht zur Stereotypisierung und Ausgrenzung arbeitsloser Menschen kommen. (Band 15)

Die Untersuchung zum Organisationsklima in Non Profit Organisationen verdeutlicht das Konfliktpotenzial innerhalb von Organisationen, die den latenten Konflikt zwischen MitarbeiterInnengruppen in unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen und mit ungleichen Statuschancen nicht bearbeiten. (Band 16)

Methodisch werden in allen Beiträgen quantitative und qualitative Daten verknüpft. Die qualitativen Ergebnisse (meist aus Interviews bzw. der Interpretation von Parlamentsprotokollen) stellen eine wesentliche Bereicherung der quantitativen Sekundäranalysen dar. Sozioökonomische Fragestellungen auf Basis unterschiedlicher Methoden zu beantworten bietet neben der Herausforderung auch die Möglichkeit, kulturelle Deutungsmuster im Alltag vor dem Hintergrund der strukturierenden gesellschaftlichen Bedingungen besser zu verstehen.

Barbara Haas, Johanna Hofbauer und August Österle

Inhalt

Seite	Text
1	Rahmenbedingungen der psychischen Prekarität bei jungen Erwachsenen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau Martina Gössl, Kathrin Hranyai, Peter Schauer, Anna Zeitlberger Studienjahr 2011/12
30	„Schmarotzende“ und „Opfer“ – Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen Jakob-Moritz Eberl, Alexander Lang, Michaela Lebisch, Hana Mikulová Studienjahr 2013/14
63	Staatliche Verantwortung bei Arbeitslosigkeit? Gesellschaftliche Wahrnehmung und Perspektiven junger AkademikerInnen Verena Burger, Marielisa Hoff, Clara Moder, Blerita Mulaj Studienjahr 2014/15

Rahmenbedingungen der psychischen Prekarität bei jungen Erwachsenen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau

Martina Gössl, Kathrin Hranyai, Peter Schauer, Anna Zeitlberger

Kurzangaben zu den AutorInnen:

Martina Gössl (1988): Von 2007 bis 2010 Bachelorstudium der Soziologie an der Universität Wien. Von 2010 bis 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien. Nach Berufsstationen als Feldmanagerin und Projektassistentin seit 2013 als Projektleiterin bei GfK Austria tätig. Arbeits- und Forschungsschwerpunkt: Medien (v.a. Radio, Kino und Cross-Media), Datenfusionen, Segmentierungen, multivariate statistische Verfahren.

Kathrin Hranyai (1986): Von 2006 bis 2010 Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Studienzweig Volkswirtschaft und Sozioökonomie) an der WU Wien. Von 2010 bis 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien. Seit 2011 wissenschaftliche Assistentin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Arbeits- und Forschungsschwerpunkt: Empirische Innovationsforschung, Hochschulforschung, Patentanalysen.

Peter Schauer (1986): Von 2006 bis 2010 Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Studienzweig Volkswirtschaft und Sozioökonomie) an der WU Wien. Von 2010 bis 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien. Auslandsaufenthalte in Istanbul und Johannesburg. Nach Berufsstationen als Personalberater, freier Journalist, Organisationsreferent und Trainer seit 2014 Teil der Geschäftsführung der Feuerbestattung Oberösterreich.

Anna Zeitlberger (1987): Von 2006 bis 2010 Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Studienzweig Volkswirtschaft und Sozioökonomie) an der WU Wien und von 2010 bis 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien. Nach studienbegleitender Tätigkeit in der Steuerberatung seit 2013 Personalberaterin im Finanzbereich bei Schulmeister Management Consulting.

Abstract

Der Wandel der Arbeitswelt und die Expansion atypischer Beschäftigungsverhältnisse bewirkten einen Anstieg der Prekarität, die nicht nur in einer spezifischen Bevölkerungsschicht vorzufinden ist, sondern in der heutigen Gesellschaft jeden betreffen kann. Die aktuelle Studie hinterfragt den Grad der Prägung von Qualifikationsniveaus auf die Beschäftigungsverhältnisse junger ArbeitnehmerInnen und somit auf die Rahmenbedingungen der Prekarität. Die Konzentration auf die spezifische Bevölkerungsgruppe der 18 bis 35-Jährigen erfolgte, da besonders junge Erwachsene von Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind, welche vom Normalarbeitsverhältnis abweichen. Die Arbeit fokussiert auf Rahmenbedingungen der psychischen Prekarität und analysiert diese mittels Daten des ESS 2004/05. Dabei stellte sich heraus, dass es bezüglich der Rahmenbedingungen keinen allgemein gültigen Unterschied zwischen höher und geringer Qualifizierten gibt, jedoch bei genauerer Betrachtung einzelner Rahmenbedingungen Differenzen zwischen den Qualifikationsniveaus auszumachen sind. So sind geringer Qualifizierte vermehrt mit Arbeitsplatzunsicherheit und gesundheitsgefährdender Arbeit konfrontiert, wohingegen höher Qualifizierte einer höheren mentalen Belastung ausgesetzt sind. Das Vorhandensein dieser Rahmenbedingungen wirft die Frage auf, warum ArbeitnehmerInnen diese Situation akzeptieren, wodurch zusätzliche qualitative Interviews mit der spezifischen Gruppe der jungen ForscherInnen geführt wurden, um ein besseres Verständnis für die Wahrnehmung und den Umgang zu erlangen. Als ein Grund für die Akzeptanz der Arbeitssituation konnte dabei die Möglichkeit der Karriereentwicklung identifiziert werden.

Einleitung

Seit der Industriellen Revolution erlebte die strikte Trennung von Arbeitssphäre und Privatbereich, ergänzt um die sozialrechtliche Absicherung infolge der Nachkriegszeit, Umbrüche. (vgl. Voß 1998) Derzeit lässt sich ein Wandel innerhalb der Arbeitswelt in Europa ausmachen, welcher durch den Bedeutungsverlust der Normalarbeitszeit gekennzeichnet ist. Offensichtlich wird dies durch den Anstieg der Teilzeitarbeit, sowie durch jenen der flexiblen Arbeitsverhältnisse. (vgl. Eurostat, 2009a; ILO, 2010; Moser, Hess, 2003) Aufgrund dieser grundlegenden Veränderung ist es essentiell, die nun aufkommenden atypischen Beschäftigungsverhältnisse und die damit einhergehende Prekarisierung der Arbeit näher zu ergründen. Gerade da Prekarität ein relativ neues Phänomen ist, ist es wichtig, dieses näher zu betrachten (vgl. Brinkmann et al., 2006; Greussing, Häfele, 2008).

Die Thematik atypischer Arbeitsverhältnisse erlangte in den letzten Jahren im internationalen Diskurs immer mehr an Relevanz und dadurch auch die Prekaritäts-

gefährdung. Zwei Studien zur eben angesprochenen Thematik wurden von Eurostat veröffentlicht. Während die erste Studie (Eurostat, 2009a) sich mit der Work-Life Balance der 25- bis 49-Jährigen beschäftigt und im Zuge dessen die Arbeitszeitthematik thematisiert, fokussierte die zweite Veröffentlichung (Eurostat, 2009b) auf den Übergang von der Schule in das Berufsleben und beschreibt unter anderem Gründe für befristete Anstellungen und Teilzeitjobs. Auch Brzinsky-Fay (2007) befasst sich in einer länderübergreifenden Studie mit diesem Übergang, jedoch wurde Österreich in dieser Arbeit nicht thematisiert.

Betrachtet man den derzeitigen Stand der Forschung zeigt sich, dass sich auf internationaler Ebene bereits mehrere AutorInnen beziehungsweise Organisationen mit prekären Arbeitsbedingungen, besonders von jungen ArbeitnehmerInnen, beschäftigen (vergleiche hierfür ILO, 2010; OECD, 2008; Giesecke, 2006; Kogan und Schubert, 2003), wohingegen Studien im österreichischen Forschungsraum bisher vorrangig den Fokus auf konkrete Branchen oder spezifische Beschäftigungsverhältnisse lenkten. Aufgrund dessen, dass im österreichischen Diskurs bislang eine Konzentration auf spezifische Bildungssegmente stattfand, wie beispielsweise den Hochschulsektor, kann keine allgemein gültige und vergleichende Aussage in Bezug auf prekäre Beschäftigung und Bildungsniveau getroffen werden. Es konnten nur exemplarische Aussagen darüber getätigt werden, wie sich die Situation in einer bestimmten Branche oder einem konkreten Beschäftigungsverhältnis darstellt, eine umfassende Betrachtung der allgemeinen Situation von jungen Erwachsenen unterschiedlicher Qualifikationsniveaus war jedoch nicht gegeben. Um diese Lücke zu schließen wurde folgende Forschungsfrage entwickelt und im Rahmen der Forschungsarbeit beantwortet:

Sind junge Erwachsene unterschiedlicher Qualifikationsniveaus in Österreich mit Rahmenbedingungen prekärer Beschäftigung konfrontiert und können Diskrepanzen festgestellt werden?

Während es die Aufgabe des quantitativen Teils war, mögliche Differenzen nach Bildungsniveau auszumachen, sollte im Zuge einer zusätzlichen qualitativen Forschung der Umgang der spezifischen Berufsgruppe der JungforscherInnen näher betrachtet werden, um so die Wahrnehmung und den Umgang mit möglichen Rahmenbedingungen der psychischen Prekarität zu hinterfragen. Die quantitativen Ergebnisse veranschaulichen, ob diese Rahmenbedingungen vorhanden sind, jedoch nicht ob sie auch als problematisch angesehen werden bzw. ob sie zur psychischen Prekarität führen, wodurch diese zusätzlichen Ergebnisse essentiell für ein besseres Verständnis der Forschungsthematik. Hierfür wurden folgende Forschungsfragen entwickelt:

Wie wird von Betroffenen ihre Arbeitssituation wahrgenommen?

Wie wird mit den psychischen Auswirkungen von prekärer Arbeit umgegangen?

Wie beeinflussen prekäre Arbeitsbedingungen die Lebensplanung?

Im folgenden Abschnitt werden die theoretischen Überlegungen zur Forschungsfrage und die Hypothesen vorgestellt. Unter dem Punkt „Daten und Variablen“ ist die Erläuterung des Datensatzes sowie der verwendeten Variablen und Methoden verankert, gefolgt von den quantitativen und qualitativen Ergebnissen in Abschnitt 4 und der Schlussfolgerung.

Theoretische Überlegungen

Fokussiert man auf den Begriff der Prekarität, fällt auf, dass sich viele WissenschaftlerInnen, wie Hardering (2009), Brinkmann (2006) und Mörchen (2006), als auch Dörre (Brinkmann et al., 2006) im Zuge ihrer Prekaritätsdefinitionen auf Robert Castel beziehen. Castel teilt die Gesellschaft, aufgrund der Auflösung der schützenden Strukturen des Arbeitslebens und der damit entstehenden Unsicherheit, in Integration, Prekarität und Entkopplung. (vgl. Castel, 2009) Als weitere wichtige Person, die die Prekaritätsdiskussion maßgeblich beeinflusst hat, sei hier Bourdieu zu erwähnen. Er gilt als einer der bekanntesten Verfechter der Prekarisierungsthese, wobei er Prekarität als „Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen“ (Bourdieu, 1998: 96f; zit In: Hardering, 2009) sieht. Während Castel und Bourdieu eher theoretische Begriffsbestimmungen aufzeigen, stellten sich bereits mehrere AutorInnen dem Versuch, diesen komplexen Begriff präziser zu definieren, um das Phänomen adäquat zu untersuchen. (vgl. Klecha, Reimer, 2008; Brinkmann 2006; Miko et al., 2002; Greussing, Häfele, 2008; Hardering 2009; Janowitz, 2006; Fink et al., 2001; Huber; Michenthaler, 2009) In der vorliegenden Studie wurden die Rahmenbedingung psychischer Prekarität in Anlehnung an die Begriffsbestimmung von Miko et. al. (2002) diskutiert, die den Begriff der psychischen Prekarität aufwirft und darunter folgende Prekaritätsmerkmale versteht: das Fehlen der Beschäftigungsstabilität, den Zeit- und Leistungsdruck, die Entgrenzung, sowie die Vermischung von Arbeits- und Privatleben.

Fokussiert man auf Rahmenbedingungen, die zur psychischen Prekarität führen können, kommen Riesenfelder und Wetzel (2010) sowie Huber und Michenthaler (2009) zu dem Schluss, dass diese je nach Bildungsniveau unterschiedlich wahrgenommen werden können. Ebenfalls bestätigen mehrere Studien, dass es eine hohe psychische Belastung in unterschiedlichen Branchen und Arbeitsverhältnissen gibt, in denen vor allem Personen mit höherem Bildungsniveau tätig sind. Dies zeigen beispielsweise Studien von Fink et al. (2005, 2001), Michenthaler (2011), Putz et al. (2008), Mosberger et al. (2007), Moosbrugger (2008) und Leuprecht et al. (2009) auf. Besonders häufig wird diesbezüglich die Arbeitsplatzunsicherheit erwähnt. Studien von Kogan und Schubert (2003), sowie der ILO (2011) bekräftigen diese Aussage, indem sie anmerken, dass Personen mit höherer Bildung zwar leichter einen Arbeitsplatz finden

als jene mit einem niedrigeren Bildungsniveau, dies aber nicht gleichbedeutend mit der Beschaffung eines schnellen und sicheren Arbeitsplatzes ist.

Bezogen auf den Stand der Forschung stellte sich im Rahmen der durchgeführten Untersuchung die Frage, ob Rahmenbedingungen, die zu psychischer Prekarität führen können, bei unterschiedlichen Qualifikationsniveaus gleichermaßen ausgeprägt sind. Aufgrund dessen, dass es auf österreichische Ebene keine vergleichende Analyse der Qualifikationsniveaus gibt, wurde diese Forschungslücke nun geschlossen. Bereits durchgeführte Studien zeigten auf, dass Probleme bei atypischer Beschäftigung und Prekarität nicht unabhängig vom Lebenszyklus betrachtet werden dürfen (vergleiche hierfür: Fink et al., 2001; Huber, Michenthaler, 2009). In Anbetracht dieser Tatsache fokussiert die aktuelle Forschungsarbeit auf junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren. Diese spezifische Einschränkung findet ihre Begründung in der Tatsache, dass besonders Jugendliche armutsgefährdet bzw. empfänglich für atypische Beschäftigungsverhältnisse sind (Giesecke, 2006; ILO, 2010; OECD, 2008). Zwar darf atypische Beschäftigung und prekäre Beschäftigung nicht gleichgesetzt werden, jedoch kann Prekarität durch Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnissen gefördert werden bzw. stellt Working-Poor einen Prekaritätsindikator dar. Die eben erwähnten Punkte treffen häufig auf junge Erwachsene zu, wodurch diese als besonders prekaritätsgefährdet gelten. In internationalen Studien wie von der ILO (2010, 2011), Eurostat (2009b) oder der OECD (2008) werden österreichische junge Erwachsene mitbetrachtet, den unterschiedlichen Qualifikationsniveaus wird aber zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, und zudem existiert kein Fokus auf Rahmenbedingungen psychischer Prekarität. Nationale Studien arbeiteten zwar in mancher Hinsicht Unterschiede zwischen älteren und jüngeren ArbeitnehmerInnen in spezifischen Branchen oder Beschäftigungsverhältnissen heraus, dennoch ohne Hauptaugenmerk auf junge Erwachsene. Einzig Studien im Hochschulbereich zeigen die Situation von BerufseinsteigerInnen bzw. den Übergang vom Studium zur Berufstätigkeit auf. Dadurch lässt sich jedoch kein Rückschluss darauf ziehen, in welcher Relation diese Erkenntnisse zu einem niedrigeren Qualifikationsniveau stehen.

Im Zusammenhang mit der Existenz von psychischer Prekarität, beziehungsweise mit dessen Rahmenbedingungen, stellt sich zusätzlich die Frage, warum Personen, die mit dieser Arbeitssituation konfrontiert sind, im Beruf ausharren. Hierfür bietet das Effort-reward-Modell einen Erklärungsansatz, wodurch eine Imbalance zwischen Arbeitseinsatz und Arbeitsvergütung durch strategische Überlegungen, intrinsische Motive oder fehlende Arbeitsmarktperspektive akzeptiert werden kann. (vgl. Siegrist et al., 2004)

Untersuchungshypothesen

Arbeitsplatzstabilität

Stabile Arbeitsverhältnisse werden von drei unterschiedlichen Aspekten geprägt: Kontrolle über die Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzsicherheit. Harslof (2007) folgend haben junge Menschen mit hoher Bildung mehr Kontrolle über ihre Arbeitszeit als jene mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Leuprecht et al. (2009) merken kontrastierend an, dass es bei den Fachhochschul-AbsolventInnen zu einer hohen Belastung aufgrund des Zeitdruckes kommt, wobei sich in diesem Zusammenhang die Frage präsentiert, ob sich dieser in Instabilität äußert. Zur Überprüfung dieser konträren Aussagen kann man die Häufigkeit kurzfristiger Überstunden heranziehen, um die Kontrolle bzw. die Stabilität der Arbeitszeit zu rekonstruieren. Weiters zeigen EUROSTAT-Daten, dass geringer Qualifizierte mit einer erhöhten Gefahr der Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. In der Kohorte der jungen PflichtschulabgängerInnen (15-39 Jahre) wird die Arbeitslosenrate für Österreich im ersten Quartal 2012 mit 11,8% angegeben. Bei Personengruppen mit Sekundärabschluss beträgt diese nur mehr 5,1% und mit Tertiärabschluss sogar nur 2,4%. Diese Daten zeigen bereits jetzt, dass geringer Qualifizierte mit einer erhöhten Exklusionsgefahr konfrontiert sind. Unter der Annahme, dass dadurch auch Exklusionsangst bei bestehenden Arbeitsverhältnissen verstärkt auftritt, spielt dieser Fakt bei der Arbeitsplatzsicherheit eine große Rolle. So sind gekündigte Personen mit niedrigerem Ausbildungsgrad, aufgrund des höheren freien Arbeitskräfteangebots, leichter zu ersetzen als jene mit höherer Qualifikation. Betreffend des direkten Empfindens der Arbeitsplatzsicherheit lassen sich im wissenschaftlichen Diskurs unterschiedliche Sichtweisen ausmachen. Während bei der Leiharbeit und den freien Dienstnehmern vermehrt Beschäftigte mit hohem Bildungsniveau arbeiten, und Verlustängsten bezüglich des Arbeitsplatzes ausgesetzt sind (vgl. Riesenfelder, 2010; Fink et al., 2001), gibt es Leuprecht et. al. (2009) zur Folge keine Arbeitsplatzunsicherheit bei höher qualifizierten Fachhochschul-AbsolventInnen. Auch Putz et. al. (2008) sowie Mosberger et. al. (2007) bestätigen, dass AbsolventInnen mit der Arbeitsplatzsicherheit überwiegend zufrieden sind. Im Gegensatz zu den bisherigen Aussagen ist Giesecke (2006) der Ansicht, dass Hoch- und Geringqualifizierte gleichermaßen von einem Befristungsrisiko betroffen sind.

In Bezug auf die bisherigen Forschungsergebnisse und die diesbezüglichen theoretischen Überlegungen wird in der Arbeit davon ausgegangen, dass sowohl höher als auch geringer Qualifizierte mit instabilen Arbeitsverhältnissen konfrontiert sein können, diese jedoch vermehrt bei geringer Qualifizierten auftreten. Diese Annahme wird mittels folgender Hypothese überprüft:

H1: Geringer Qualifizierte sind mit instabileren Arbeitsverhältnissen konfrontiert als höher Qualifizierte.

Körperliche Belastung

Eine weitere Frage, die sich in diesem Forschungsfeld stellt, ist, ob unterschiedliche gesundheitliche Beeinflussungen bei Erwerbsarbeit, je nach Qualifikationsniveau, existieren. Körperliche Belastung erscheint auf den ersten Blick nicht als psychische Belastung, sondern als physische, jedoch kann es aufgrund körperlicher Belastung bzw. der daraus resultierenden physischen Beeinträchtigung des privaten Lebens, oder dem Bewusstsein diese gesundheitsgefährdende Arbeit durchführen zu müssen, zu psychosozialen Problemen kommen. Der Sozialbericht 2011 der Bundesrepublik Deutschland zeigt auf, dass „Männer und Frauen mit manuellen Tätigkeiten oder in einfachen Dienstleistungsberufen deutlich häufiger und länger krankgeschrieben waren als Männer und Frauen in qualifizierten und wissensbasierten Berufen.“ (Destatis/WZB, 2011, S. 253) Unter der Annahme, dass manuelle Dienstleistungen und Tätigkeiten mit einer niedrigeren Qualifikation einhergehen, wurde folgende Hypothese entwickelt:

H2: Geringer Qualifizierte sind körperlich belastenderen Tätigkeiten ausgesetzt als höher Qualifizierte.

Mentale Belastung

Während die ersten zwei Hypothesen den Anschein erwecken, dass eher geringer Qualifizierte Rahmenbedingungen psychischer Prekarität ausgesetzt sind, wird dies bei der dritten Hypothese hinterfragt. Fink et al. (2005), Michenthaler (2011), sowie Leuprecht et al. (2009) kommen zu dem Ergebnis, dass Arbeitszeitbelastung als auch Leistungsdruck negativ wahrgenommen werden. In diesen Studien wurde der Fokus auf AkademikerInnen gelegt bzw. geben Fink et. al. (2005) an, dass im untersuchten Beschäftigungsverhältnis ein eher höheres Ausbildungsniveau anzutreffen ist. In diesem Zusammenhang wird der Punkt aufgeworfen, ob Personen, die unter Leistungs- und Zeitdruck stehen, ihre Arbeit mit nach Hause nehmen, oder ob sie gerade unter Zeitdruck stehen, weil sie die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben aufrechterhalten wollen. Hierbei lässt sich die Studie von Badura et. al 2006 (vgl. Moosbrugger, 2008) ausmachen, welche aufzeigt, dass im Jahr 2004 60,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine durch die Arbeit belastete Privatsphäre erleben. Ergänzend stellt Moosbrugger fest, dass „vor allem hochqualifizierte Beschäftigte in autonomen Arbeitsverhältnissen einen völlig übersteigerten Arbeitseinsatz an den Tag legen“ und „ihre physische und psychischen Grenzen überschreiten.“ (Moosbrugger, 2008, S. 11) Es stellt sich die Frage, ob der Leistungs- bzw. Zeitstress negativ wahrgenommen wird bzw. ob dieser zur Eingrenzung des Arbeitsplatzes führt. Aufgrund bisheriger Studien wurde

angenommen, dass diese Punkte, die zur mentalen Belastung führen können, bei höher Qualifizierten vermehrt auftreten, sodass folgende Hypothese formuliert wurde:

H3: Höher Qualifizierte sind mental mehr Belastungen ausgesetzt als geringer Qualifizierte.

Daten und Variablen

Datensatz

Zur Überprüfung der Hypothesen wurde aus forschungspragmatischen Gründen der European Social Survey (ESS) 2004/2005 als Datenbasis herangezogen. Die Wahl fiel auf diese Erhebungswelle, da zur Überprüfung der Hypothese das Modul „Familie, Arbeit und Wohlbefinden“ erforderlich ist, und die Daten von 2010/11, welche ebenfalls dieses Modul beinhalten, zum Zeitpunkt der Analyse noch nicht zugänglich waren. (vgl. European Social Survey, 2011) Die Ziehung der Stichprobe erfolgte als Zufallsauswahl von Personen über 14 Jahren und die Durchführung der Interviews erfolgte in Form von face-to-face Interviews. (vgl. European Social Survey, 2003) Der Datensatz von 2004/05 umfasst für Österreich 2.256 Fälle, wobei für die Studie nur eine bestimmte Teilmenge relevant war. Aufgrund der Forschungsfrage wurden nur jene Personen in die Analyse miteinbezogen, die zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 18 und 35 Jahre alt waren und sich hauptberuflich in einer bezahlten Tätigkeit befanden. Damit wurden sowohl jene Personen ausgeschlossen, die derzeit einen Nebenjob – etwa neben ihrem Studium – ausüben, als auch Lehrlinge und FerialpraktikantInnen. Der Ausschluss jener Personen, die zur Zeit der Erhebung nicht hauptberuflich beschäftigt waren, begründet sich damit, dass diese zusätzlich zu ihrer beruflichen Tätigkeit meist auch eine finanzielle Hilfestellung von öffentlichen Körperschaften (z.B. Stipendien) bzw. Verwandten erhalten. Ein Hauptkriterium prekärer Arbeitsverhältnisse, nämlich eine existenziell bedrohliche Einkommenssituation (vgl. Hinz, 1998 zit. In: Miko et al. 2002, S. 14), wird durch diese Hilfestellung kompensiert. Die Einschränkung des Alters erfolgte aus der Überlegung, dass Personen mit abgeschlossenen Bildungswegen (auch Doktorat) miteinbezogen werden. Nach dem Ausschluss derjenigen, die die Kriterien Alter und Berufstätigkeit nicht erfüllen, umfasst der Datensatz für Österreich schließlich 299 Personen. Einen genauen Überblick über die demographische Verteilung innerhalb der Stichprobe gibt die Tabelle 6.

Variablen

Eine zentrale Variable für die Studie stellt das Qualifikationsniveau der befragten Personen dar, welche dichotomisiert wurde („geringer qualifizierte junge ArbeitnehmerInnen“ und „höher qualifizierte junge ArbeitnehmerInnen“). Die Qualifikationsniveaus wurden für diese Studie anhand der Ausbildungsdauer festgelegt.

Diese lag bei den 18- bis 35-jährigen Erwerbstätigen im Erhebungsjahr durchschnittlich bei 12,59 Jahren. Um möglichst gleich große Gruppen zu generieren, erfolgte die Trennung der Qualifikationsniveaus mit Hilfe des Medians, welcher bei 12 Ausbildungsjahren lag. Jene Personen, deren Ausbildungsdauer 12 Jahre oder weniger betrug, werden somit als geringer, und alle Personen mit einer Ausbildungsdauer von zumindest 13 Jahren als höher qualifiziert betrachtet. Aufgrund dessen, dass in sieben Fällen keine Angabe zu den Ausbildungsjahren getätigt wurde, wurde das Qualifikationsniveau mit Hilfe des ISCED97-Levels gebildet. Vier der sieben Fälle wiesen dabei eine Ausbildung nach dem ISCED-Level 5 (= tertiäre Bildung) auf, und wurden deshalb der Gruppe der höher qualifizierten jungen ArbeitnehmerInnen zugeordnet. Die höchste Ausbildung von zwei weiteren Personen lag bei dem ISCED-Level 2 (= Sekundarbildung Unterstufe), weshalb dies der Gruppe der geringer Qualifizierten zugeordnet wurden, wie auch die zum ISCED-Level 3 (= Sekundarbildung Oberstufe) zugehörige siebente Person, da die reguläre Dauer einer AHS-Oberstufe 12 Ausbildungsjahre beträgt. Blickt man für die Gruppe der 18- bis 35-jährigen Erwerbstätigen schließlich auf die prozentuelle Verteilung dieser Qualifikationsniveaus, so zeigt sich, dass 57,5% als geringer qualifiziert und 42,5% als höher qualifiziert angesehen werden können.

Neben dem Qualifikationsniveau als zentrale unabhängige Variable waren für die Forschung auch die zu erklärenden Rahmenbedingungen der Prekarität von Bedeutung. Diese gliedern sich dabei in drei Faktoren („instabile Arbeitsverhältnisse“, „körperlich belastende Arbeitsbedingungen“ und „mental belastende Arbeitsbedingungen“), die jeweils mit Hilfe von einer oder mehreren Variablen getestet wurden. Die Instabilität der Arbeitsverhältnisse wurde mit Hilfe der Variablen „Arbeitsplatzsicherheit“, „Betroffenheit von Arbeitslosigkeit“ und „kurzfristige Überstunden“ hinterfragt, für die Ermittlung der körperlich belastenden Arbeitssituation wurde die Variable „sicherheits- oder gesundheitsgefährdende Arbeit“ herangezogen und die mental belastenden Arbeitsbedingungen wurden schließlich anhand der Variablen „Job verlangt, dass man sehr hart arbeitet“, „leistungsabhängiges Einkommen“, „zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen“, „Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit“ und „sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Sorgen machen“ gemessen. Sämtliche Variablen weisen ein ordinales Skalenniveau auf, wobei sie so umkodiert wurden, dass ein höherer Wert eine höhere Belastung bedeutet. Die Variable „Betroffenheit von Arbeitslosigkeit“, mit einem Wertebereich von 0 („keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit“) bis 2 („12 Monate oder länger arbeitslos“), wurde mit Hilfe der zwei dichotomen Variablen „jemals länger als 3 Monate arbeitslos“ und „jemals 12 Monate oder länger arbeitslos“ gebildet. Die genauen Wertebereiche der einzelnen Variablen sind der Tabelle 8 im Annex zu entnehmen, die zusätzlich die Verteilung nach Bildungsniveaus aufzeigt. Im Zusammenhang mit den Variablen zur Überprüfung der letzten Hypothese (H3: Höher

Qualifizierte sind mental mehr Belastungen ausgesetzt als geringer Qualifizierte) wurde bei der Erstellung des Untersuchungsdesigns die Frage aufgeworfen, ob wirklich alle Variablen mentale Belastung testen, oder ob diese von den Befragten unterschiedlich aufgefasst werden konnten. Da die Variablen unabhängig voneinander getestet wurden, wurde – trotz Zweifel – beschlossen alle zu überprüfen und im Rahmen der Analyse zu diskutieren.

Methoden

Quantitativ

Im Zuge der quantitativen Analyse wurden insgesamt drei Hypothesen getestet, bei denen jeweils das Qualifikationsniveau als unabhängige Variable auftrat. Trotz der einseitig formulierten Hypothesen – dies wurde aufgrund der bisherigen theoretischen und empirischen Forschungen so gestaltet – werden diese zweiseitig getestet, um keine Richtung im Vorhinein auszuschließen.

Für die Hypothesentestung wurde für jede Variable ein Mann-Whitney-U-Test durchgeführt, mit dessen Hilfe mögliche Unterschiede in der Verteilung der jeweiligen Variable zwischen der Gruppe der höher und der geringer qualifizierten jungen ArbeitnehmerInnen identifiziert werden sollten. Um mögliche Unterschiede deutlich sichtbar zu machen, wurden zusätzlich zu den Ergebnissen die Mittelwerte angegeben. Als Ergänzung wurden multiple Regressionen durchgeführt, um einen möglichen Einfluss des Geschlechts und/oder des Alters auf die abhängigen Variablen aufzuzeigen. Die Variablen, „kurzfristige Überstunden“, „Job verlangt, dass man sehr hart arbeitet“, „zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen“ und „sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Sorgen machen“ weisen eine mindestens fünfstufige Ordinalskala auf, wodurch diese als quasi-metrisch angenommen werden, und mittels einer multivariaten linearen Regressionsanalyse überprüft werden konnten. Die noch nicht erwähnten Variablen („Arbeitsplatzsicherheit“, „Betroffenheit von Arbeitslosigkeit“, „sicherheits- oder gesundheitsgefährdende Arbeit“, „leistungsabhängiges Einkommen“ und „Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit“) besitzen ein zu geringes Skalenniveau für eine lineare Regression, wodurch eine logistische Regression angewendet wurde. Zur Durchführung dieser Analyse wurden die jeweiligen abhängigen Variablen dichotomisiert. Somit wurden jeweils die Kategorien „trifft voll und ganz zu“ und „trifft ziemlich zu“ sowie die Kategorien „trifft etwas zu“ und „trifft überhaupt nicht zu“ zusammengefasst. Bei der Betrachtung logistischer Regressionen ist zu beachten, dass die Odds-Ratio jeweils aufzeigen wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass der Mann bzw. geringer Qualifizierte einer erhöhten Belastung ausgesetzt ist. Bei der metrischen Variable „Alter“ wurde auf den Beta-Wert zurückgegriffen, wodurch veranschaulicht wird, um welchen Faktor sich die abhängige Variable je Lebensjahr verändert.

Qualitativ

Im Rahmen der qualitativen Analyse wurde das problemzentrierte Interview als Erhebungstechnik gewählt, um so die subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen im Zusammenhang mit prekären Rahmenbedingungen zu erfassen. Durch die Offenheit der Interviewführung wurde gewährleistet, dass die für den Interviewpartner relevanten Themen im Vordergrund stehen. Ausgewertet wurden diese Interviews mittels der Systemanalyse nach Lueger (2010), welche die Anforderungen an die Forschungsfrage erfüllt, da dadurch latent existierende Hintergrundinformationen und Handlungsstrategien gewonnen werden können.

Insgesamt wurden vier Personen interviewt, welche alle knapp unter 30 Jahre alt sind, um so mit der Alterskohorte der quantitativen Analyse kohärent zu sein. Bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen wurde darauf geachtet eine möglichst heterogene Feldabdeckung zu erhalten. So finden sich unter den vier Befragten zwei Männer und zwei Frauen wieder, wobei jeweils ein Mann und eine Frau aus dem sozialwissenschaftlichen, die anderen beiden aus dem naturwissenschaftlichen Bereich stammen. Des Weiteren sind zwei Interviewpersonen an Universitätsinstituten als DissertantIn beschäftigt, wohingegen die anderen beiden in außeruniversitären Forschungseinrichtungen als wissenschaftliche MitarbeiterInnen tätig sind.

Ergebnisse

H1: Geringer Qualifizierte sind mit instabileren Arbeitsverhältnissen konfrontiert als höher Qualifizierte.

Tabelle 1: Instabile Arbeitsverhältnisse

	Mittelwerte		Mittlere Ränge		Signifikanz des Mann-Whitney-U-Tests
	geringer Qualifizierte	höher Qualifizierte	geringer Qualifizierte	höher Qualifizierte	
Arbeitsplatzsicherheit	2,295	2,034	125,35	106,41	0,025*
Betroffen von Arbeitslosigkeit	0,343	0,187	146,37	126,45	0,008**
kurzfristige Überstunden	3,170	2,950	135,24	121,24	0,138

Tabelle 2: Regressionsanalyse – instabile Arbeitsverhältnisse

multivariate Regression	lineare	R ²	Modell-signifikanz	Alter		Geschlecht		Bildung	
				Standard. Beta	Sig.	Standard. Beta	Sig.	Standard. Beta	Sig.
		0,079	0,000***	-0,030	0,618	-0,271	0,000***	-0,037	0,545
multivariate Regression	logistische	Nagel-kerke R ²	Modell-signifikanz	Alter		Geschlecht		Bildung	
				Beta	Sig.	Odds Ratio	Sig.	Odds Ratio	Sig.
Betroffen von Arbeitslosigkeit		0,055	0,013*	-0,049	0,052	0,925	0,779	0,419	0,004*
Arbeitsplatzsicherheit		0,047	0,046*	-0,005	0,853	0,624	0,104	0,515	0,029*

Bei der Überprüfung möglicher Instabilität von Arbeitsverhältnissen zeigt sich ein signifikanter Unterschied bei den Variablen „Arbeitsplatzsicherheit“ und „Betroffenheit von Arbeitslosigkeit“. Die Irrtumswahrscheinlichkeit beim Verwerfen der Nullhypothese beträgt bei der Variable Arbeitsplatzsicherheit nur 2,5% und bei der Variable Betroffenheit von Arbeitslosigkeit 0,8%, wodurch es als bestätigt angesehen werden kann, dass in beiden Fällen ein Unterschied zwischen den Bildungsniveaus existiert. Sowohl die Mittelwerte wie auch die mittleren Ränge zeigen eine erhöhte Belastung von Instabilität bei geringer Qualifizierten als dies bei höher Qualifizierten der Fall ist. Im Gegensatz dazu ist bei der Variable „kurzfristige Überstunden“, aufgrund der zu hohen Irrtumswahrscheinlichkeit kein signifikanter Unterschied zwischen den Bildungsniveaus auszumachen (siehe Tabelle 1)

Die durchgeführten Regressionen zeigen, dass das Alter auf keine der drei Variablen einen signifikanten Einfluss hat, sowie weist das Geschlecht weder bezüglich Arbeitsplatzsicherheit noch Arbeitslosigkeit einen Beeinflussung auf (vergleiche Tabelle 2). Im Gegensatz dazu ist ein stark signifikanter Einfluss des Geschlechts auf kurzfristige Überstunden auszumachen, wobei der erwartete Wert (0,271) bei Frauen aussagt, dass

weibliche Personen weniger von kurzfristigen Überstunden betroffen sind als männliche.

Die theoretische Annahme, dass höher Qualifizierte mit stabileren Arbeitsverhältnissen konfrontiert werden, konnte somit durch die empirischen Ergebnisse bestätigt werden. Es lässt sich bekräftigen, dass mit einer erhöhten Bildung auch eine höhere Arbeitsplatzsicherheit einhergeht. Zumal Riesenfelder (2010) und Fink et al. (2001) aufzeigen, dass es prekariätsgefährdende Branchen mit vermehrter Beschäftigung höher Qualifizierter gibt, erscheint es plausibel, dass diese Personengruppe nicht vollkommen von Existenzängsten ausgenommen ist. Dies spiegelt sich darin wieder, dass der Unterschied zwischen den Mittelwerten der beiden Gruppen nicht all zu groß ist und die höher Qualifizierten nicht angeben, einen vollkommen gesicherten Arbeitsplatz zu haben. Wo sich der Unterschied deutlicher zeigt ist bei der Arbeitslosigkeit, der zur Folge geringer Qualifizierte öfter und länger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als höher Qualifizierte, wie dies Tabelle 8 Annex veranschaulicht.

Betreffend kurzfristige Überstunden konnte, wie bereits erwähnt, keine Abhängigkeit vom Qualifikationsniveau gefunden werden. Es kann daher nicht gesagt werden, ob junge Menschen mit einer höheren Bildung über eine bessere Kontrolle ihrer Arbeitszeiten verfügen als dies bei geringer Qualifizierten der Fall ist, wie von Harslof (2007) aufgezeigt, oder ob die erste Gruppe aufgrund des Zeitstresses öfters kurzfristige Überstunden absolvieren muss. So könnte die Möglichkeit bestehen, da auch das Geschlecht keinen großen Einfluss auf die Variable ausübt, dass die Branche oder einfach das jeweilige Unternehmen und die damit einhergehenden inoffiziellen Regeln oder die Firmenpolitik dazu führen, dass jemand mehr oder weniger kurzfristige Überstunden absolvieren muss.

Allgemein ist in Bezug auf die Arbeitsplatzstabilität anzumerken, dass höher Qualifizierte scheinbar besser mit der Flexibilisierung und den damit einhergehenden Unsicherheiten zurechtkommen, als dies bei geringer Qualifizierten der Fall ist. Eventuell aufgrund dessen, dass sie aufgrund ihrer Qualifikation nicht so leicht durch eine neue Arbeitskraft zu ersetzen sind bzw. sich schneller und besser umorientieren und auf neue Begebenheiten anpassen können. Um diese Annahmen zu überprüfen benötigt es jedoch weitere Analysen. Ob die Stabilität bei höher Qualifizierten wirklich vorhanden ist bzw. wie diese wahrgenommen wird, wurde im Rahmen der qualitativen Befragung junger ForscherInnen näher betrachtet.

H2: Geringer Qualifizierte sind körperlich belastenderen Tätigkeiten ausgesetzt als höher Qualifizierte.

Tabelle 3: körperlich belastende Tätigkeit

	Mittelwerte		Mittlere Ränge		Signifikanz des Mann-Whitney-U-Tests
	geringer Qualifizierte	höher Qualifizierte	geringer Qualifizierte	höher Qualifizierte	
gesundheits- oder sicherheitsgefährdende Arbeit	1,650	1,330	132,43	101,80	0,000***

Tabelle 4: Regressionsanalyse

multivariate logistische Regression	Nagelkerke R ²	Modellsignifikanz	Alter		Geschlecht		Bildung	
			Beta	Sig.	Odds Ratio	Sig.	Odds Ratio	Sig.
gesundheits- oder sicherheitsgefährdende Arbeit	0,096	0,009**	0,008	0,843	0,291	0,015*	0,395	0,074
gesundheits- oder sicherheitsgefährdende Arbeit_v2	0,096	0,001**	0,019	0,449	0,557	0,037*	0,394	0,002**

Bei der Testung der Unterschiede zwischen den Qualifikationsniveaus in Bezug auf die körperlich belastenden Arbeitsbedingungen stellte sich heraus, dass zwischen den beiden Gruppen ein signifikanter Unterschied in der Verteilung der Variable „gesundheits- oder sicherheitsgefährdende Arbeit“ vorherrscht. Die bewiesene Differenz zwischen den Bildungsniveaus zeigt sich darin, dass bei geringer Qualifizierten eine höhere Belastung vorliegt, als dies bei höher Qualifizierten der Fall ist. Insgesamt geben deutlich mehr höher Qualifizierte an überhaupt nicht von sicherheits- oder gesundheitsgefährdender Arbeit betroffen zu sein (75,5%), als geringer Qualifizierte (56,9%). Immerhin ungefähr 31% der geringer Qualifizierten führen an, zumindest etwas davon betroffen zu sein, wobei dies bei höher Qualifizierten nur mehr 16% sind. Mittels der Regression konnte ausgemacht werden, dass zusätzlich das Geschlecht einen Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die Chance eine sicherheits- und gesundheitsgefährdende Arbeit auszuüben, ist bei Männern höher als bei Frauen. Dieser Fakt erscheint plausibel, da am österreichischen Arbeitsmarkt eine starke geschlechter-spezifische Segmentierung vorherrscht, wobei Männer vermehrt Tätigkeiten ausüben, die beispielsweise das Tragen von Schutzkleidung bzw. die Handhabung von Gefahrenstoffen notwendig machen. (vgl. Biffl, et. al, 2009) So sind auch Männer im Gegensatz zu Frauen vermehrt in Branchen wie Baugewerbe und Bergwerksarbeit tätig, welche ein hohes Verletzungspotential beherbergen, Frauen hingegen eher in Dienstleistungsberufen, die zwar körperlich sehr belastend sein können, jedoch selten sicherheitsgefährdend.

Der logistischen Regression zur Folge sollte die Bildung keinen Einfluss haben, was jedoch der bisherigen Analyse widerspricht. Der Grund für die unterschiedlichen Ergebnisse liegt darin, dass für die Durchführung der logistischen Regression die Variable dichotomisiert wurde und somit „trifft überhaupt nicht zu“ und „trifft etwas zu“ sowie „trifft ziemlich zu“ und „trifft voll und ganz zu“ zusammengefasst wurden. Da auf die ersten beiden zusammen ca. 88% der Antworten der geringer Qualifizierten entfallen sowie ungefähr 91% der höher Qualifizierten, ist der Unterschied zwischen den beiden Qualifikationsniveaus somit weitaus geringer als bei der oben getätigten einzelnen Betrachtung. Der Unterschied ist folglich auf die Reduzierung des Wertebereiches zurückzuführen. Um diese Annahme zu beweisen, wurde eine zusätzliche logistische Regression durchgeführt (gesundheitsgefährdend_v2), bei der der Wertebereich „trifft überhaupt nicht zu“ den anderen, bereits oben erwähnten Wertebereichen, gegenübergestellt wurde. Dabei bestätigte sich der signifikanter Einfluss von Bildung und Geschlecht auf die Variable „gesundheits- und sicherheitsgefährdende Arbeit“.

H3: Höher Qualifizierte sind mental mehr Belastungen ausgesetzt als geringer Qualifizierte.

Tabelle 5: mentale Belastung

	Mittelwerte		Mittlere Ränge		Signifikanz des Mann-Whitney-U-Tests
	geringer Qualifizierte	höher Qualifizierte	geringer Qualifizierte	höher Qualifizierte	
Job verlangt, dass man sehr hart arbeitet	33,412	35,064	115,70	125,03	0,276
zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen	26,140	28,268	114,22	127,31	0,135
leistungsabhängiges Einkommen	1,940	1,800	121,75	116,23	0,513
Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit	1,710	1,920	116,74	126,04	0,268
sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Sorgen machen	2,330	2,790	121,53	153,54	0,000***

Tabelle 6: Regressionsanalyse

multivariate lineare Regression	R ²	Modell-signifikanz	Alter		Geschlecht		Bildung	
			Standard. Beta	Sig.	Standard. Beta	Sig.	Standard. Beta	Sig.
sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Sorgen machen	0,072	0,000***	0,142	0,018*	-0,004	0,950	0,204	0,001**
zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen	0,017	0,251	0,079	0,232	-0,048	0,461	0,085	0,196
Job verlangt, dass man sehr hart arbeitet	0,027	0,087	-0,135	0,040*	-0,050	0,442	0,105	0,109
multivariate logistische Regression	Nagel-kerke R ²	Modell-signifikanz	Alter		Geschlecht		Bildung	
			Beta	Sig.	Odds Ratio	Sig.	Odds Ratio	Sig.
leistungsabhängiges Einkommen	0,061	0,017*	-0,062	0,027*	0,571	0,070	0,538	0,054
Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit	0,051	0,039*	-0,069	0,018*	0,586	0,090	1,077	0,815

Im Hinblick auf die Testung der Unterschiede zwischen den Qualifikationsniveaus in Bezug auf die mentalen Belastungen der Arbeit zeigte sich, dass lediglich bei der Variable „sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Sorgen machen“ ein signifikanter Unterschied zwischen den Bildungsgruppen zu identifizieren ist. Die restlichen vier Variablen weisen keine signifikante Differenz auf. Folglich kann einzig die Nullhypothese für die Variable „sich außerhalb der Arbeitszeit über Berufliches Sorgen machen“ verworfen werden, für die restlichen muss diese beibehalten werden, wodurch davon ausgegangen wird, dass es keinen Unterschied zwischen den Bildungsniveaus gibt.

Die Variable, die eindeutig eine mentale Belastung widerspiegelt – ob man sich außerhalb der Arbeitszeit über Berufliches Sorgen macht –, ist hoch signifikant. Dieser zur Folge sind höher Qualifizierte vermehrt mit dieser Art von Belastung konfrontiert. Auch im multivariaten logistischen Regressionsmodell übt die Bildung den höchsten Einfluss auf die abhängige Variable aus, wohingegen das Geschlecht in diesem Fall überhaupt keinen Einfluss hat. Erstmals hat auch das Alter einen Einfluss, jedoch keinen so hohen wie die Bildung.

Es kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die restlichen vier Indikatoren keine Signifikanz aufweisen, da diese nicht eindeutig auf die mentale Belastung zurückzuführen sind. Die Frage, ob der Job harte Arbeit verlangt, kann einerseits auf körperliche, andererseits auf mentale Belastung zurückgeführt werden. Bei der Überprüfung, ob Alter und Geschlecht einen Einfluss auf die Variable haben, stellte sich heraus, dass das Alter dies hat, jedoch nicht das Geschlecht. So sinken die Arbeitsstrapazen mit zunehmendem Alter. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die subjektive Wahrnehmung von Arbeitsstrapazen direkt nach der Ausbildung höher ist,

da man das Berufsleben noch nicht gewöhnt ist bzw. dass man sich erst beweisen muss und so einen höheren Arbeitseinsatz an den Tag legt, als dies bei bereits etablierten MitarbeiterInnen der Fall ist.

Wie die eben erwähnte Variable kann auch die Variable „zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen“ nicht nur auf mentale Betätigung zurückgeführt werden, sondern auch auf körperliche. Dies erscheint plausibel, da auch die kurzfristigen Überstunden nicht zwischen den differenten Bildungsniveaus divergieren. Ob man genügend Zeit für die Arbeit hat und ob man dadurch eventuell kurzfristige Überstunden machen muss, ist folglich unabhängig vom Qualifikationsniveau zu sehen. Ebenfalls hat weder das Alter, noch das Geschlecht einen signifikanten Einfluss auf diese Variable. Der Zeitdruck ist somit immer vorhanden, wobei er sich in dem einen Fall eventuell eher durch körperlichen und im anderen Fall durch mentalen Stress äußert. Zusätzlich müssten Rahmenbedingungen, unter denen der Zeitstress entsteht, betrachtet werden. So besteht die Möglichkeit, dass dieser durch Meetings, zusätzliche betriebliche Aufgaben, Ablenkung durch KollegInnen, branchentypische Spezifika etc. beeinflusst wird.

Die beiden letzten Variablen, „leistungsabhängiges Einkommen“ und „Entscheidungsfreiheit bei der Arbeitszeit“ weisen ebenfalls keine Signifikanz bezüglich des Bildungsniveaus bzw. des Geschlechts auf, jedoch in Hinblick auf das Alter. Die Unabhängigkeit vom Bildungsniveau könnte damit erklärt werden, dass geringer Qualifizierte öfters in der Industrie tätig sind, in der Akkordarbeit möglich ist, jedoch auch bei höher Qualifizierten das Gehalt aufgrund von Werkverträgen leistungsorientiert sein kann. Diesbezüglich kann es daher bei beiden Qualifikationsniveaus zu einer Abhängigkeit der Entlohnung von der Leistung kommen.

Ein geschlechter- oder bildungsspezifischer Unterschied bei der Variable „Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit“ hätte einen interessanten Ausgangspunkt geliefert, um in weiterer Folge im Rahmen der qualitativen Analyse zu überprüfen, ob dieser Fakt als positiv oder als negativ angesehen wird. Derzeit gibt es im wissenschaftlichen Diskurs diesbezüglich zwei unterschiedliche Sichtweisen. Einerseits ermöglicht eine freiere Arbeitszeiteinteilung eine bessere Koordination mit dem Privatleben, andererseits kann dies zu einer zeitlichen Entgrenzung führen.

Den Ergebnissen zur Folge gibt es somit bei keiner einzigen Variable, welche die zeitliche Belastung („kurzfristige Überstunden“, „zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen“ und „Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit“) überprüft, einen signifikanten Unterschied zwischen geringer und höher Qualifizierten, wobei der genaue Hintergrund dieser Ergebnisse mittels weiterer Analysen geklärt werden müsste.

Qualitative Ergebnisse

Wahrnehmung der Arbeitsbedingungen

Als Ergebnis lässt sich aufzeigen, dass die Wahrnehmung der Arbeitsbedingungen, welche bei allen Interviewpersonen von Entgrenzungsphänomenen, unkalkulierbaren Beschäftigungsverhältnissen und Vermischung zwischen Privat- und Arbeitssphäre geprägt sind, von deren Konstitution abhängen. Als Hauptbedingungen dafür gelten die Ausgestaltung der Arbeitsorganisation, die Kontingenz der Erwartungen zu den Arbeitsbedingungen und die wahrgenommenen Alternativen zur derzeitigen wissenschaftlichen Beschäftigung. Der Einfluss der Arbeitsorganisation auf die Wahrnehmung der Tätigkeit ist stark von der finanziellen Vergütung der Tätigkeit geprägt, wobei sich diese im außeruniversitären Bereich schlechter gestaltet als auf Universitäten.

Neben der finanziellen Situation zeigt die Form des Beschäftigungsverhältnisses im Rahmen der Arbeitsorganisation ihre prägende Wirkung auf die Wahrnehmung der Forschungstätigkeit. So führen freie-Dienstnehmer-Verträge dazu, dass höchst instabile und risikobehaftete Beschäftigungssituationen entstehen, und andererseits diese Verträge eine kollegiale Zusammenarbeit im Team verhindern. Bei den InterviewpartnerInnen mit einem normalen Dienstverhältnis wurde die gute Zusammenarbeit im Team betont, welche jedoch auf ihren Subtext hin untersucht werden muss. In den untersuchten Wissenschaftsbereichen (außer in den Naturwissenschaften), mit ihren hoch konkurrenzorientierten Arbeitsbedingungen bzw. der damit einhergehenden Hierarchisierung in der Arbeitsorganisation, zeigen sich bei näherer Analyse, dass das Wissenschaftssystem Misstrauen unter KollegInnen verstärkt. Als Extremfall der Hierarchisierung zeigt sich die räumliche Trennung von unbefristeten und befristeten MitarbeiterInnen. Diese Form der Deprivation führt zu keiner Form der Solidarität der Benachteiligten, sondern zu einem individualisierten Kampf des Aufstiegs.

Neben den bereits beschriebenen Bedingungen zur Wahrnehmung der prekären Rahmenbedingungen ist von Relevanz, inwieweit die JungforscherInnen schon konkrete Vorstellungen von ihren tatsächlichen Arbeitsbedingungen hatten. So konnten zwei InterviewpartnerInnen bereits zuvor erfahren, unter welchen Arbeitsbedingungen DissertantInnen tätig sind und sich die daraus ergebenden Konsequenzen vergegenwärtigen. Hingegen sahen zwei andere InterviewpartnerInnen, die zuvor keine diesbezüglichen Vorstellungen hatten, die prekäre Forschungstätigkeit als Sprungbrett an, wobei sich dieses allerdings nur als Startpunkt einer Aneinanderreihung von prekären Beschäftigungssituationen herausstellte, was zu einem Gefühl der Frustration und Desillusionierung führte.

Als weitere Bedingung der Wahrnehmung der Forschungstätigkeit gelten die wahrgenommenen Alternativen zur derzeitigen Beschäftigungssituation. Alle InterviewpartnerInnen nehmen wissenschaftliche Forschung als einzige Alternative einer Erwerbstätigkeit wahr. Diese Wahrnehmung verstärkt die Abhängigkeit vom Wissenschaftsbetrieb. Einzig der interviewte Mathematiker äußerte die Option in der Privatwirtschaft tätig zu werden. Trotz psychisch prekärer Arbeitsbedingungen und der damit verbundenen negativen Arbeitserfahrungen ketten sich die JungforscherInnen so an das Wissenschaftssystem und dessen Arbeitsbedingungen.

Umgang mit prekärer Beschäftigung

Im Umgang mit der prekären Forschungssituation wird von allen Interviewten die Bedeutung des Selbstmanagements betont. Die beschriebenen Entgrenzungsphänomene nötigen die JungforscherInnen dazu, für sich selbst Grenzen zu ziehen, welche jedoch für alle schwer festzusetzen sind. Dieser Umstand und die Konkurrenz um Beschäftigungsverhältnisse führen zu einem System der Selbstaussbeutung, welches sich individuell von temporärem Stress bis hin zu körperlichen und psychischen Krankheitssymptomen steigert. In keinem Interview wurde erwähnt, dass es von der Seite der Personalführung Unterstützungsleistungen angeboten worden wären, welche den Umgang mit dem Konkurrenzdruck beziehungsweise den Entgrenzungsercheinungen abfedern.

Die JungforscherInnen fühlen sich ihrer Situation so auch ausgeliefert. Die Interviewpartnerin, welche in einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut tätig ist, spricht davon, dass freie DienstnehmerInnen „behandelt“ werden. Ihre Stellung im System scheint für sie nicht verhandelbar zu sein, wobei für die JungforscherInnen sich dem System zu fügen und eine mentale Umdeutung der prekären Arbeitsbedingungen hin zu einem Sprungbrett zu vollziehen, die einzige Option darstellt. Die beschriebene Konkurrenzsituation zeigt jedoch, wie ungewiss es doch ist, ob das Sprungbrett nicht allzu oft eine Chimäre und nicht doch nur der Startpunkt für eine Karriere von prekären Forschungstätigkeiten ist. Nach der Darstellung der Interviewpersonen drängen sich so viele JungforscherInnen auf das vermeintliche Sprungbrett, dass nur mehr die wenigsten zum eigentlichen Sprung kommen.

Auswirkungen auf Lebensplanung

In Bezug auf die Lebensplanung lässt sich festhalten, dass aufgrund der arbeits-technischen Rahmenbedingungen Einschränkungen in Kauf genommen werden müssen. Dies zeigt sich zum einen darin, dass aufgrund der instabilen Arbeitssituationen beispielsweise Urlaube nicht wahrgenommen werden, aus der Angst heraus bei der Vergabe von zukünftigen Projekten übergangen zu werden und als Folge keine

finanziellen Mittel mehr zur Verfügung zu haben. Zum anderen wird aufgrund finanzieller Unsicherheiten die Familienplanung in den Hintergrund gestellt bzw. in die weitere Zukunft verschoben, da die Arbeitssituation mit einer Familie als nicht tragbar angesehen wird. Die Familienplanung stellt das grundlegende Motiv dar, um aus dem System der Prekarität auszubrechen, ob dies dann in weiterer Folge auch gelingen wird, ist jedoch äußerst fraglich.

Schlussfolgerung

Den Ergebnissen der vorliegenden Studie folgend, kann nicht davon ausgegangen werden, dass Personen eines spezifischen Qualifikationsniveaus mehr mit Rahmenbedingungen psychischer Prekarität konfrontiert sind als jene mit einer geringeren bzw. höheren Ausbildungsdauer. Die Studie zeigt erstmals auf, dass je nach Bildungsniveau unterschiedliche Ausprägungen der Rahmenbedingung psychischer Prekarität vorhanden sind und dass folglich weitere Analysen in Abhängigkeit des Qualifikationsniveaus getätigt werden müssen, um eine adäquate Problemerkennung und Lösung zu generieren.

Während es keine bildungsspezifischen Differenzen bezüglich der Arbeitszeitkontrolle gibt, sind geringer Qualifizierte vermehrt mit instabilen Arbeitsverhältnissen und körperlich bzw. gesundheitsgefährdender Arbeit konfrontiert, wohingegen sich höher Qualifizierte verstärkt außerhalb der Arbeit Sorgen über berufliche Dinge machen. Es kann davon ausgegangen werden, dass beide Qualifikationsniveaus eine hohe Beanspruchung und Vereinnahmung durch die Arbeit erleben, wobei höher Qualifizierte eine psychisch stärkere Verbundenheit zur Arbeit erleben und niedriger Qualifizierte einem höheren Unsicherheitsfaktor im Arbeitsbereich ausgesetzt sind. Bei geringer Qualifizierten kann sich das Gesundheitsrisiko beeinflussend auf das Privatleben auswirken, wohingegen bei höher Qualifizierten die mentale Belastung vorrangig ist, wobei sich natürlich auch die Arbeitsunsicherheit mental belastend äußern kann. Der Unterschied bei der Instabilität der Arbeitsverhältnisse und bei der sicherheits- und gesundheitsgefährdenden Arbeit kann darauf zurückgeführt werden, dass höher Qualifizierte aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Know-hows nicht so leicht zu ersetzen sind wie geringer Qualifizierte bzw. dass geringer Qualifizierte vermehrt in Branchen anzutreffen sind, die körperliche Betätigung voraussetzen. Dass diese Daten jedoch nicht bedeuten, dass beispielsweise die höher Qualifizierten nie von Arbeitsplatzunsicherheit betroffen sind, zeigte sich durch die qualitativen Interviews, welche belegen, dass sehr wohl eine hohe Arbeitsplatzunsicherheit in einem hochqualifizierten Berufsfeld vorherrschen kann. Der Fakt, dass höher Qualifizierte sich stärker im Privatleben Gedanken über Berufliches machen, kann darin begründet sein, dass diese Gruppe mit höherer Wahrscheinlichkeit keine manuelle Tätigkeiten ausübt sondern wissensbasierte. Während bei einer manuellen Arbeitsbetätigung das Arbeits-

material im Regelfall nicht mit nach Hause genommen wird und auf Grund dessen ein Abschalten im Privatleben möglich ist, kann man bei einer geistigen Tätigkeit die Probleme nicht in der Arbeit lassen und gedanklich Abstand von der beruflichen Betätigung nehmen.

Bezüglich Arbeits- und Zeitstress konnten keine Differenzen zwischen den untersuchten Qualifikationsniveaus gefunden werden. Dies kann darin begründet sein, dass es unterschiedliche Arten des Arbeits- und Zeitstress gibt und die vorhandenen Variablen nicht klar abgegrenzt sind. So kann Stress sowohl bei körperlicher Belastung wie auch bei mentaler Belastung auftreten, beispielsweise aufgrund von Termindruck, Abgabeterminen, Konkurrenzkampf, Saisonabhängigkeit, Akkordarbeit usw. Eine Entgrenzung der Zeit kann einerseits aufgrund von Nacht-, Wochenendarbeit und Schichtdienst entstehen, die vermehrt bei geringer Qualifizierten auftritt, da es hier keine typische Grenze mehr – beispielsweise zwischen der Arbeitswoche und dem Wochenende – gibt. Bei höher Qualifizierten ist diese Entgrenzung eventuell nicht so sehr durch fremdbestimmte unfreiwillige Arbeit am Abend oder am Wochenende begründet, sondern durch die durchgehende Erreichbarkeit und durch die Unmöglichkeit die Arbeit nicht mit nach Hause zu nehmen, sondern allzeit an einem Problem zu arbeiten. Aufgrund dessen, dass es keinen Bildungseffekt bei sämtlichen Variablen, die die Arbeitszeitbelastung messen, gibt, kann die Annahme getroffen werden, dass junge Erwachsene die eben in den Arbeitsmarkt eintreten noch sehr von dem Vorgesetzten abhängig sind und folglich keinen Einfluss auf die Arbeitszeit besitzen. Dieses könnte sich mit steigendem Alter und steigender beruflichen Position ändern und ein differentes Bild der Qualifikationsniveaus aufzeigen, da höher Qualifizierte im weiteren Erwerbsverlauf eventuell nicht mehr so weisungsgebunden sind wie die gleichaltrigen geringer Qualifizierten. Um diese Überlegungen zu beweisen bräuchte es jedoch eine weitere Studie mit klarer abgegrenzten Variablen umso unterschiedliche Arten des Zeitstress und die Ursachen dafür zu eruieren und zu hinterfragen, ob dies über alle Qualifikationsniveaus und alle Altersstufen hinweg das gleiche Bild aufweist.

Während das Geschlecht nur Einfluss auf die Variablen sicherheits- und gesundheitsgefährdende Arbeit sowie auf die kurzfristigen Überstunden hat, prägt das Alter die subjektive Einschätzung der Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit, des leistungsabhängigen Einkommens, ob man im Job hart arbeiten muss und ob man sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Gedanken macht. Der Einfluss des Alters unterstreicht wie wichtig es ist, Rahmenbedingungen der Prekarität in Abhängigkeit vom Lebenszyklus zu hinterfragen. Im Laufe des Lebens fasst man Rahmenbedingungen unterschiedlich auf und bewertet sie aus einem differenzierten Blickwinkel. Das Geschlecht hingegen muss nur bei spezifischen Punkten beachtet werden, hat jedoch

allgemein gesehen keinen großen Einfluss auf die Rahmenbedingungen der psychischen Prekarität. Der Effekt des Geschlechtes auf die Variable sicherheits- und gesundheitsgefährdende Arbeit bietet keine neue Erkenntnis, da in körperlich belastenden Branchen vermehrt Männer tätig sind.

Die Frage die sich stellt ist, warum junge ArbeitnehmerInnen, die mit Rahmenbedingungen psychischer Prekarität konfrontiert sind, diese akzeptieren und Änderungen vornehmen. Der erste Grund liegt darin, dass nur das Vorhandensein dieser Rahmenbedingungen nicht automatisch zur psychischen Prekarität bzw. zur Prekarität im allgemeinen Sinn führen muss. So kann beispielsweise das Gehalt eine kompensierende Wirkung ausüben, wodurch man mentale Belastung eher im Kauf nimmt oder es tritt der umgekehrte Fall in Kraft. Die Arbeit macht Spaß und es existieren weder körperliche noch mentale Belastungen, jedoch führt das geringe Gehalt die Person an das Existenzminimum und/oder die fehlende Integration in dem Unternehmen zu Belastungen. Die qualitativen Interviewergebnisse zeigen auf, dass die Arbeitssituation akzeptiert wird, um im späteren Karriereverlauf eine bessere berufliche Position zu erreichen, wie dies auch theoretisch von Siegrist et al. (2004) postuliert wird. Ebenfalls lässt sich die intrinsische Motivation, die bei Siegrist et al. (2004) erwähnt wird, bei der untersuchten Berufsgruppe vorfinden, wobei sie in einer Art von Selbstausbeutung mündet. Eine weitere Möglichkeit der Akzeptanz besteht nach dem „Effort-reward Modell“ dadurch, dass der/die von der fehlenden Balance Betroffene keine andere Wahl hat, als die Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, da es keine Möglichkeit gibt den derzeitigen Arbeitsplatz zu wechseln. Diese Variante würde vor allem auf die geringer Qualifizierten zutreffen, da diese eine erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit aufweisen bzw. mit einer höheren Arbeitslosenquote konfrontiert sind.

Die quantitativen Ergebnisse zeigen eindeutig auf, dass es Differenzen zwischen den unterschiedlichen Qualifikationsniveaus gibt und somit eine Heterogenität bezüglich dieses Phänomens vorliegt. Dies wird von den qualitativen Ergebnissen bestätigt, indem sie aufzeigen, dass vorhandene prekäre Rahmenbedingungen nicht immer dieselben Auswirkungen auf unterschiedliche Personen haben müssen. So findet man bei allen Befragten eine unkalkulierbare Beschäftigungsstabilität, zeitliche und räumliche Entgrenzung sowie Zeitdruck vor, jedoch kommt bei Personen aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich noch die Problematik der finanziellen Prekarität hinzu, die bei naturwissenschaftlich ForscherInnen nicht gegeben ist. Jede Person nimmt prekäre Rahmenbedingungen unterschiedlich wahr, wobei diese Wahrnehmung von der aktuellen Arbeitsorganisation, der vorangegangenen Klarheit über die Erwartungen an den Job und die Identifikation mit dem Wissenschaftsbetrieb beeinflusst wird. Auch beim Umgang mit vorhandenen Rahmenbedingungen ließen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten ausmachen. So kommt es zu einer erhöhten

Selbstorganisation, psychischen und physischen Erkrankungen und Selbstausbeutung wobei davon ausgegangen wird, dass JungforscherInnen gezwungen sind, sich an die Rahmenbedingungen anzupassen, da die Arbeitsorganisation des Wissenschaftssystems als nicht veränderbar angesehen wird. Die wahrgenommene Prekarität der JungforscherInnen liegt im Umgang des Wissenschaftssystems mit ihnen begründet. Bourdieu's These der neuen Form der Unterwerfung, welche zur Hinnahme der Ausbeutung zwingt erfährt so im Wissenschaftsbetrieb mit all ihren negativen sozialen Auswirkungen empirische Evidenz.

In weiterer Folge sollten auf Grundlage dieser ersten Erkenntnisse weiterführende Studien durchgeführt werden, um mit Hilfe einer größeren Stichprobe sowohl mehrere Alterskohorten, wie auch eine Differenzierung nach Pflichtschulabschluss, Sekundärabschluss und Hochschulabschluss, miteinander zu vergleichen umso ein klares Bild über das unterschiedliche Vorhandensein von Prekarität zu erlangen.

Abschließend soll betont werden, dass differente Rahmenbedingungen die zur psychischen Prekarität führen können, je nach Qualifikationsniveau unterschiedlich aufgefasst werden. Politik und zukünftige Forschungsarbeiten sollen an diesen Ergebnissen anknüpfen und bei der Bewältigung des Problems der Prekarität berücksichtigen, dass es keine allgemein gültige Lösung für das Prekaritätsphänomen gibt, da die Ursachen unterschiedliche Wurzeln haben.

Quellenverzeichnis

- Biffel, Gudrun; Leoni, Thomas; Mayrhofer, Christine (2009): *Arbeitsplatzbelastungen, arbeitsbedingte Krankheiten und Invalidität*. Wien: WIFO im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien
- Bourdieu, Pierre (1998): *Prekarität ist Überall*. In: Bourdieu, Pierre (Hrsg.) *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: Univ.-Verlag Konstanz.
- Brinkmann, Ulrich; Dörre, Klaus; Röbenack, Silke (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Brzinsky-Fay, Christian (2007): *Lost in Transition? Labour Market Entry Sequences of School Leavers in Europe*. In: *European Sociological Review*, 23 (4).
- Castel, Robert (2009): *Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit*. In: Castel, Robert; Dörre (Hrsg.) *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus Verlag: S.21-34.
- Destatis; WZB (2011): *Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- European Social Survey (2011): *Round 5 Module on Work, Family and well-being - Final Question Design Template*. London: Centre for Comparative Social Surveys, City University London.
- European Social Survey (2003): *European Social Survey, Round 2. Specification for participating countries*. Abgerufen am 03.01.2012 von URL: http://www.europeansocialsurvey.org/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=85&itemid=80.
- Eurostat (2009a): *Reconciliation between work, private and family life in the European Union*. Luxemburg: Eurostat.
- Eurostat (2009b): *Youth in Europe. A statistical portrait*. Luxemburg: Eurostat.
- Fink, Marcel; Risenfelder, Andreas; Talos, Emmerich; Wetzel, Petra (2005): *Neue Selbstständige in Österreich*. (Forschungsbericht).
- Fink, Marcel; Risenfelder, Andreas; Talos, Emmerich (2001): *Endbericht Atypische Arbeitsverhältnisse. Geringfügige Beschäftigung und Freie DienstnehmerInnen*. Wien:

L&R Sozialforschung, Institut für Staats- und Politikwissenschaft der Universität Wien.

Giesecke, Johannes (2006): *Arbeitsmarktflexibilisierung und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag.

Greussing, Kurt; Häfele, Eva (2008): *Schicksal Prekarität? Maßnahmen für Vorarlberg*. Feldkirch: Arbeiterkammer Vorarlberg.

Hardering, Fredericke (2009): *Prekarität und Prekarisierung. Jüngere Tendenzen der Debatte über die neue soziale Unsicherheit*. In: König, Helmut (Hrsg.): *Die Zukunft der Arbeit in Europa, Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse*. Bielefeld: Transcript-Verlag.

Harslof, Ivan (2007): *Changing Youth Labour Markets, Welfare Institutions and Young People's Control over Working Time*. In: *Time & Society*, 16 (2/3): S. 207–230.

Hess, Sabine; Moser, Johannes (2003): *Kultur der Arbeit – Kultur der neuen Ökonomie. Kulturwissenschaftliche Beiträge zu neoliberalen Arbeits- und Lebenswelten*. Graz: Kuckuck.

Hinz, Lieselotte (1998): *Prekäre Beschäftigung im Einzelhandel*. In: Klammer, Ute; Ochs, Christiane; Trautwein-Kalms (Hrsg.): *(Prekäre) Erwerbstätigkeit von Frauen. Situation, Sackgassen, Auswege. Ergebnisse der Tagung vom 21. Oktober 1997 in Düsseldorf*: S. 27–32.

Huber, Peter; Michenthaler, Georg (2009): *Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Beschäftigung im Handel*. Wien: Arbeiterkammer.

ILO (2011): *Global Employment Trends for Youth: 2011 update*. Geneva: International Labour Organization.

ILO (2010): *Global Employment Trends for Youth*. Geneva: International Labour Organization.

Janowitz, Klaus (2006): *Prekarisierung*. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*: 29 (2).

Klecha, Stephan; Reimer, Melanie (2008): *Wissenschaft als besonderer Arbeitsmarkt. Grundtypologien des Umgangs mit unsicherer Beschäftigung beim wissenschaftlichen Personal*. In: Klecha, Stephan (Hrsg.) *Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kogan, Irena; Schubert, Irena (2003): *Youth Transitions from Education to Working Life in Europe: A General Overview*. In: Kogan, Irena; Müller, Walter (Hrsg.) *School-to-Work Transitions in Europe: Analyses of de EU LFS 2000 Ad Hoc Module*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung S. 5–26.
- Leuprecht, Eva; Putz, Ingrid; Paul, Verena; Kasper, Ruth; Steiner, Karin; Wittinger, Daniela; Kittel, Carme (2009): *Berufseinstieg, Joberfahrungen und Beschäftigungschancen von AbsolventInnen technisch-naturwissenschaftlicher FH-Studiengänge*. Wien: AMS.
- Lueger, Manfred (2010): *Interpretative Sozialforschung. Die Methoden*. Wien: Facultas.
- Michenthaler, Georg (2011): *Beiträge zur Wirtschaftspolitik – Nr 31. Beschäftigte in der Forschung. Analyse der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszufriedenheit auf Grundlage des österreichischen Arbeitsklima-Index*. Wien: Arbeiterkammer.
- Miko, Katharina; Kaupa, Isabelle; Mosberger, Brigitte; u. a. (2002): *Atypische Beschäftigung – Merkmale und Typen von Prekarität. Endbericht*. Wien: abif, SORA.
- Moosbrugger, Jeanette (2008): *Subjektivierung von Arbeit: Freiwillige Selbstaussbeutung*. Wiesbaden: VS.
- Mörchen, Melanie (2006): *Praktikum als prekäre Beschäftigung – Ausbeutung oder Chance zur Integration?* Dortmund: Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund.
- Mosberger, Brigitte; Salfinger, Brigitte; Kreiml, Thomas; u. a. (2007): *Berufseinstieg, Joberfahrungen und Beschäftigungschancen von UNI-AbsolventInnen in der Privatwirtschaft*. Wien: AMS.
- Moser, Johannes; Hess, Sabine (2003): *Kultur der Arbeit – Kultur der neuen Ökonomie*. In: Hess, Sabine; Moser, Johannes (Hrsg.) *Kultur der Arbeit – Kultur der neuen Ökonomie. Kulturwissenschaftliche Beiträge zu neoliberalen Arbeits- und Lebenswelten*. Graz: Kuckuck S. 5–7.
- OECD (2008): *Employment Outlook*. OECD.
- Putz, Ingrid; Mosberger, Brigitte; Kreiml, Thomas; u. a. (2008): *Berufseinstieg, Joberfahrungen und Beschäftigungschancen von UNI-AbsolventInnen. Eine empirische Erhebung unter JungabsolventInnen der Studienrichtungen Geschichte, Humanmedizin, Rechtswissenschaften, Translationswissenschaft und Veterinärmedizin*. Wien: AMS.

- Riesenfelder, Andreas; Wetzel, Petra (2010): *Die Leiharbeit in der Krise?* Wien: Arbeiterkammer.
- Siegrist, Johannes (2004): *The measurement of effort-reward imbalance at work: European comparisons*. In: *Social Science & Medicine*. 58: S.1483-1499.
- Voß, Günter G. (1998): Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 31 (3): S. 473-487

Annex

Tabelle 7: Demographische Verteilung in der Stichprobe

		Unter 13 Ausbildungsjahre		Mindestens 13 Ausbildungsjahre		Gesamt	
		n	Spalten%	n	Spalten%	n	Spalten%
Familienstand	Verheiratet	53	31,00%	35	28,20%	88	29,80%
	Getrennt	1	0,60%	0	0,00%	1	0,30%
	Geschieden	6	3,50%	1	0,80%	7	2,40%
	Ledig	111	64,90%	88	71,00%	199	67,5%
	Gesamt	171	100,00%	124	100,00%	295	100,00%
Geschlecht	Männlich	96	55,80%	71	55,90%	167	55,90%
	Weiblich	76	44,20%	56	44,10%	132	44,10%
	Gesamt	172	100,00%	127	100,00%	299	100,00%
Wohngebiet	Großstadt	43	25,00%	41	32,30%	84	28,10%
	Vorort oder Randbezirk einer großen Stadt	14	8,10%	8	6,30%	22	7,40%
	Stadt oder Kleinstadt	45	26,20%	32	25,20%	77	25,80%
	Dorf	64	37,20%	40	31,50%	104	34,80%
	Bauernhof oder Haus auf dem Land	6	3,50%	6	4,70%	12	4,00%
	Gesamt	172	100,00%	127	100,00%	299	100,10%
	Burgenland	6	3,50%	4	3,10%	10	3,30%
	Kärnten	8	4,70%	7	5,50%	15	5,00%
	Niederösterreich	28	16,30%	21	16,50%	49	16,40%
	Oberösterreich	29	16,90%	20	15,70%	49	16,40%
	Salzburg	19	11,00%	15	11,80%	34	11,40%
	Steiermark	21	12,20%	12	9,40%	33	11,00%
	Tirol	20	11,60%	9	7,10%	29	9,70%
	Vorarlberg	6	3,50%	4	3,10%	10	3,30%
	Wien	35	20,30%	35	27,60%	70	23,40%
	Gesamt	172	100,00%	127	100,00%	299	100,00%
Alter		n	Alter	n	Alter	n	Alter
	durchschnittliches Alter	172	27,19	127	29,09	299	28,00

Tabelle 8: Wertebereiche und Verteilung innerhalb der Stichprobe

		unter 13 Ausbildungsjahre		mindestens 13 Ausbildungsjahre		Gesamt	
		n	Spalten%	n	Spalten%	n	Spalten%
Arbeitsplatzsicherheit	trifft voll und ganz zu	31	22,60%	24	22,60%	55	22,60%
	trifft ziemlich zu	52	38,00%	52	49,10%	104	42,80%
	trifft etwas zu	33	24,10%	22	20,80%	55	22,60%
	trifft überhaupt nicht zu	21	15,30%	8	7,50%	29	11,90%
	Gesamt	137	100,00%	106	100,00%	243	100,00%
Betroffen von Arbeitslosigkeit	keine Erfahrung mit AL	115	66,86%	101	79,53%	216	72,24%
	mehr als 3 Monate, aber weniger als 12 Monate AL	51	29,65%	24	18,90%	75	25,08%
	12 Monate oder länger AL	6	3,49%	2	1,57%	8	2,68%
	Gesamt	172	100,00%	127	100,00%	299	100,00%
kurzfristige Überstunden	nie	38	22,80%	30	26,10%	68	24,10%
	weniger als einmal im Monat	34	20,40%	16	13,90%	50	17,70%
	einmal im Monat	27	16,20%	22	19,10%	49	17,40%
	mehrmals im Monat	35	21,00%	24	20,90%	59	20,90%
	einmal in der Woche	13	7,80%	11	9,60%	24	8,50%
	mehrmals in der Woche	16	9,60%	6	5,20%	22	7,80%
	jeden Tag	4	2,40%	6	5,20%	10	3,50%
	Gesamt	167	100,00%	115	100,00%	282	100,00%
sicherheits- oder gesundheits- gefährdende Arbeit	trifft überhaupt nicht zu	82	56,90%	80	75,50%	162	64,80%
	trifft etwas zu	45	31,20%	17	16,00%	62	24,80%
	trifft ziemlich zu	11	7,60%	4	3,80%	15	6,00%
	trifft voll und ganz zu	6	4,20%	5	4,70%	11	4,40%
	Gesamt	144	100,00%	106	100,00%	250	100,00%
Job verlangt, dass man sehr hart arbeitet	lehne stark ab	8	5,60%	7	6,60%	15	6,00%
	lehne ab	21	14,70%	11	10,40%	32	12,90%
	weder noch	39	27,30%	32	30,20%	71	28,50%
	stimme zu	60	42,00%	41	38,70%	101	40,60%
	stimme stark zu	15	10,50%	15	14,20%	30	12,00%
	Gesamt	143	100,00%	106	100,00%	249	100,00%
zu wenig Zeit um alles am Arbeitsplatz zu erledigen	lehne stark ab	20	13,90%	14	13,30%	34	13,70%
	lehne ab	47	32,60%	29	27,60%	76	30,50%
	weder noch	45	31,20%	30	28,60%	75	30,10%
	stimme zu	22	15,30%	24	22,90%	46	18,50%
	stimme stark zu	10	6,90%	8	7,60%	18	7,20%
	Gesamt	144	100,00%	105	100,00%	249	100,00%
leistungsabhängiges Einkommen	trifft überhaupt nicht zu	64	44,80%	49	46,20%	113	45,40%
	trifft etwas zu	33	23,10%	34	32,10%	67	26,90%
	trifft ziemlich zu	27	18,90%	17	16,00%	44	17,70%
	trifft voll und ganz zu	19	13,30%	6	5,70%	25	10,00%
	Gesamt	143	100,00%	106	100,00%	249	100,00%
Entscheidungsfreiheit über die Arbeitszeit	trifft überhaupt nicht zu	85	58,60%	50	47,20%	135	53,80%
	trifft etwas zu	27	18,60%	29	27,40%	56	22,30%
	trifft ziemlich zu	22	15,20%	12	11,30%	34	13,50%
	trifft voll und ganz zu	11	7,60%	15	14,20%	26	10,40%
	Gesamt	145	100,00%	106	100,00%	251	100,00%
sich über Berufliches außerhalb der Arbeitszeit Sorgen machen	nie	42	25,00%	10	8,20%	52	17,90%
	fast nie	42	25,00%	35	28,70%	77	26,60%
	manchmal	73	43,50%	44	36,10%	117	40,30%
	oft	8	4,80%	28	23,00%	36	12,40%
	immer	3	1,80%	5	4,10%	8	2,80%
	Gesamt	168	100,00%	122	100,00%	290	100,00%

„Schmarotzende“ und „Opfer“

Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen

Jakob-Moritz Eberl, Alexander Lang, Michaela Lebisch, Hana Mikulová

Kurzangaben zu den AutorInnen:

Jakob-Moritz Eberl (1989): Zwischen 2007 und 2013 Bachelor- und Masterstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seit 2011 Masterstudium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2013 Doktoratsstudium der Sozialwissenschaften, Universitätsassistent (Prae-Doc) am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Mitarbeiter der Österreichischen Nationalen Wahlstudie (AUTNES) im Team „Media Side“ an der Universität Wien.

Forschungsschwerpunkte und -interessen: Wahlforschung, politische Kommunikation (politischer Bias/Parallelismus), celebrity politics und standardisierte Inhaltsanalyse.

Kontakt: jakob.eberl@reflex.at

Alexander Lang (1986): Studium der Soziologie (2007-2011) und Deutschen Philologie (2006-2012) an der Universität Wien. Seit 2011 Masterstudium Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zwischen 2012 und 2014 wiederholt Tutor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien (Wien).

Forschungsschwerpunkte und -interessen: Gesellschaftliche Einbettung und Dynamiken von Technologien (genetische Analysen, fracking), Steuerung von Forschung und Innovation („Responsible Research and Innovation“), normative Ordnungen im Allgemeinen, Wissenssoziologie.

Kontakt: alex_lang@gmx.at

Michaela Lebisch (1984): Zwischen 2007 und 2011 Bachelorstudium der Soziologie an der Universität Wien. Seit 2011 Masterstudium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2005 im Vertrieb und Marketing der Electrolux Professional GmbH tätig, mit Schwerpunkt auf Projektabwicklung, Key Account Kundenbetreuung und Marketing-Dokumentation.

Kontakt: michaela.lebisch@gmx.at

Hana Mikulová (1988): Zwischen 2007 und 2011 Bachelorstudium Englisch mit Schwerpunkt angewandte Wirtschaft an der Palacky Universität Olmütz. ERASMUS Aufenthalt (transkulturelle Kommunikation) an der Universität Wien von 2009 bis 2010. Seit 2011 Masterstudium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2013 Supervisor und Schulungsleiterin bei Eventiv GmbH.

Kontakt: xmikulova@seznam.cz

ABSTRACT

Unemployment is one of the most important economic, political, and social issues of our time. It is not only linked to economic but also to societal challenges such as stigmatization and exclusion.

The present study investigates the social constructions of unemployed using the theory of social representations as analytical framework. Thereby, it sheds light upon the complex systems of values, ideas, and symbolic practices that underlie the assessments and images of unemployed as well as their social conditioning. By means of quantitative and qualitative methods it addresses the questions, which social representations of unemployed exist in the Austrian society, how they are configured, and what factors influence attitudes towards the unemployed.

A multiple linear regression model using data from the European Social Survey 2008 shows that the factors *education*, *duration of one's own experience of unemployment*, *political orientation* as well as *general trust in society* have an influence on the attitude towards unemployed. The qualitative interpretation of narrative, problem-centered interviews shows that the fates of unemployed are individualized and personal experiences generalized. Interviewees do not consider the complex socio-economic dynamics that lead to unemployment and the ideal of meritocracy is dominant in their narrations.

KEYWORDS: Unemployed · Unemployment · Austria · Social Representations · Meritocracy · Individualization

ZUSAMMENFASSUNG

Arbeitslosigkeit ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Themen unserer Zeit und neben ökonomischen auch mit sozialen Herausforderungen wie Stigmatisierung und Exklusion verknüpft.

Die vorliegende Untersuchung widmet sich den gesellschaftlichen Konstruktionen von Arbeitslosen durch die Folie der Theorie sozialer Repräsentationen. Dadurch rücken Systeme von Werten, Ideen und symbolischen Praktiken in den Fokus, die den Bewertungen und Bildern von Arbeitslosen zugrunde liegen. Mittels quantitativer und qualitativer Verfahren wird den Fragen nachgegangen, welche sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen in der österreichischen Gesellschaft existieren, wie diese beschaffen sind und welche Faktoren die Einstellung zu Arbeitslosen beeinflussen.

Ein multiples lineares Regressionsmodell auf Grundlage der Daten des European Social Surveys 2008 zeigt, dass die Faktoren *Bildung*, die *Dauer der selbst erlebten Arbeitslosigkeit*, die *politische Orientierung* sowie das generelle *Vertrauen in die Gesellschaft* einen Einfluss auf die Einstellung gegenüber Arbeitslosen hat. Die qualitative Interpretation narrativer

problemzentrierter Leitfadeninterviews brachte wiederum zum Vorschein, dass das Ideal der Leistungsgesellschaft dominant ist, eine Individualisierung der Schicksale Betroffener stattfindet, komplexe Dynamiken, die zu Arbeitslosigkeit führen, weitgehend ausgeblendet, und persönlichen Erfahrungen generalisiert werden.

SCHLÜSSELWÖRTER: Arbeitslose · Arbeitslosigkeit · Österreich · Soziale Repräsentationen · Leistungsgesellschaft · Individualisierung

Inhalt

1	Einleitung.....	35
2	Was sind soziale Repräsentationen?	37
3	Stand der Forschung	39
4	Forschungsdesign	41
4.1	Multiple lineare Regression (Ordinary Least Squares – OLS)	42
4.2	Qualitative Interviews.....	43
5	Einflussfaktoren auf die Einstellung zu Arbeitslosen	45
6	Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen	49
6.1	»SchmarotzerInnen« und »Opfer«: Gruppen von Arbeitslosen	50
6.2	Leistung muss sich lohnen!	51
6.3	Es gibt genug Arbeit für alle!.....	53
6.4	Die Politik soll handeln!.....	54
7	Zusammenführung und Diskussion	55
8	Literatur	58

1 Einleitung

2013 erreichte die absolute Anzahl der Arbeitslosen in Österreich den Höchststand der Zweiten Republik; die Arbeitslosenquote war nur ein einziges Mal – 1953 – höher (BMASK 2014). Und die Europäische Kommission (2010) hebt in ihrer 2020 Strategie die „Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt“ (ebd. S. 5) neben Innovation und Nachhaltigkeit als eine der drei wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Dekade hervor.

Verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen und Dynamiken tragen ihres zur Veränderung der Arbeitswelt und Arbeitslosigkeit bei. Die Globalisierung, als (u.a.) ein Wettbewerb auf weltweiten Märkten, wird durch offene Grenzen, moderne Transportsysteme und sich ständig verbessernde Informations- und Kommunikationstechnologien vorangetrieben und beeinflusst wirtschaftliche Strukturen und Dynamiken. Die sektorale Aufteilung der Wirtschaft wandelt sich, es wird vom Übergang von der Industriegesellschaft, der laut Dahrendorf (1983) dank ihrer inneren Dynamik die Arbeit ohnehin ausgehen würde, hin zur Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft gesprochen (Stehr 1994, Bittlingmayer 2005). Die *Prekarisierung der Arbeit*, das heißt ein Mangel an Sicherheit einen sozial- und arbeitsrechtlich geschützten Arbeitsplatz zu finden, diesen auf längere Zeit behalten zu können und gleichzeitig ein zufriedenstellendes Einkommen zu beziehen, stelle Individuum und Gesellschaft vor weitere Herausforderungen (u.a. Castel 2009; Schimank 2007). Darüber hinaus verändere sich der „Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello 2006), passe sich den gesellschaftlichen Umständen und der an ihm geübten Kritik an, was letztendlich in einer zunehmenden Verflachung von Hierarchien, Inkorporierung von Kontrolle, Individualisierung von Verantwortung und Desolidarisierung miteinander konkurrierender ArbeitnehmerInnen führe (ebd. S. 68-87). Mit dem Aufbrechen starrer Ordnungen erhöhe sich die Flexibilität der Arbeitswelt, der das Individuum Rechnung tragen müsse, was Auswirkungen auf Identität und Charakter habe (Sennett 1998, 2005).

Seit den 1980er Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich – trotz Schwankungen – tendenziell an (Atzmüller 2009, S. 136-148). 2013 waren in Österreich im Vergleich zu 3,44 Millionen Erwerbstätigen im Alter ab 15 Jahren, rund 428.143 Personen beim österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) als arbeitslos vorgemerkt (inklusive TeilnehmerInnen an Schulungsmaßnahmen). Nach dem ILO-Konzept¹ lag die Arbeitslosenquote 2013 bei 4,8% und ist damit in der gesamten EU am niedrigsten (BMASK 2014).

¹ International Labour Organization: Eine „Person [gilt] als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normaler Weise einer Beschäftigung nachgeht“ (Statistik Austria 2013).

Die Arbeitslosenquoten unterscheiden sich in Österreich u.a. je nach Alter, Geschlecht, Bildung, Staatsangehörigkeit und Branche (Haller 2008, S. 265-266).

Arbeitslosigkeit hat miteinander verknüpfte Auswirkungen auf sozialer, politischer, wirtschaftlicher als auch individueller Ebene. Auf letzterer wurden unter anderem Effekte von Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand (Hollederer 2002), die psychische Antriebsstruktur (Jahoda et al. 1988), die individuelle finanzielle Situation (Bäcker et al. 2010) oder die soziale Inklusion (Ludwig-Mayerhofer 2008) identifiziert und problematisiert. Gesamtwirtschaftlich verringert Arbeitslosigkeit einerseits den Konsum, damit Unternehmensinvestitionen und Steueraufkommen, erhöht andererseits Kosten für Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung und belastet damit den Staatshaushalt (Bach und Spitznagel 2003).

An der Schnittstelle zwischen Individuum und Gesellschaft liegen Fragen nach Integration und Desintegration, Inklusion und Exklusion. Die Wahrnehmung von Arbeitslosen und der daraus resultierende Umgang mit ihnen ist ein diesbezüglich wichtiger Aspekt. In der wiederholt stattfindenden Diskussion um Arbeitslose werden diese für politische Zwecke als »faul« stigmatisiert und damit der Rückbau von sozialstaatlichen Maßnahmen begründet (Oschmiansky 2003), wobei die Medien dieses Bild des »Sozialschmarotzers« re-/produzieren (Lehnert 2009). Arbeitslose werden in der Bevölkerung relativ zu anderen Gruppen tendenziell negativ wahrgenommen und abwertend beschrieben (siehe 3), wenngleich insgesamt eine breite Palette an Zuschreibungen existiert. Die Annahme liegt nahe, dass die bestehenden gesellschaftlichen Konstruktionen der Arbeitslosen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern dass sie eng mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und deren beschriebenen Wandel (Prekarisierung, Flexibilisierung, Individualisierung, Desolidarisierung, Anstieg Arbeitslosenquote, etc.) zusammenhängen.

Die vorliegende Untersuchung widmet sich den gesellschaftlichen Konstruktionen der Gruppe der Arbeitslosen auf eine dementsprechend umfassende Weise. Über die bloße Deskription hinaus wird die Frage beantwortet, welche Vorstellungen, Normen und Werte diesen Konstruktionen inne wohnen. Dafür greift sie auf die Theorie sozialer Repräsentationen zurück, die – anders als ähnliche Konzepte – eine sehr breite Perspektive auf sozialpsychologische Phänomene eröffnet (siehe 2). Mittels eines Forschungsdesigns, welches quantitative und qualitative Methoden gewinnbringend verbindet (siehe 4) wird eine empirische Lücke im bisherigen Stand der Forschung (siehe 3) geschlossen. Es werden Faktoren identifiziert, die mit der Einstellung zu Arbeitslosen korrelieren (siehe 5), und darüber hinaus die Beschaffenheit und zugrundeliegenden Konstruktionsweisen von sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen in Österreich ausgearbeitet (siehe 6). Die abschließende Diskussion der Ergebnisse

findet auf inhaltlicher wie methodologischer Ebene statt und zeigt Anschlussstellen für weitere Forschungsarbeiten (siehe 7).

2 Was sind soziale Repräsentationen?

Eine soziale Repräsentation kann als „system of values, ideas and practices“ (Moscovici 1973, S. xii), als „bestimmte[s] wiederkehrende[s] und umfassendes Modell von Bildern, Glaubensinhalten und symbolischen Verhaltensweisen“ (Moscovici 1995, S. 310) beschrieben werden, das verschiedene Aspekte der Lebenswelt benennt, bewertet, kategorisiert und ordnet (Moscovici 1973, S. xii) – oder sie überhaupt erst als Objekte konstruiert (Verheggen/Baerveldt 2007, S. 9). Von Einstellungen unterscheiden sich soziale Repräsentationen insofern, als dass sie wesentlich umfassendere und gegliederte Konstruktionen aufweisen, sich dabei aber nicht auf die Summe ihrer Elemente reduzieren lassen (de Rosa 1993, S. 179). Strukturierte Sammlungen von Einstellungen können als Teil Sozialer Repräsentationen gesehen werden (Fraser 1994, S. 3-5).

Soziale Repräsentationen sind kein fixiertes Abbild der Wirklichkeit oder Ergebnis einer passiven Übernahme seitens der Individuen, sondern werden interaktiv produziert und reproduziert. Somit unterliegen sie einer mehr oder weniger umfassenden, ständigen Weiterentwicklung (Moscovici 2000, S. 26-33; Farr 1993, S. 136). Diese Re-/Produktion von sozialen Repräsentationen findet in Kommunikations- und Interaktionsprozessen zwischen Ego – dem Individuum – und verschiedenen Alteri – einzelne Individuen, Gruppen, der Gesellschaft, einer Nation oder Kultur usw. – statt (Marková 2000, S. 433-435). Die Theorie sozialer Repräsentation fokussiert dementsprechend auch auf sozio-kulturelle beziehungsweise -historische Einbettungen des individuellen Denkens und Handelns (Flick 1995, S. 12-13; Moscovici 1995, S. 306-307; Potter/Wetherell 1995, S. 179). Vor allem alltägliche Sachverhalte und diesbezügliche Laien-Theorien stehen im Zentrum des Interesses (Moscovici 1995, S. 270).

Soziale Repräsentationen erfüllen vor allem zwei miteinander verknüpfte Funktionen: Indem sie Deutungsmuster liefern, dienen sie einerseits dazu, neue Erfahrungen zu verstehen. Dieser Prozess von Kategorisierung und Benennung von Fremdem mithilfe sozialer Repräsentationen wird als *Verankerung* bezeichnet und unterstützt allgemein die Orientierung des Individuums in der Welt (Moscovici 1973, S. xiii; 1995, S. 307; Billig 1993, S. 47-48). Andererseits ermöglichen oder erleichtern soziale Repräsentationen zwischenmenschliche Kommunikation und Handeln. Besteht Konsens über bestimmte soziale Repräsentationen, schafft dies einen gewissen Grad an Integration (bzw. Abgrenzung) einer Gruppe (Moscovici 1995, S. 307-309; Wagner 1994, S. 134-135). Im Vorgang des Einordnens kann es auch zu argumentativen Abwägungen und der Kontrastierung mit den dichotom gegenüberstehenden und anderen verfügbaren

Kategorien kommen, wodurch die vorhandenen eigenen Klassifikationsmuster wiederholt in Frage gestellt werden (Billig 1993, S. 49).

Während die Verankerung (tendenziell) auf Stabilisierung hin ausgerichtet ist – sie ordnet Neues in bekannte Schemata ein und versucht, die vorhandenen Denkmuster beizubehalten – leistet der Prozess der *Objektivierung* Veränderung Vorschub, indem soziale Repräsentationen umgebaut oder ersetzt werden (Marková 2000, S. 448-449; Moscovici 2000, S. 54). Im Zuge der Objektivierung werden abstrakte Ideen und Vorstellungen in konkrete Bilder transformiert. Die ursprünglichen Inhalte werden jedoch nicht abbildhaft aufgenommen, sondern selektiert und modifiziert. Die konkrete Auswahl und Veränderung sind einerseits vom jeweiligen sozio-kulturellen Kontext, andererseits vom Vorhandensein passender Bilder für die abstrakten Sachverhalte abhängig (Moscovici 2000, S. 49-51; Wagner et al. 1999, S. 3).

Soziale Repräsentationen sind nicht wertneutral. Im Verlauf der Verankerung von neuen Erfahrungen finden immer implizite oder explizite normative Bewertungen des jeweiligen Sachverhalts statt und eine Reihe von Zuschreibungen und Interpretationen wird appliziert (Moscovici 2000, S. 42-49; Marková/Wilkie 1987). Hegemoniale soziale Repräsentationen (zum Beispiel von Geschlecht) können als ideologisch gesehen werden, weil sie die existierenden Machtstrukturen in einer Gesellschaft stützen (Augoustinos 1995). Soll eine Untersuchung sozialer Repräsentationen ihr kritisches Potential verwirklichen, erscheint es notwendig, ihre etwaigen Funktionen für die Stabilisierung und/oder Destabilisierung vorhandener Machtstrukturen aufzudecken und zu analysieren. Genauso dürfen die konkrete Kommunikationssituation und sprachliche Feinheiten, in denen soziale Repräsentationen zutage treten, nicht ausgeblendet werden (Billig 1993, S. 39; Potter/Wetherell 1995). Neben den oben genannten Kernfunktionen können soziale Repräsentationen je nach Kontext verschiedene Funktionen – „ideological, mythical, providing identities, enabling resistance, attitudinal, planning or scripting of intentional activity“ (Bauer/Gaskell 1999, S. 173) – erfüllen. Diese gilt es bei ihrer Analyse und Interpretation ebenso zu berücksichtigen.

Zwar werden eine Reihe von Kritikpunkten – die zum Teil auf verkürzter Rezeption beruhen – gegen die Theorie sozialer Repräsentationen hervorgebracht², jedoch wird trotzdem meist das Potential der durch die Theorie sozialer Repräsentationen eröffneten Perspektive betont (Voelklein/Howarth 2005). Sie eignet sich gerade für die Erforschung der gesellschaftlichen Konstruktionen von Arbeitslosen, weil sie deren gesellschaftliche wie auch individuelle Bedingtheit in den Fokus rückt. Dadurch wird es möglich, vorhandene Bilder von Arbeitslosen auf deren Grundlagen zurückzuführen

² Das Fehlen einer eindeutigen Definition und Abgrenzung von anderen Konzepten, ein inhärenter Determinismus, kognitiver Reduktionismus, fehlendes kritisches Potential.

und damit deren scheinbare Objektivität – im Sinne einer tatsächlichen Widerspiegelung von Realität – zu dekonstruieren.

3 Stand der Forschung

Bezogen auf die Soziale Repräsentation von Arbeitslosen zeigen verschiedene Studien eine tendenziell negative Selbst- und Fremdeinschätzung dieser Gruppe. Kirchler (1993, S. 109) resümiert seine Untersuchung: „In allen Beschreibungen resultierten sie [die Arbeitslosen; Anm.] als deprimiert, unangepaßt [sic!] und langsam, oft auch unsicher“. Und auch auf Kirchler aufbauende, spätere Untersuchungen zeigen ein ähnliches Bild. Etwa, dass Arbeitslose in der Bevölkerung primär als „faul“, „verzweifelt“ und „frustriert“ (Zablocki 2010, S. 49) wahrgenommen, oder speziell Langzeitarbeitslose oftmals als „ausnützerisch“ (Philippich 1998, S. 100) dargestellt werden.

Die negative Bewertung von Arbeitslosen zieht sich durch alle Berufsgruppen, wobei sich Arbeitslose als einzige Gruppe selbst am schlechtesten einschätzen (Kirchler 1993; Philippich 1998, S. 107). Diese negative Selbstbewertung wird als Mittel zum Distanzaufbau gesehen, „da aus der Identifikation mit der Gruppe der Arbeitslosen kein positiver Stellenwert etabliert werden kann“ (Zablocki 2010, S. 83), was jedoch auch Solidarisierung unter Arbeitslosen verhindern kann. Baumann (2010) kommt zu dem Schluss, dass es eine Vielzahl verschiedener Bilder von Arbeitslosen gibt und sich bezüglich der Bewertung zwar Tendenzen in einzelnen Gruppen (u.a. abhängig vom Bildungsabschluss, der Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, etc.) identifizieren lassen, insgesamt aber „viele Mosaikteile die Vorstellungen über Arbeitslose und Arbeitslosigkeit [formen]“ (ebd. S. 279). Auch eine andere in Deutschland durchgeführte Studie zeigte, dass die dortige Wahrnehmung von Arbeitslosen ambivalent ist. Diese ist einerseits von der Bedürftigkeit und allgemeinen Wertschätzung Arbeitsloser, andererseits aber auch von der Annahme des Leistungsmissbrauchs und selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit geprägt (Ullrich 2006, S. 200-203). In Österreich werden Arbeitslose tendenziell nicht als sozial benachteiligt gesehen, anders als etwa Menschen mit Behinderung, Bergbauern/-bäuerinnen und Familien (Hörl 1999, S. 171).

Ursachen der Arbeitslosigkeit werden vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel abgegrenzt und individualisiert. So werden Personenmerkmale am häufigsten als Gründe für Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, noch vor unternehmensinternen Veränderungen; wirtschaftliche bzw. politische Umstände werden nur selten als Ursachen identifiziert³. Insgesamt – bei Summierung verschiedener Ursachenzuschreibungen – zeigt jedoch eine diesbezügliche Studie eine leichte Tendenz zur

³ Persönlichkeitsmerkmale der Arbeitslosen: 37,3%; Veränderungen in den Unternehmen (z.B. Automation): 26,8%; wirtschaftliche bzw. politische Umstände: 8,6%.

Erklärung von Arbeitslosigkeit aufgrund äußerer Umstände; 38,6% externe, 37,3% interne Ursachen (Kirchler 1993). Green et al. (1998) wiesen für Großbritannien nach, dass die politische Ausrichtung der Individuen die soziale Repräsentation von Arbeitslosigkeit beeinflusst. Labour-WählerInnen (politisch tendenziell links) stellten dabei mehr Verknüpfungen von Arbeitslosigkeit mit externen Faktoren (zum Beispiel Wirtschaftslage, Arbeitsmarktpolitik) her als mit personen-internen Faktoren (zum Beispiel Bildung).

Für Deutschland kommt Baumann (2010) zu dem Ergebnis, dass sowohl externe (z.B. Wirtschaftslage) als auch interne Ursachen (z.B. unpassende Qualifikation) als Erklärung für Arbeitslosigkeit herangezogen werden, wobei Arbeitslose eher externen Faktoren die Schuld für ihre Lage geben, als dies Nicht-Arbeitslose tun. Personen aus Kleinstädten sehen die Verantwortung für Arbeitslose eher bei der Politik, wohingegen Personen aus Großstädten diese wiederum dem Individuum selbst auferlegen (ebd. S. 258). Weiters werden soziodemographische Charakteristika wie Alter, Geschlecht und Bildungsgrad als „Moderatorvariablen“ (ebd. S. 149) identifiziert. Daneben hat auch die vergangene Erfahrung mit Arbeitslosigkeit einen Einfluss auf die Bewertung von Arbeitslosen (ebd. S. 259). Die politische Orientierung kann laut Baumann vor allem über die Bewertung der Schuld an Arbeitslosigkeit und der Funktionalität von Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Repräsentation von Arbeitslosen stehen. Politisch rechts orientierte Personen würden demnach dazu tendieren, Arbeitslosen gegenüber kritischer eingestellt zu sein (ebd. S. 259).

Die Individualisierung von Arbeitslosigkeit wird damit erklärt, dass Distanz zu diesem Problem geschaffen und diese Bedrohung für das eigene Leben abgewehrt wird. Individuelle Schuldzuweisungen bleiben dabei auch bestehen, wenn die Arbeitslosigkeit insgesamt – etwa durch konjunkturelle bzw. strukturelle Gründe – ansteigt. Als Grund dafür wird das mangelnde Verständnis komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gesehen (Zablocki 2010, S. 39-40).

In den Medien herrschen zudem Bilder des „Sozialschmarotzers“ vor, wobei häufig von Einzelfällen auf die Gesamtheit der Arbeitslosen geschlossen wird. Entscheidend dabei sind die Wahrnehmungs- und Bewertungsdichotomien ehrlich/unehrlich, willig/unwillig und fähig/unfähig. (Lehnert 2009, S. 50). In Bezug auf Sozialleistungen hat die StaatsbürgerInnenschaft eine besondere Bedeutung: Die Kluft zwischen In- und AusländerInnen beim Zugang und der Inanspruchnahme von Sozialleistungen – und auch deren Ausnutzung – ist ein zentrales Thema, wenn im alltäglichen Sprachgebrauch über Arbeitslosigkeit diskutiert wird (ebd. S. 75). Einen besonderen Stellenwert in der Gruppe der Arbeitslosen nehmen die Langzeitarbeitslosen ein, da ihnen meist der Arbeitswille abgesprochen wird (ebd. S. 70).

Die existierenden Untersuchungen zu sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen oder Arbeitslosigkeit weisen alle Charakteristika auf, welche tiefer gehende Untersuchungen zu diesem Thema notwendig machen.⁴ Einige Studien sind bereits älteren Datums (u.a. Kirchler 1993, Green et al. 1998; Philippich 1998), was gerade unter der Annahme problematisch erscheint, dass der sozio-historische Hintergrund einen Einfluss auf soziale Repräsentationen (und vice versa) ausübt. Darüber hinaus haben die Untersuchungen in unterschiedlichen Ländern (Green et al. 1998 in England, Baumann 2010 in Deutschland) – damit auch verschiedenen Sozialsystemen⁵ und sozio-politischen Kontexten – stattgefunden. Diesbezüglich kann davon ausgegangen werden, dass Länder mit divergierender Rahmung von Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit andere soziale Repräsentationen evozieren. Methodisch erscheinen die Untersuchungsergebnisse insofern eingeschränkt, als dass sie mit geschlossenen Instrumenten, häufig mit vorgegebenen zuzuordnenden Attributen, arbeiten (u.a. Green et al. 1998; Baumann 2010), damit eher Einstellungsforschung gleichen und eine umfassende Betrachtung sozialer Repräsentationen bzw. das Erfassen ganzer Vorstellungswelten bezüglich Arbeitslosen in den Hintergrund tritt.

Eine aktuelle und umfassende Untersuchung nicht nur der Einstellung gegenüber und Bewertung von Arbeitslosen, sondern der für diese existierenden sozialen Repräsentationen – als komplexe Systeme von Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern – erscheint für die Entwicklung eines grundlegenden Verständnisses der sozialen Einordnung und Behandlung dieser Personengruppe erforderlich. Die vorliegende Untersuchung stellt einen Schritt in diese Richtung dar.

4 Forschungsdesign

Die vorliegende explorative Untersuchung der sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen wurde mittels eines mixed-methods Designs, welches quantitative und qualitative Verfahren integrierte, umgesetzt. Dabei diente eine vorangestellte quantitative Analyse einem ersten explorativ-deskriptiven Herantasten an das Thema, indem mittels eines Regressionsmodells geklärt wurde, inwieweit bestimmte Faktoren einen Einfluss auf die Einstellung zu Arbeitslosen haben. Ausgehend davon wurden erste Annahmen formuliert, die dann in die qualitative Untersuchung einfließen (Leitthemen). Das Material aus beiden Forschungsphasen diente schließlich als Datengrundlage für die Analyse und Interpretation sozialer Repräsentationen von Arbeitslosen.

⁴ Auf weitere Forschungslücken – welche sie selbst nur teilweise geschlossen hat – weist Baumann (2010, S. 103-150) hin, die selbst eine Vielzahl von Studien zu Arbeitslosen und Arbeitslosigkeit zusammengetragen hat.

⁵ Arts und Gelissen (2002) bieten einen Überblick zu unterschiedlichen Wohlfahrts-Regime-Typologien. Großbritannien wird dabei immer einem anderen Typus zugeordnet als Deutschland und Österreich, wobei auch die letzteren zwei in manchen Typologien unterschiedlichen Typen zugeordnet werden (ebd. Tabelle 2, S. 149-150).

4.1 Multiple lineare Regression (Ordinary Least Squares – OLS)

Datenbasis für die Analysen ist der österreichische Teildatensatz der vierten Welle des European Social Survey (ESS 2008), welcher mittels face-to-face Interviews erhobene Daten umfasst. Der spezifische Zusatzfragebogen dieser Befragungswelle behandelte u.a. die Themen Wohlfahrtsstaat und Arbeitslosigkeit. Die weitere Analyse beschränkte sich auf die erwerbsfähige Bevölkerung von 18 bis unter 64 Jahren (n=1774), wobei auch all jene Fälle entfernt wurden, die bei mindestens einer modellrelevanten Variable keine Angaben getätigt haben. Nach Bereinigung verblieben 1594 Personen im Datensatz.

Stereotype und Vorurteile spielen eine wichtige Rolle in der Konstruktion von sozialen Repräsentationen (siehe u.a. Moscovici/Perez 1997; Bar-Tal/Teichman 2005) und sind daher in Form der abhängigen Variable „Einstellung zu Arbeitslosen“ (EA), zentraler Bestandteil der durchgeführten Regression. Diese soll einen messbaren Teilaspekt der komplexen Repräsentation von Arbeitslosen darstellen, da über sie insbesondere ein verbreitetes Vorurteil (u.a. Lehnert 2009; Baumann 2010, S. 88) angesprochen wird. Das Item im Wortlaut: „Die meisten Arbeitslosen suchen nicht wirklich nach einer Arbeitsstelle.“ Die Frage hat fünf Antwortkategorien⁶, ist ordinalskaliert und wurde auf Normalverteilung überprüft. Sie kann als quasi-metrische Variable interpretiert werden, bei der gilt: *Je höher der Wert der abhängigen Variable, desto positiver die Einstellung gegenüber Arbeitslosen.*

Auf Basis dieser abhängigen Variable wurde eine dreistufige multiple lineare Regression berechnet. In einem ersten Schritt der Modellberechnung (Stufe 1) wurde der Zusammenhang zwischen den theoriegeleitet ausgewählten soziodemographischen Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung und StaatsbürgerInnenschaft) und der EA überprüft. In einem zweiten Schritt (Stufe 2) wurden zusätzlich Variablen zur Arbeitslosigkeit geprüft. Die dritte Stufe des Modells wurde mit persönlichen und politischen Einstellungen ergänzt, um erste Sinnstrukturen und Wertehaltungen im Zusammenhang mit der EA zu identifizieren. Kernstück dieses Modells ist es, den Zusammenhang der Sozialdemographie und Arbeitslosigkeit – sowohl ungeachtet von Einstellungen als auch in Kombination mit diesen – und Repräsentationen von Arbeitslosen zu erforschen. Zudem unterliegen die erste und zweite Stufe des Modells einer potenziell unterschiedlichen Folgeverwertung als die dritte Stufe.

Bei der Variable „Alter“ handelt es sich um eine metrische Variable, ausgehend vom Geburtsjahr berechnet. Die Variable „Geschlecht“ wurde als nominale Variable (Mann=0, Frau=1) kodiert. Die Variable „Bildung“ basiert auf den Ausbildungsjahren der Befragten. Die Variable wurde für das Modell entlang des zwölften Ausbildungsjahres (Abschlussjahr für AHS, BMS und Berufsschule) dichotomisiert (weniger als zwölf

⁶ „stimme stark zu“ (1), „stimme zu“ (2), „weder noch“ (3), „lehne ab“ (4) und „lehne stark ab“ (5).

Jahre im Bildungssystem=0; mind. zwölf Jahre im Bildungssystem=1⁷). Die Variable StaatsbürgerInnenschaft wird dichotom erfasst (ohne StaatsbürgerInnenschaft=0; mit StaatsbürgerInnenschaft=1).

Die zweite Stufe des Regressionsmodells umfasste Variablen, die direkt mit dem Thema Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Die Variable „Berufliche Situation“ wurde in drei Dummy-Variablen (jeweils: trifft nicht zu=0, trifft zu=1) aufgeteilt. Dabei wurde unterschieden ob der/die Befragte gerade berufstätig (1. „Berufstätig“), in Ausbildung, Karenz, verhindert oder in Pension ist bzw. Hausarbeit, Zivil- oder Militärdienst leistet (2. „Ausbildung/keine Erwerbsarbeit“), oder ob die Person tatsächlich arbeitslos ist (3. „Arbeitslos“). Um die eigene vergangene Erfahrung mit Arbeitslosigkeit in die Analyse mit einzubeziehen wurde zudem überprüft ob der/die Befragte schon einmal mindestens 3 Monate arbeitslos war (Nein=0, Ja=1). Die „politische Orientierung“ wurde über eine metrische Variable mit elf Ausprägungen (politisch links=0, politisch rechts=10) erhoben. Für die multivariate Analyse wurden vier Dummyvariablen (0/1) erstellt – „Links“ wurde mit den Werten 0-4, „Mitte“ mit dem Skalenwert 5 und „Rechts“ mit den Werten 6-11 zusammengefasst. Da einige Befragten diese Frage nicht beantworteten (n=167) und wurde für diese Personen eine eigene Dummy-Variable erstellt: „Missing“.

Die Variable „Vertrauen in die Gesellschaft“ wird über folgende Frage erhoben: „Glauben Sie, dass die meisten Menschen versuchen, Sie auszunutzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, oder würden sie sich Ihnen gegenüber fair verhalten?“ Die Frage ist damit indirekt mit dem Bild „des Sozialschmarotzers/der Sozialschmarotzerin“ in Verbindung zu bringen: einem Kampfbegriff gegen den Sozialstaat (Butterwegge 2005; Lehnert 2009). Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die sich von anderen Menschen in der Gesellschaft ausgenutzt fühlen, eher Arbeitslosen diese Eigenschaft zuschreiben und tendenziell eine negative EA haben. Es handelt sich abermals um eine metrisch skalierte Variable mit elf Ausprägungen („die meisten Menschen würden versuchen, mich auszunutzen“=0, „die meisten Menschen würden versuchen, sich fair zu verhalten“=10).

4.2 Qualitative Interviews

Die qualitative Erhebung fand mittels problemzentrierter Leitfadeninterviews statt, bei denen der narrative Aspekt im Vordergrund stand. Beim problemzentrierten Interview verfügen die ForscherInnen bereits über theoretisch-wissenschaftliches Vorwissen, welches auch in die Erstellung des Leitfadens mit einfließt. Letzterer kommt jedoch nur zum Einsatz, wenn wichtige Themen von den GesprächspartnerInnen nicht angesprochen werden (Lamnek 2010, S. 333-335).

⁷ Die inhaltliche Unterscheidung wird dabei zwischen höherer und niedrigerer Bildung getätigt.

In der konkreten Umsetzung erfolgte der Gesprächseinstieg mittels einer relativ offenen Einstiegsfrage – „Was geht Dir/Ihnen durch den Kopf, wenn Du/Sie an Arbeitslose denkst/denken? –, die die InterviewpartnerInnen (IP) dazu anregte, spontan ihre Assoziationen zu Arbeitslosen zu kommunizieren. Dadurch wurde zwar ein grober thematischer Rahmen vorgegeben, die hauptsächliche Strukturierung des Gesprächs lag jedoch bei den IP selbst. Nur bei Bedarf wurde nachgefragt bzw. um weitere Erläuterungen der vorgebrachten Assoziationen gebeten. Für den weiteren Interviewverlauf standen keine vordefinierten Fragen zur Verfügung, sondern eine Checkliste von Themen (siehe Tabelle 1), die – wenn nicht von den IP selbst angesprochen – in das Gespräch eingebracht wurden. Die Themenliste baute sowohl auf das theoretische Vorwissen, als auch auf die Ergebnisse der multiplen linearen Regression auf.

Tabelle 1 Leitthemen

Erfahrung mit arbeitslosen Personen
Eigenerfahrung von Arbeitslosigkeit
Arbeitslose als Gesprächsthema im persönlichen Umfeld
Ursache(n) von Arbeitslosigkeit – Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen
Generelle Rolle von Staat/Wirtschaft/Gesellschaft/Kultur (Ist-/Sollzustand)
Persönlicher Hintergrund
Politische Orientierung

Am Ende der Interviews wurde den GesprächspartnerInnen ein standardisierter Kurzfragebogen zu soziodemographischen Merkmalen, der eigenen Erfahrung von Arbeitslosigkeit⁸ sowie Items aus dem European Social Survey (ESS) 2008 vorgelegt, die auch im Regressionsmodell eingeflossen sind⁹.

Die Auswertung der Interviews erfolgte durch eine systematische Kombination verschiedener Verfahren. Als Einstieg in das Material diente die Feinstrukturanalyse nach Froschauer und Lueger (2003, S. 110-142): Kleine semantische Einheiten des Transkripts wurden von dem Interviewer/der Interviewerin ausgewählt, und von den anderen Mitgliedern des Forschungsteams ohne Kenntnis des weiteren Interviewverlaufs gemeinsam sequentiell analysiert. Dadurch wurden latente Sinn- und Bedeutungsstrukturen sichtbar und es konnten Thesen in Bezug auf SR von Arbeitslosen formuliert werden.

Für die Analyse der gesamten Transkripte wurde die Themenanalyse nach Lueger (2010, S. 207) herangezogen. Es wurden wiederkehrende Themen(komplexe) sowie Gesprächsdynamiken identifiziert und interpretiert, Perspektiven verschiedener Gesprächs-

⁸ Bezogen auf die Dauer von Arbeitslosigkeit (≤3 Monate, >3 Monate).

⁹ Alter, Bildung in Jahren, derzeitige berufliche Situation, politische Orientierung, Vertrauen in die Gesellschaft, Einstellung zu Arbeitslosen

partnerInnen zueinander in Beziehung gesetzt und Argumentationsstrukturen nachgezeichnet. Um den Überblick über das Material zu behalten, wurde im Team ein Codeschema entwickelt und auf alle Transkripte angewandt. Im letzten Schritt wurden die Ergebnisse von Feinstruktur- und Themenanalyse zusammengeführt und – auch vor dem Hintergrund der Regressionsergebnisse – interpretiert.

5 Einflussfaktoren auf die Einstellung zu Arbeitslosen

Die Stichprobe der 1594 Befragten beinhaltet 47% Männer und 53% Frauen, das durchschnittliche Alter beträgt 40 Jahre (SD=13). 77% der Befragten verfügen über höhere Bildung (mehr als 12 Ausbildungsjahre) und 23% über niedrigere Bildung. Die Ausbildungsdauer liegt durchschnittlich bei 13,5 Jahren (SD=3). 93% der Befragten haben die österreichische StaatsbürgerInnenschaft. 29% der Befragten, davon 45,5% Männer und 55,5% Frauen waren schon einmal für mindestens drei Monate arbeitslos. Zum Zeitpunkt der Befragung waren 68% der Befragten berufstätig, 28% in Ausbildung bzw. nicht erwerbstätig, und nur 65 Befragte (4%) waren arbeitslos. 39% der Befragten gaben an politisch links zu sein, 23,5% ordneten sich der politischen Mitte zu und 27% sahen sich als politisch rechts. 10,5% konnten/wollten die Frage zur politischen Orientierung nicht beantworten. Bei der Frage nach dem Vertrauen in die Gesellschaft liegt der Durchschnitt bei 6 (SD=2,5). In Bezug auf die abhängige Variable lassen sich die Befragten deutlich in drei etwa gleich große Lager einteilen. 36% der Befragten stimmten der Aussage, dass Arbeitslose nicht wirklich nach einer Arbeitsstelle suchen würden, zu bzw. stark zu, 25% der Befragten antworteten „weder noch“ und 39% der Befragten lehnten diese Aussage ab bzw. stark ab.

Auf Basis der berechneten Modelle konnten keine Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Stufen der Regression beobachtet werden. Es ist daher nicht nötig auf jede Stufe einzeln einzugehen, stattdessen wird primär die dritte Stufe, die 7,5% der Variation der abhängigen Variable erklärt, zur weiteren Interpretation herangezogen (siehe Tabelle 2).

Von den soziodemographischen Variablen haben weder Alter, Geschlecht noch StaatsbürgerInnenschaft einen signifikanten Einfluss auf die EA. Anders ist es bei der Bildung: Zwischen den Variablen Bildung und der EA ist ein signifikanter Zusammenhang festzustellen ($p=0.005$). Bei einer höheren Bildung steigt der Wert der EA durchschnittlich um 0.198 Punkte.

Von den Variablen zu Arbeitslosigkeit ist ausschließlich die eigene Erfahrung mit Arbeitslosigkeit signifikant ($p<0.001$). Sie ist dabei die stärkste erklärende Variable ($B=0.480$). Personen mit persönlicher Erfahrung mit Arbeitslosigkeit haben im Schnitt

eine positivere EA. Zwischen der gegenwärtigen (Nicht-)Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit und der EA gibt es keinen signifikanten Zusammenhang.

Die politische Orientierung erscheint äußerst relevant um die EA zu erklären. Referenzkategorie war es „politisch Rechts“ zu sein. „Politisch Links“ zu sein, erhöht den Wert der EA durchschnittlich um 0.362 Punkte bei $p < 0.001$ und sich in der „politischen Mitte“ zu verorten, erhöht den Wert um 0.193 Punkte bei $p = 0.018$. Die Nicht-Beantwortung der Frage zur politischen Orientierung, steht nicht in signifikantem Zusammenhang mit der abhängigen Variable. Letztlich bestätigt sich noch das Vertrauen in die Fairness der Gesellschaft als relevante erklärende Variable für die EA ($p < 0.001$). Ein stärkeres Vertrauen in die Gesellschaft erhöht den Wert der EA durchschnittlich um 0.066 Punkte.

Tabelle 2 OLS-Modelle - 3 Stufen der Einstellung zu Arbeitslosen

	Modell 1:	Modell 2:	Modell 3:
	Einstellung zu Arbeitslosen		
Alter (20-64)	0.000 (0.002)	0.000 (0.002)	0.003 (0.002)
Weiblich (0/1)	-0.006 (0.059)	-0.024 (0.059)	-0.077 (0.059)
Bildung (0/1)	0.211** (0.072)	0.245*** (0.071)	0.198** (0.070)
Österreichische StaatsbürgerInnenschaft (0/1)	-0.148 (0.114)	-0.185 (0.113)	-0.162 (0.112)
Erfahrung mit Arbeitslosigkeit (0/1)	- (0.067)	0.464*** (0.067)	0.480*** (0.065)
In Ausbildung / Nicht Erwerbstätig (0/1)	- (0.067)	0.048 (0.067)	0.002 (0.066)
Arbeitslos (0/1)	- (0.152)	0.006 (0.152)	-0.010 (0.150)
Politische Orientierung Links (0/1)	- (0.075)	- (0.075)	0.362*** (0.075)
Politische Orientierung Mitte (0/1)	- (0.082)	- (0.082)	0.193* (0.082)
Politische Orientierung Missing (0/1)	- (0.105)	- (0.105)	0.061 (0.105)
Vertrauen in die Gesellschaft (0-10)	- (0.012)	- (0.012)	0.066*** (0.012)
Konstante	3.032*** (0.185)	2.920*** (0.183)	2.280*** (0.204)
N	1594	1594	1594
R ²	0.007	0.038	0.075

Schon für sich alleine ermöglichen diese Ergebnisse erste Einblicke in die Einstellungen zu Arbeitslosen in Österreich, die einen Aspekt sozialer Repräsentation darstellen. Einstellungen zu Arbeitslosen scheinen unabhängig von Faktoren wie Alter, Geschlecht, StaatsbürgerInnenenschaft oder Berufsstatus, die für Arbeitslosigkeit relevant sind (Haller 2008, S. 265-266), zu sein. Der signifikante Zusammenhang zwischen Bildung und der EA deutet darauf hin, dass es sich beim Phänomen Arbeitslosigkeit um einen Sachverhalt handelt, der je nach Bildungsstand unterschiedlich interpretiert und bewertet wird. Dies kann unter Umständen damit zusammenhängen, dass Personen mit höherem Bildungsgrad komplexere Dynamiken (sozio-ökonomische Ursachen für Arbeitslosigkeit) eher als Erklärung für Arbeitslosigkeit heranziehen bzw. diese verstehen können als Personen mit niedrigerem Bildungsgrad.

Die Diskrepanz zwischen der aktuellen und vergangenen Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit der EA lässt eine Art Lerneffekt vermuten, der erst nach der akuten bzw. bei längerer Arbeitslosigkeit eintritt und dabei die EA an sich verändert. Mehr als drei Monate arbeitslos gewesen zu sein wirkt sich positiv auf die EA aus, kürzere bzw. gar keine Arbeitslosigkeit jedoch nicht. Möglicherweise ist es vor allem der kurzfristige Kontakt und eine damit zusammenhängende wenig tiefgehende Beschäftigung mit Arbeitslosen, die einen negativen Eindruck gegenüber der Gruppe der Arbeitslosen hinterlässt. Durch längerfristigen Kontakt mit oder sogar Integration in diese Gruppe könnte sich die Einstellung – etwa durch das Kennenlernen der Situation, der Hintergründe für die Arbeitslosigkeit, etc. – wandeln.

Der Interaktionseffekt¹⁰ zwischen Bildung und der Erfahrung mit Arbeitslosigkeit lässt außerdem darauf schließen, dass der eintretende Lerneffekt durch eine längere Arbeitslosigkeit bei Personen mit niedrigerer Bildung einen positiveren Einfluss hat, als bei Personen mit höherer Bildung. Möglicherweise ist daher auch die Einstellung insgesamt bei Personen mit niedrigerer Bildung weniger verfestigt als bei Personen mit höherer Bildung.

Die Denkmuster der politischen Mitte und Linke unterstützen ein positives und motiviertes Bild von Arbeitslosen. Politisch rechts zu sein fördert das Misstrauen gegenüber ihrer Motivation bei der Arbeitssuche. Möglicherweise liegen diesen entgegengesetzten Auffassungen von Arbeitslosen auch unterschiedliche Stereotype von Arbeitslosen zu Grunde, die diese Einstellungen zusätzlich fördern bzw. verschärfen. Unterschiedliche Auffassungen von Arbeitslosen scheinen auch im generellen Ver-

¹⁰ Die Interaktionsvariable Bildung*Erfahrung wurde auf Basis von Modell 3 gerechnet. Er ist ($B=-0.322$, $p=0.027$) und lässt darauf schließen, dass der Effekt der Erfahrung mit Arbeitslosigkeit bei Personen mit niedrigerer Bildung größer ist, als bei Personen mit höherer Bildung. Die Ergänzung der Interaktionsvariable in Modell 3 erhöht außerdem die Erklärungskraft des Modells ($R^2=0.078$) sowie die Stärke und Signifikanz der Effekte von Bildung ($B=0.305$, $p<0.001$), Erfahrung mit Arbeitslosigkeit ($B=0.721$, $p<0.001$), politische Orientierung Links ($B=0.364$, $p<0.001$), politische Orientierung Mitte ($B=0.195$, $p=0.017$) und Vertrauen in die Gesellschaft ($B=0.067$, $p<0.001$). Die Konstante liegt bei $B=2.174$, $p<0.001$. Alle weiteren Variablen bleiben insignifikant.

trauen in die Gesellschaft zu fußen. Misstrauen gegenüber Arbeitslosen könnte ein Ausdruck eines solchen allgemeinen Misstrauens sein.

Die Erkenntnisse der quantitativen Analyse flossen in die Umsetzung der qualitativen Erhebung mittels narrativer problemzentrierter Leitfadeninterviews ein. Bei der Rekrutierung der InterviewpartnerInnen wurde darauf geachtet, Personen mit unter Verweildauer im Bildungssystem und Arbeitslosigkeitserfahrung auszuwählen. In den Interviews wurden diese Faktoren, genauso wie die politische Einstellung und das Vertrauen in die Gesellschaft, berücksichtigt (siehe Tabelle 1 Leitthemen).

6 Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen

Insgesamt wurden fünf narrative problemzentrierte Einzelinterviews im Zeitraum von November bis Dezember 2013 durchgeführt. Diese dauerten zwischen dreißig Minuten und einer Stunde. Die IP wurden aus dem weiteren Bekanntenkreis des Projektteams rekrutiert, wobei darauf geachtet wurde, dass kein persönliches Naheverhältnis bestand. Die GesprächspartnerInnen waren zwischen 23 und 38 Jahren alt, zwei von ihnen weiblich und alle wiesen eine Bildungsdauer von mehr als 12 Jahren auf. Zwei gaben an, gemäß der Definition noch nie arbeitslos gewesen zu sein, wobei im Gespräch deutlich wurde, dass sie über kürzere Arbeitslosigkeitserfahrung verfügten (<3 Monaten). Die politische Orientierung reichte von gemäßigt links bis gemäßigt rechts, wobei die Person, die Antwort auf diese Frage verweigerte, als tendenziell rechts eingestuft werden kann (aus dem Gespräch heraus). Auch in Bezug auf das Vertrauen in die Gesellschaft und die Einstellung zu Arbeitslosen zeigt sich eine Bandbreite, die auf eine gewisse Heterogenität der Stichprobe hindeutet (siehe Tabelle 3 für einen Überblick).

Tabelle 3 Interviewte - Überblick Soziodemographie und Einstellung

	IP1	IP2	IP3	IP4	IP5
Alter	28	23	33	38	26
Geschlecht	m	w	m	m	w
StaatsbürgerInnenschaft	Ö	Ö	Ö	Ö	BG
Bildung in Jahren	15	12	15	15	18
Berufliche Situation	bezahlte Tätigkeit	bezahlte Tätigkeit	bezahlte Tätigkeit	bezahlte Tätigkeit	in Ausbildung, arbeitslos, andere
Arbeitslosigkeitserfahrung (>3 M.)	nein (<3 M.)	ja	nein (<3 M.)	ja	ja
Politische Orientierung ¹¹	k.A.	5	7	3	6
Vertrauen i. d. Gesellschaft ¹²	k.A.	3	k.A.	7	8
Einstellung zu Arbeitslosen (AV1 ¹³)	1	2	1	k.A.	4

¹¹ Ausprägungen 0 "politisch links" bis 10 "politisch rechts"

¹² Vervollständigung der Aussage "Die meisten Menschen würden versuchen..." mit "mich auszunutzen" (0) bis "sich fair zu verhalten" (10).

Die vorliegende explorative Studie zu sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen in Österreich zeigt, dass es kein einheitliches Bild von Arbeitslosen gibt, weder intra- noch interpersonell. Nichtsdestotrotz lassen sich auf unterschiedlichen Ebenen Parallelitäten, etwa in Bezug auf die Differenzierungslogik, die Vorstellungen von Politik, Wirtschaft und dem Individuum sowie grundlegenden normativen Bewertungsmaßstäben identifizieren.

6.1 »SchmarotzerInnen« und »Opfer«: Gruppen von Arbeitslosen

Arbeitslose werden nicht als homogene gesellschaftliche Gruppe wahrgenommen, sondern grob in zwei Kategorien unterteilt. (1.) Die »SchmarotzerInnen«¹⁴, das sind Arbeitslose die von staatlichen Geldleistungen leben und nicht danach streben, diese Situation zu ändern, und (2.) die »Opfer«, welche eigentlich arbeitswillig sind und aktiv nach einer Anstellung suchen, jedoch aus unterschiedlichen Gründen keine erhalten. Zwischen diesen Polen wird zum Teil noch weiter nuanciert, vor allem dann, wenn von der eigenen Erfahrung mit Arbeitslosigkeit berichtet wird.

Wenngleich die Zusammensetzung der Gruppe der Arbeitslosen im Gesamten unterschiedlich eingeschätzt und bewertet wird, so ist diese grundlegende Differenzierung in allen Interviews vorhanden. Die Bandbreite des zahlenmäßigen Anteils von SchmarotzerInnen reicht dabei von „90, 95 Prozent der Arbeitslosen in Österreich“ (IP1, Z. 8)¹⁵, über „die Masse“ (IP3, Z. 6), bis hin zu „einige“ (IP4, Z. 41).

Den schmarotzenden Arbeitslosen wird unterstellt, sich ein (relativ) gutes Leben auf Kosten anderer zu machen, was durch den österreichischen Sozialstaat ermöglicht wird. Durch Inanspruchnahme von finanziellen Leistungen (Arbeitslosengeld, Wohnbeihilfe, Kinderbeihilfe, etc.) würden diese Arbeitslosen das gleiche oder sogar ein höheres Einkommen bei geringerer Anstrengung erzielen, als mit einer regulären Beschäftigung. Das Handeln der SchmarotzerInnen erscheint in den Erzählungen als strategisch und kalkulierend, etwa wenn Arbeit aufgegeben wird, um mittels Sozialleistungen, geringfügiger Beschäftigung und Schwarzarbeit das eigene Einkommen zu erhöhen oder wenn absichtsvolle Migration in das Sozialsystem geschieht. Die negative Bewertung der schmarotzenden Arbeitslosen verschafft sich in der Sprache auf verschiedene Art und Weise Ausdruck. So werden sie zum Teil mit Tieren gleichgesetzt, sind „faule Schweine“ (IP1, Z. 4) die „durchgefüttert“ (IP1, Z. 10) werden. Als bedeutende Untergruppe der schmarotzenden Arbeitslosen werden – teilweise explizit, teilweise implizit, etwa durch die sprachliche Imitation von Arbeitslosen mit starkem, stereotypem Akzent –

¹³ Stellungnahme (1 "stimme stark zu" bis 5 "lehne stark ab") zu folgender Aussage: "Die meisten Arbeitslosen suchen nicht wirklich nach einer Arbeitsstelle."

¹⁴ Die IP sprechen von derartigen Individuen bzw. der Gruppe nur in der männlichen Form, ziehen jedoch auch Frauen als Beispiele heran. Deshalb wird im Folgenden durchgehend eine genderneutrale Bezeichnung verwendet.

¹⁵ Die Quellenangaben in den Klammern (IP1-IP5) beziehen sich auf die Textstellen (gegebenenfalls mit Zeilennummer) in den Interviewtranskripten.

MigrantInnen hervorgehoben. Diese werden als vom Sozialstaat besonders bevorzugt gesehen, einerseits aus politischen¹⁶, andererseits aus strukturellen Gründen¹⁷. Dies wird aber auch teilweise wieder abgeschwächt, etwa durch den Hinweis, dass die rechtliche Grundlage für das Aufnehmen einer Erwerbstätigkeit (Arbeitserlaubnis) fehlt.

Unfreiwillig Arbeitslose werden als Opfer von Umständen gesehen, die sie persönlich kaum bzw. nicht ändern können. Aufgrund persönlicher Merkmale (Alter, Staatszugehörigkeit, Behinderung) oder einer biographischen Begebenheit (längerfristigen Erkrankung) werden diese Menschen als vom Arbeitsmarkt durch strukturelle Umstände ausgeschlossen gesehen. Deshalb wird ihnen sowohl Empathie als auch finanzielle Unterstützung durch den Wohlfahrtsstaat zugestanden. Neben dieser Gruppe werden auch friktionell bzw. generell kurzfristig Arbeitslose neutral bewertet.

Der Grund für die Arbeitslosigkeit ist aber nicht das zentrale Differenzierungskriterium zwischen Schmarotzenden und Opfern. Vielmehr ist es der von den Betroffenen *gezeigte* bzw. *praktizierte* Arbeitswille oder -unwille, der zur jeweiligen Einordnung und Bewertung führt. Denn bei den Opfern wird gerade die aktive Suche nach Arbeit und der Wunsch zu Arbeiten trotz der erschwerten Bedingungen hervorgehoben, während bei den Schmarotzenden nicht nur der Arbeitsunwille sondern auch konkrete Handlungen, die einer Anstellung zuwider laufen, benannt werden¹⁸.

6.2 Leistung muss sich lohnen!

Leistung zeigt sich als zentraler Bewertungsmaßstab in Bezug auf unterschiedliche Aspekte. Die Leistungsgesellschaft ist weniger als deskriptiver Begriff präsent, sondern zeigt sich vor allem als „wertende Selbstinterpretation“ (Offe 1977, S. 42). Einerseits liegt Leistung dem bereits identifizierten Differenzierungskriterium »Arbeitswille« zugrunde: Arbeitslose müssen eine spezifische, sozial legitimierte Leistung im Sinne einer Tätigkeit oder Verrichtung (aktive Arbeitssuche) erbringen, um als EmpfängerInnen einer *Gegenleistung* (soziale Unterstützung) akzeptiert zu werden. Sie müssen Leistungswillen zeigen, auch wenn das Ziel des Strebens aufgrund der Dynamik zwischen strukturellen Gegebenheiten und individuellen Charakteristika nicht erreichbar ist. Diese zumindest auf ein Arbeitsverhältnis hin ausgerichtete Leistungserbringung ist es, die über die gesellschaftliche Bewertung des Individuums entscheidet. Andererseits müssen Menschen nicht übermäßige Leistung im Sinne einer aufstrebenden Karrierelogik vollbringen, sich also nicht durch Arbeitsleistung einen höheren Status verschaffen, sondern nur *ausreichende* Leistung, um den eigenen Lebensunterhalt zu sichern.

¹⁶ „DU Österreicher musst zahlen, damit WIR Ausländer können bezahlen“ (IP1, Z. 96-97).

¹⁷ „weil ja am AMS viele Ausländer arbeiten“ (IP2, Z. 36).

¹⁸ Ausschlagen von Kursangeboten, Nicht-Kooperation bei Stellensuche, Bewerbungsgesprächen oder in Fortbildungskursen.

Arbeit wird primär als Mittel zur Einkommenssicherung bzw. zum Überleben gesehen und nimmt deshalb eine wesentliche Stellung im Leben ein. „Geld verdienen“ (IP4, Z. 141) steht auch dann im Zentrum, wenn andere Ziele wie Selbstverwirklichung oder Freude am Beruf aufgebracht werden und die Suche nach dem „Traumjob“ (IP3, Z. 88-89) wird hinter die Notwendigkeit gereiht, irgendeine Beschäftigung zu finden, mit der die Lebenshaltung finanziell gedeckt ist. Es geht darum, genügend Leistung in Form von Arbeit zu erbringen und nicht in die negative Kategorie des inaktiven Arbeitslosen zu verfallen. Leistung wird entlang ökonomischer Gesichtspunkte bewertet, andere Zielvorstellungen und Wünsche leiden eventuell darunter, erfahren jedoch geringere Priorisierung. Diesbezüglich können jedoch feine Differenzen in den Vorstellungen der IP ausgemacht werden, die auch mit den sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen in Verbindung stehen. Denn während bei den IP (1,2,3), die Arbeitslose tendenziell als SchmarotzerInnen beschreiben, die Instrumentalisierung von Arbeit stark ausgeprägt ist, scheinen IP (4,5), die Arbeitslose eher positiver bewerten, zumindest einen Neben-Fokus auf die Sinngebung und Selbsterfüllung durch die eigenen Arbeitstätigkeit zu legen. Für sie ist ein Jobwechsel legitim, wenn die bestehende Anstellung keine Perspektive bietet. Die Zeit der Arbeitslosigkeit dient dabei der Neu-Orientierung und der persönliche Entwicklung. Das Leistungsprinzip bleibt jedoch aufrecht; das Streben nach Arbeit findet nur über einen Umweg - etwa einer weiteren Ausbildung - statt.

Fairness und eine leistungsgerechte Entlohnung durch die Gesellschaft als Ganzes sind Ideale, die als normativer Ankerpunkt präsent sind. Leistungen sollen dabei nicht (nur) um ihrer selbst Willen erbracht werden, sondern einen finanziellen Vorteil liefern. Ein wiederkehrendes Bild, das die mangelnde Fairness des Systems zeigen soll, ist das des österreichischen Arbeitnehmers, der etwas geleistet und in das Sozialsystem eingezahlt hat, dem arbeitslos geworden jedoch keine oder zu geringe finanzielle Leistungen zustehen, wohingegen der schmarotzende Teil der Arbeitslosen keine Mühe hat, vom Staat erhalten zu werden.

Die Normativität des Leistungsprinzips tritt in der Stigmatisierung der Leistungs-unwilligen bzw. der Scham hervor, die mit dem eigenen Status *arbeitslos* und damit dem potentiellen Nicht-Leisten bzw. Minder-Leisten generell verbunden ist. Diese wird vor allem in den Erzählungen rund um die eigene Erfahrung mit Arbeitslosigkeit deutlich. Die IP berichten davon, dass sie sich in dieser Situation mehr oder weniger bedeckt hielten und sie, wenn überhaupt, nur wenigen nahe stehenden Personen von ihrer Arbeitslosigkeit erzählten. Diese Scham kann dabei als „Angst vor der sozialen Degradierung“ (Elias 1978, S. 408) aufgrund einer Normverletzung interpretiert werden; im vorliegenden Fall die des Leistungsimperativs. Die Norm erscheint dabei nicht nur als eine gesellschaftliche und damit dem Individuum äußerliche, sondern auch als eine subjektive, eine internalisierte. Die Scham über den Normbruch entsteht zwar

prinzipiell in einem sozialen Gefüge, jedoch auch wenn das Individuum sich selbst gegenüber tritt und das eigene Verhalten beurteilt, herabwürdigt bzw. sanktioniert (Simmel 1901). Die Schamschwelle hängt dabei auch mit der Internalisierung von Kontrolle, der Herausbildung von *Selbstzwängen*, zusammen – worauf Elias (1978, S. 408-420) in Betrachtung des Zivilisationsprozesses hinweist.

In den Gesprächen mit den IP erfolgte Selbstsanktionierung durch die degradierende Eigenzuschreibung *schmarotzend*, wenngleich diese meist mit Hinweis auf den prinzipiellen Arbeitswillen oder vorangegangene Arbeitsleistungen relativiert und abgeschwächt wurde. Die subjektive Verlagerung der Kontrollinstanz von Außen in das Individuum selbst hinein wird noch deutlicher in den vorgebrachten Gründen von, und der Schuld an Arbeitslosigkeit.

6.3 Es gibt genug Arbeit für alle!

Es werden zwar Ursachen angeführt, warum jemand (ein *Opfer*) unverschuldet arbeitslos werden und bleiben könnte (Alter, Behinderung, etc.), generell wird jedoch angenommen, dass Arbeit weithin verfügbar ist und in einer gewissen Zeitspanne eine Anstellung gefunden werden kann. Dafür ist jedoch aktive Suche und gegebenenfalls eine Reduzierung des persönlichen Anspruchs an die auszuübende Tätigkeit notwendig. Unterstrichen wird die Feststellung der einfachen Verfügbarkeit von Arbeit etwa durch die erfahrene Leichtigkeit der eigenen Arbeitsplatzsuche. Personen, die der Anforderung schnell eine Anstellung zu finden nicht entsprechen, wird die Authentizität ihres Strebens abgesprochen: „Ganz einfach, weil wer innerhalb der ersten sechs Monate keinen Job findet, der will nicht arbeiten“ (IP3, Z. 54-44). Unfreiwillige, längerfristige Arbeitslosigkeit scheint aus dieser Perspektive, die die Flexibilität des Individuums zu einem Imperativ macht, nicht möglich zu sein.

Die Vorstellung, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgeht (Dahrendorf 1983) oder der wirtschaftliche Wandel Arbeitsplätze dauerhaft vernichten könnte, ist nicht vorhanden. Auch konjunkturelle Schwankungen und Krisen – etwa wie die seit 2008 andauernde – werden nicht als Erklärungsmuster herangezogen. Vielmehr werden die Gründe im Individuum gefunden, im mangelnden Leistungswillen (SchmarotzerInnen) oder in persönlichen Charakteristika (Opfer). Obgleich bei den Opfern strukturelle Umstände zumindest teilweise für die Arbeitslosigkeit mitverantwortlich sind, liegt die Ursache letztendlich in der jeweiligen Person selbst. Arbeitslosigkeit wird losgelöst von sozialen Merkmalen bzw. Determinanten und individualisiert. Wie Ulrich Beck es ausdrückt findet eine „Verwandlung von Außenursachen in Eigenschuld, von Systemproblemen in persönliches Versagen“ (Beck 1986, S. 150) statt. Ausgehend von der Prämisse, dass Arbeitslosigkeit durch das Zusammenspiel verschiedener sozialer, wirtschaftlicher und

politischer Faktoren entsteht, kann das von den IP gezeigte Verständnis als komplexitätsreduzierend eingeschätzt werden.

Nicht nur die Ursachen von Arbeitslosigkeit, sondern auch der Unwille zu Arbeiten werden dem Individuum selbst zugeschrieben. Schmarotzende Arbeitslose werden als kalkulierend und nutzenmaximierend dargestellt. Das daraus folgende strategische Handeln wird jedoch nicht per se verurteilt, sondern die Strukturen, die ein solch parasitäres Verhalten erst möglich machen; vor allem *die Politik* bzw. der Sozial- und Wohlfahrtsstaat.

6.4 Die Politik soll handeln!

Der Politik wird die Fähigkeit attestiert, soziale Veränderungen hervorzurufen oder überhaupt die Gesellschaft zu formen. Sie wird dabei in die Verantwortung genommen, aktiv in gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen einzugreifen. Konkret werden Migrations-, Fiskal-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als Handlungsfelder identifiziert.

Die Annahme der Eingriffsmöglichkeit und der Steuerungsimperativ führen gemessen an der Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation die IP zu dem Schluss, dass die Politik in vielerlei Hinsicht versagt hat. Als politischer Akteur wird dabei nur der Staat Österreich oder allgemeiner der Nationalstaat gesehen. Die Europäische Union als supranationale Einheit wird nicht als politische Kraft benannt. Es zeigt sich ein Verständnis, das auf nationaler Ebene verbleibt und größere, internationale Zusammenhänge – sozialer, politischer und ökonomischer Natur – kaum berücksichtigt. Und wenn die IP einen Blick über die Grenzen werfen, dann nicht um das Thema in internationalen Dynamiken zu verorten, sondern um andere Nationalstaaten zu identifizieren, die als Beispiel für die Ausgestaltung des österreichischen Systems dienen könnten.

Der Staat selbst ist wiederum vor allem in Form des Wohlfahrtsstaates und dieser durch das AMS präsent. Dadurch rückt der Fokus stärker auf sozialstaatliche Maßnahmen und weniger auf die Rahmenbedingungen, die durch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aktiv geschaffen werden. In den Erzählungen bringen die sozialstaatlichen Strukturen die Schmarotzenden insofern hervor, als dass sie ihnen erst die Möglichkeit bieten, ohne Leistung ein geregelteres Einkommen zu erhalten, mit dem ein gutes Auskommen sichergestellt ist. Dabei sei nicht nur der finanzielle Anreiz arbeiten zu gehen gering, sondern es gebe auch zu wenige Sanktionen für Arbeitsunwillige. Auch deshalb wird wiederholt für strengere Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld plädiert, wobei keiner der IP soziale Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit gänzlich abschaffen würde – was vor allem mit Blick auf die arbeitslosen »Opfer« begründet wird.

Das AMS wird als durchführendes Organ politischer Entscheidungen und nicht als eigenständig agierende Organisation gesehen. Es nimmt eine zentrale Stellung in den Berichten der IP ein, weil dort Erfahrung mit anderen Arbeitslosen gemacht wurde. Hieraus ziehen die IP empirisches Material, mit dem sie ihre eigenen Bewertungen gegenüber Arbeitslosen unterlegen und die sie generalisiert auf die gesamte Gruppe der Arbeitslosen übertragen. Dies resultiert in der Einschätzung – vor allem der tendenziell negativ gegenüber Arbeitslosen eingestellten IP –, dass die schmarotzenden Arbeitslosen einen relativ großen Teil der Arbeitslosen insgesamt ausmachen. Dabei wird das AMS als durchwegs inkompetent in Bezug auf Job- und Kompetenzvermittlung, lasch gegenüber Missbrauch und insgesamt als wenig zielorientiert – zum Beispiel bezüglich der Verringerung der Arbeitslosenzahlen – beschrieben.

7 Zusammenführung und Diskussion

Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen sind ein System von Vorstellungen zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und anthropologischen Charakteristika und Dynamiken. Diese miteinander verknüpften Vorstellungen sind verschränkt mit, und durchdrungen von normativen Auffassungen. Das Ideal der Leistungsgesellschaft (Offe 1977) ist ebenso vorhanden wie ein stark instrumenteller Zugang zu Arbeit oder die Norm eines selbstverantwortlichen Individuums. Die Gesellschaftsdiagnosen von Individualisierung (Beck 1986, 2007), Flexibilisierung (Senett 1998, 2005) und Desolidarisierung (Boltanski und Chiapello 2006) treten wirkungsmächtig zutage.

Das multiple lineare Regressionsmodell zeigt, dass Bildung, die persönliche Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, die politische Orientierung sowie das Vertrauen in die Gesellschaft entscheidende Faktoren für die Einstellung zu Arbeitslosen (EA) sind. Die Verweildauer im Bildungssystem, die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie der Glaube daran, dass sich andere Menschen einem selbst gegenüber grundsätzlich fair verhalten, stehen in positiven Zusammenhang mit der EA. Personen, die politisch links oder mittig orientiert sind, haben eine positivere EA als politisch rechts orientierte. Die Resultate der qualitativen Analyse wiederum helfen die signifikanten Einfluss der verschiedenen Variablen auf die EA besser zu verstehen.

Die negative Bewertung von Arbeitslosen steht mit einer komplexitätsreduzierenden Wahrnehmung von sozio-ökonomischen Dynamiken und Sachverhalten in Verbindung. Persönliche Erfahrungen werden generalisiert – etwa in Bezug auf individuelle Handlungsmöglichkeiten und -grenzen am Arbeitsmarkt – und die Gründe für Arbeitslosigkeit auf einige wenige Faktoren heruntergebrochen. Der Einfluss von Bildung auf die EA kann damit erklärt werden, dass durch längere Verweildauer im Bildungssystem die Fähigkeiten, komplexe Zusammenhänge zu verstehen und eigene

Erfahrungen kritisch zu reflektieren, tendenziell gefördert werden. Dass Personen mit kürzerer Arbeitslosigkeitserfahrung eine negativere Einstellung zu Arbeitslosen haben kann mit der Beobachtung in Verbindung gebracht werden, dass der eigene schnelle Wiedereinstieg in die Arbeitswelt als normativer Bezugspunkt generalisiert wird, an dem der Nicht-/Erfolg anderer gemessen wird. Personen, welche über einen größeren Zeitraum hinweg arbeitslos waren, schätzen die Möglichkeiten einen Arbeitsplatz zu finden hingegen anders ein. Sie sind länger mit anderen Arbeitslosen und Umständen und Gründen von Arbeitslosigkeit konfrontiert, wohingegen Personen mit kürzerer Arbeitslosigkeitserfahrung von ihren ersten, kurzen Eindrücken – die am AMS gesammelt wurden und mit relativem Entsetzen beschrieben werden – geprägt werden. Bei Personen, die sich mit dem rechten politischen Spektrum identifizieren, verdichten sich diese Erfahrungen auf MigrantInnen und deren doppelte Stigmatisierung als Fremde und als Arbeitslose. Der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Gesellschaft – also ob sich jemand von anderen Menschen ausgenutzt fühlt – und der EA scheint größtenteils mit der Charakterisierung von Arbeitslosen als „SchmarotzerInnen“ erklärt und zumindest teilweise mit der starken Individualisierung von Arbeitslosigkeit zusammenzuhängen. Da diese als nicht-strukturelles Problem gesehen wird, werden Arbeitslose selbst für ihre Arbeitslosigkeit oder die Beendigung dieser als verantwortlich und Arbeitslosigkeit als individuelle Entscheidung gesehen.

Dass selbst Personen, die eine sehr negative Haltung gegenüber Arbeitslosen an den Tag legten und Zusammenhänge stark vereinfachten, nichtsdestotrotz die Gruppe der Arbeitslosen differenziert betrachteten zeigt, dass das Abfragen von Einstellungen zu Arbeitslosen bzw. die Erhebung von sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen in relativ geschlossener Form problematisch ist. Ein solches Vorgehen läuft Gefahr, eine homogene Gruppe zu erzeugen, die in der Wahrnehmung so nicht existiert. Die Gruppe der Arbeitslosen wird vielmehr als eine vielschichtige wahrgenommen, welche nicht auf einige eindeutige Zuschreibungen heruntergebrochen werden kann.

Aufgrund des Forschungsdesigns ergeben sich einige Einschränkungen, die bei der Interpretation der Forschungsergebnisse berücksichtigt werden müssen: Die quantitative Analyse konnte erste Einsichten bezüglich Einflussfaktoren auf die Einstellung zu Arbeitslosen geben, jedoch war die Fragestellung der abhängigen Variable relativ spezifisch und deckte – wie durch die qualitative Untersuchung gezeigt werden konnte – nur einen kleinen Teilbereich der sozialen Repräsentation von Arbeitslosen ab. Aufgrund zeitlicher und personeller Restriktionen wurden nur wenige qualitative Interviews durchgeführt und interpretiert. Zwar zielt qualitative Sozialforschung nicht auf statistische Repräsentativität ab, jedoch könnte man durch eine größere Anzahl an GesprächspartnerInnen eine weitere Bandbreite an Sichtweisen auf Arbeitslose erhalten. Trotz der genannten Einschränkungen wurden wertvolle Einsichten in die ver-

schiedenen Facetten sozialer Repräsentationen von Arbeitslosen sowie wichtiger Einflussfaktoren gewonnen, die die Basis für weitere Untersuchungen darstellen können.

Durch eine umfassendere, systematische Auswahl an GesprächspartnerInnen wäre es möglich, den Einfluss verschiedener Faktoren (Bildung, politische Einstellung, etc.) genauer zu bestimmen. Aufbauend auf die qualitativen Ergebnisse könnten passende quantitative Instrumente entwickelt werden, die die Heterogenität in der Wahrnehmung und Konstruktion dieser Gruppe berücksichtigen und verschiedene Dimensionen sozialer Repräsentationen zu operationalisieren vermögen. Außerdem sollten neben einer Vertiefung in Bezug auf soziale Repräsentationen in der Bevölkerung auch andere Aspekte des Themas bearbeitet werden, etwa die historische Genese der sozialen Repräsentationen und deren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Strukturen und Wandlungserscheinungen. Synchrone oder diachrone Beleuchtung des Themas könnte auch auf anderen diskursiven Ebenen (politische Debatten, mediale Berichterstattung, etc.) stattfinden. Dies würde zum Verständnis des Re-/Produktionsprozesses von sozialen Repräsentationen von Arbeitslosen beitragen.

Dieses Verstehen sozialer Repräsentationen von Arbeitslosen ist hinsichtlich der gesellschaftlichen Brisanz von Arbeitslosigkeit notwendig. Wenn die Gesellschaft mit negativen sozialen Folgen (Desintegration, Stigmatisierung, soziale Exklusion und Spannungen, etc.) steigender Arbeitslosigkeit, also der Anwesenheit einer größeren Anzahl von arbeitslosen Menschen, umgehen will, dann dürfen die wirksamen Vorstellungen etwa vom Funktionieren wirtschaftlicher Zusammenhänge, individueller Handlungsmöglichkeiten und vom Wert von Arbeit nicht ausgeblendet werden. Sonst laufen etwa sozio-politische Maßnahmen zur Problembekämpfung Gefahr, nur oberflächliche Symptome zu lindern anstatt tieferliegende Ursachen anzugehen.

8 Literatur

Arts, Wilhelmus Antonius; Gelissen, John (2002): Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. *Journal of European Social Policy* 12, 137-158.

Atzmüller, Roland (2009): Aktivierung statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. In: Hermann, Christoph; Atzmüller, Roland: Die Dynamik des "österreichischen Modells"- Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem. Berlin: Edition Sigma, 135-186.

Augoustinos, Martha (1995): Ideologie und soziale Repräsentationen. In: Flick, Uwe (Hg.): *Psychologie des Sozialen. Repräsentationen in Wissen und Sprache*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 200-217.

Bach, Hans-Uwe; Spitznagel, Eugen (2003): Was kostet uns die Arbeitslosigkeit. Gesamtfiskalische Modellrechnung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit – Kurzbericht 10/21.07.2003. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.

Bäcker, Gerhard; Naegele, Gerhard; Bispinck, Reinhard; Hofemann, Klaus; Neubauer, Jennifer (2010): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. 5., durchgesehene Auflage.

Bar-Tal, Daniel; Teichman, Yona (2005): *Stereotypes and Prejudice in Conflict. Representation of Arabs in Israeli Jewish society*. Cambridge (UK): Cambridge University Press.

Bauer, Martin W.; Gaskell, George (1999): Towards a Paradigm for Research on Social Representations. *Journal for the Theory of Social Behaviour* 29/2, 163-186.

Baumann, Mareike (2010): *Selbst- und Fremdbilder von Arbeitslosigkeit*. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Billig, Michael (1993): Studying the thinking society: social representations, rhetoric, and attitudes. In: Breakwell, Glynis M.; Canter, David V. (Ed.): *Empirical Approaches to Social Representations*. Oxford: Clarendon Press.

Bittlingmayer, Uwe (2005): *Wissengesellschaft als Wille und Vorstellung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Aus dem Französischen von Michael Tillmann. Mit einem Vorwort von Franz Schultheis. Konstanz: UVK.

Butterwegge, Christoph (2005): Stimmungsmache auf Stammtischniveau. Sozial Extra 29/12, 18-22.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK 2014): Hundstorfer: Dezember bringt Rekordbeschäftigung aber auch weiter steigende Arbeitslosigkeit.

http://www.bmask.gv.at/site2/Startseite/Topnews/Hundstorfer_Dezember_bringt_Rekordbeschaeftigung_aber_auch_weiter_steigende_Arbeitslosigkeit; letzter Zugriff: 12.01.2014.

Castel, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Ungleichheit. In: Robert Castel, Claus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York: Suhrkamp, 21-34.

Dahrendorf, Ralph (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Matthes, Joachim (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt am Main/New York: Campus, 25-37.

de Rosa, Annamaria Silvana (1993): Social Representations and Attitudes: Problems of Coherence between the Theoretical Definition and Procedure of Research. Papers on Social Representations 2/3, 178-192.

Elias, Norbert (1978): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band. Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Europäische Kommission (2010): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Brüssel. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>; letzter Zugriff: 05.06.2013.

European Social Survey (2008): Round 4. Data file edition 4.1. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.

Farr, Robert M. (1993): The Theory of Social Representations: Whence and Whither? Papers on Social Representations 2/3, 130-138.

Flick, Uwe (1995): Soziale Repräsentationen in Wissen und Sprache als Zugänge zur Psychologie des Sozialen. In: Ders. (Hg.): Psychologie des Sozialen. Repräsentationen in Wissen und Sprache. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 7-20.

Fraser, Colin (1994): Attitudes, social representations and widespread beliefs. *Papers on Social Representations* 3/1, 1-13.

Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred (2003): *Das qualitative Interview*. Wien: Facultas.

Green, D.W.; McManus, I.C.; Derrick, B.J. (1998): Cognitive structural models of unemployment and employment. *British Journal of Social Psychology* 37, 415-438.

Haller, Max (2008): *Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel*. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Hollederer, Alfons (2002): Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ein Überblick über empirische Befunde und die Arbeitslosen- und Krankenkassenstatistik. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 35/3, 411-428.

Hörl, Josef (1999): Die Wahrnehmung sozialer Benachteiligung in Österreich - Konsens und Polarisierung. *SWS-Rundschau* 2, 171-188.

Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul Felix; Zeisel, Hans (1988): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkung langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie*. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kirchler, Erich (1993): *Arbeitslosigkeit. Psychologische Skizzen über ein anhaltendes Problem*. Göttingen: Hogrefe.

Lamnek, Siegfried (2010): *Qualitative Sozialforschung*. 5. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz.

Lehnert, Katrin (2009): „Arbeit, nein danke!?“ *Das Bild des Sozialschmarotzers im aktivierenden Sozialstaat*. München: Herbert Utz.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2008): Arbeitslosigkeit. In: Abraham, Martin; Hinz, Thomas (Hg.): *Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 199-239.

Lueger, Manfred (2000): *Grundlagen qualitativer Feldforschung*. Wien: WUV-Universitätsverlag.

Lueger, Manfred (2010): *Interpretative Sozialforschung: Die Methoden*. Wien: Facultas.

Marková, Ivana (2000): Amédée or How to Get Rid of It: Social Representations from a Dialogical Perspective. *Culture Psychology* 6, 419-459.

- Marková, Ivana; Wilkie, Patricia (1987): Representations, concepts and social change: the phenomenon of AIDS. *Journal for the Theory of Social Behaviour* 17, 389-410.
- Moliner, Pascal; Tafani, Eric (1997): Attitudes and social representations: a theoretical and experimental approach. *European Journal of Social Psychology* 27, 687-702.
- Moscovici, Serge (1973): Foreword. In: Herzlich, Claudine (Ed.): *Health and illness: A social psychological analysis*. London/New York: Academic Press, ix-xiv.
- Moscovici, Serge (1995): Geschichte und Aktualität sozialer Repräsentationen. In: Flick, Uwe (Hg.): *Psychologie des Sozialen – Repräsentationen von Wissen und Sprache*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 266-313.
- Moscovici, Serge (2000): *Social Representations. Explorations in Social Psychology*. Edited by Gerard Duveen. Cambridge: Polity Press.
- Moscovici, Serge; Perez, Juan A. (1997): Representations of Society and Prejudices. *Papers on Social Representations* 6/1, 27-36.
- Offe, Claus (1977): *Leistungsprinzip in der industriellen Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen »Leistungsgesellschaft«*. 5. Auflage. Frankfurt am Main/Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Oschmiansky, Frank; Schmid, Günther; Kull, Silke (2003): *Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen und Strukturprobleme der Missbrauchsdebatte*. *Leviathan* 31/3, 3-31.
- Philippich, Manfred (1998): *Soziale Repräsentationen über Arbeitslose*. Diplomarbeit. Wien: Universität Wien.
- Potter, Jonathan; Wetherell, Margaret (1995): *Soziale Repräsentationen, Diskursanalyse und Rassismus*. In: Flick, Uwe (Hg.): *Psychologie des Sozialen. Repräsentationen in Wissen und Sprache*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 177-199.
- Schimank, Uwe (2007): Die „neoliberale Heimsuchung“ des Wohlfahrtsstaats - Pierre Bourdieus Analyse gesellschaftlicher Exklusionstendenzen. In: Schimank, Uwe; Volkmann, Ute (Hg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme*. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 183-198.
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Deutsch von Martin Richter. Berlin: Berlin Verlag.
- Sennett, Richard (2005): *Die Kultur des neuen Kapitalismus. Aus dem Amerikanischen von Michael Bischoff*. Berlin: Berlin Verlag.

Simmel, Georg (1901): Zur Psychologie der Scham. In: Frisby, David (2000, Hg.): Georg Simmel in Wien. Texte und Kontexte aus dem Wien der Jahrhundertwende. Wien: WUV Universitätsverlag, 143-151.

Statistik Austria (2013): Erwerbsstatus.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/index.html;
letzter Zugriff: 12.01.2014.

Stehr, Nico (1994): Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie der Wissensgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 175-200.

Ullrich, Carsten G. (2006): Die soziale Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung. WSI Mitteilungen 14, 200-205.

Verheggen, Theo; Baerveldt, Cor (2007): We Don't Share! The Social Representation Approach, Enactivism and the Ground for an Intrinsically Social Psychology. Culture & Psychology 13/1, 5-27.

Voelklein, Corina; Howarth, Caroline (2005): A Review of Controversies about Social Representations Theory: A British Debate. Culture Psychology 11, 431-454.

Wagner, Wolfgang (1994): Alltagsdiskurs. Die Theorie sozialer Repräsentationen. Mit einem Vorwort von Serge Moscovici. Göttingen: Hogrefe.

Wagner, Wolfgang; Farr, Robert; Jovchelovitch, Sandra; Lorenzi-Cioldi, Fabio; Marková, Ivana; Duen, Gerard; Rose, Diana (1999) Theory and method of social representations [online]. London: LSE Research. <http://eprints.lse.ac.uk/2640>; letzter Zugriff am 10.06.2014.

Zablocki, Agnieszka (2010): Fehlende Identifikation und Entsolidarisierung von Arbeitslosen auf Grund negativer Bewertungen. Diplomarbeit. Wien: Universität Wien.

ABKÜRZUNGEN

AMS Arbeitsmarktservice

BMASK Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

EA Einstellung zu Arbeitslosen

ILO International Labour Organization

IP InterviewpartnerIn / InterviewpartnerInnen

OLS Ordinary Least Squares

Staatliche Verantwortung bei Arbeitslosigkeit? Gesellschaftliche Wahrnehmung und Perspektiven junger AkademikerInnen

Verena Burger, Marielisa Hoff, Clara Moder, Blerta Mulaj

Kurzangaben zu den AutorInnen:

Verena Burger (1990): Bachelorstudium der Soziologie an der Universität Wien. Ab 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien (Abschluss voraussichtlich im Jänner 2016). Seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum für Nonprofit Organisationen und Social Entrepreneurship mit dem Fokus auf Social Return on Investment (SROI-) Analysen.

Marielisa Hoff (1990): Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Studienzweig Volkswirtschaft und Sozioökonomie (WU Wien) und der Internationalen Entwicklung (Universität Wien). Ab Wintersemester 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien und Korea University. Seit 2012 Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum für Nonprofit Organisationen sowie TALENTA-Preisträgerin 2014 für ihre Bachelorarbeit über „Armut und soziale Ausgrenzung im österreichischen Wohlfahrtsstaat“

Clara Moder (1990): Bachelorstudium der Volkswirtschaftslehre und der Slawistik an der Universität Wien und der Freien Universität Berlin, ab 2013 Masterstudium der Sozioökonomie an der WU Wien (Abschluss voraussichtlich im August 2015). Seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum für Nonprofit Organisationen und Social Entrepreneurship.

Blerta Mulaj (1989): Von 2010 bis 2013 Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ab Wintersemester 2013, Masterstudium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien und Hanken School of Economics in Helsinki. Von 2013 bis 2015 Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung sowie am Institut Service Marketing and Tourism.

Inhaltsverzeichnis

1. Abstract	65
2. Problemstellung, Relevanz und Ziele des Projekts	66
3. Kontextualisierung des Themas.....	67
3.1. Arbeitslosigkeit in Österreich	67
3.2. Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für Arbeitslose	68
3.3. Aktive Arbeitsmarktpolitik	69
4. Individuum oder Kollektiv: Theorien zu Solidarität.....	70
5. Eine mixed-methods Studie	74
5.1. Quantitative Vorgehensweise	74
5.2. Qualitative Vorgehensweise	74
6. Verantwortung für Arbeitslosigkeit: Die gesellschaftliche Wahrnehmung.....	75
7. Verantwortung für Arbeitslosigkeit: Perspektiven junger arbeitsloser AkademikerInnen.....	80
8. Schlussfolgerungen und Ausblick.....	87
Literaturverzeichnis.....	89
Anhang	91

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Kreuztabelle zwischen abhängiger Variable und unabhängigen Variablen	79
Tabelle 2: LogitModell	80
Tabelle 3: Verteilung der zentralen Variablen.....	91
Tabelle 4: Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen	93
Tabelle 5: Korrelationen zwischen abhängiger Variable und unabhängigen Variablen	94
Tabelle 6: Modellzusammenfassung	95

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Veränderung von Arbeitslosigkeit und Personen in Schulugen gegenüber dem Vorjahr (absolut).....	67
Abbildung 2: Verortung der Verantwortung.....	86

1. Abstract

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit im wohlfahrtsstaatlichen Kontext unter Berücksichtigung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Relevanz des Beitrags liegt in der Ergründung der Verortung von Verantwortung zwischen Individuum, Staat und Unternehmen und der Reflexion der damit einhergehenden sozialen gesellschaftskonstituierenden Strukturen. Durch die Ergebnisse ist es möglich, die politische Ausgestaltung und Argumentation zu hinterfragen. Solidarität als Konzept bildet den theoretischen Rahmen für diese mixed-methods Studie, welcher vor allem die quantitative Analyse stützt. Daten des ESS 2008 wurden zur Beantwortung der Frage nach staatlicher Verantwortung bezüglich der Sicherung des Lebensstands von Arbeitslosen herangezogen. Hier zeigt sich eine breite Zustimmung, die allerdings hinsichtlich nachfolgender nach Relevanz gereihter Faktoren variiert: das selbsteingeschätzte Risiko arbeitslos zu werden, Wohnumgebung, Bildung, eigene Arbeitslosigkeitserfahrung, politisches Interesse, Alter und Geschlecht. Der qualitative Part dieser Arbeit ermöglicht die quantitativ gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen und die Betroffenenperspektive zu beleuchten. Damit wird neben der gesellschaftlichen Perspektive noch der individuelle Aspekt berücksichtigt und die Komplexität des Problems verdeutlicht. Es stellt sich zum einen heraus, dass das negative Fremdbild eine konstituierende Komponente des Selbstbilds von jungen arbeitslosen AkademikerInnen ist. Zum anderen wird die finanzielle Unterstützung von den befragten (ehemaligen) Arbeitslosen als nebensächlich im Vergleich zur subjektiv wahrgenommenen sozialen Stigmatisierung eingestuft. Arbeit stiftet sowohl Identität als auch gesellschaftliche Teilhabe. Im Fall von Arbeitslosigkeit stellt man sich selbst als Person in Frage. Arbeitslose sehen sich mit der Schwierigkeit konfrontiert, keinen aktiven Beitrag zur Gesellschaft leisten zu können bzw. dürfen. Obwohl die Zustimmung zur staatlichen Sicherung in der Gesellschaft hoch ist, besteht die Notwendigkeit einer bedürfnisorientierten Ausgestaltung der (aktiven) Arbeitsmarktpolitik.

2. Problemstellung, Relevanz und Ziele des Projekts

Arbeitslosigkeit, deren Folgen und der Umgang mit ihr stellt eine der zentralen Herausforderungen der Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten ebenso wie in der Zukunft dar. Arbeitslosigkeit wirkt destabilisierend, bringt Unsicherheit und ist gleichzeitig auch ein wichtiger Indikator für den Wohlstand und die Stabilität eines Landes (Baxandall 2002: 471). Arbeitslosigkeit teilt die Erwerbsbevölkerung klar in zwei Gruppen: Die arbeitenden insider und die arbeitslosen outsiders. Je nach Risikoverteilung und Durchlässigkeit zwischen den Gruppen ergibt sich daraus soziales Konfliktpotential (Mau 2003: 127 f). Grundsätzlich kann dieses Problem auf zwei Ebenen betrachtet werden: Zum einen spielt die Ausgestaltung der staatlichen Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit eine Rolle, zum anderen ist es wichtig zu wissen, wie die BürgerInnen eines Landes Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen gegenüber stehen und ob sie den Verlust der Arbeit als individuelle oder als kollektive Verantwortung sehen (vgl. dazu Mau 2003). Diese beiden Ebenen, so der Konsens in der Literatur, beeinflussen und bedingen sich gegenseitig. Verschiedene Formen von institutionellen Settings hängen mit verschiedenen Ausprägungen von Akzeptanz von Arbeitslosigkeit zusammen. Der gesamte Bereich der Arbeit ist von Politik und Maßnahmen geprägt und die Vergleichbarkeit zwischen Ländern nur bedingt gegeben (Baxandall 2002: 476 f). Aus diesem Grund soll im Rahmen dieser Forschungsarbeit nur die Situation in Österreich analysiert werden.

Das Ziel ist es, die Erwartungshaltung auf gesellschaftlicher und individueller Ebene gegenüber dem Wohlfahrtsstaat mit Berücksichtigung von aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik als Rahmenbedingungen in Österreich zu untersuchen. Dabei werden nicht nur die Einstellungen an die Leistungen und Verantwortung des Wohlfahrtsstaats, sondern auch die Erwartungshaltung an jene, die wie im Fall von Arbeitslosigkeit zumindest zeitweise von Wohlfahrtsstaat abhängig sind, berücksichtigt. In diesem Zusammenhang spielen auch Vorstellungen von Solidarität eine Rolle: Eine grundsätzliche Erwartungshaltung an den Wohlfahrtsstaat, Arbeitslosen einen gesicherten Lebensstandard zu gewähren, impliziert solidarisches Denken.

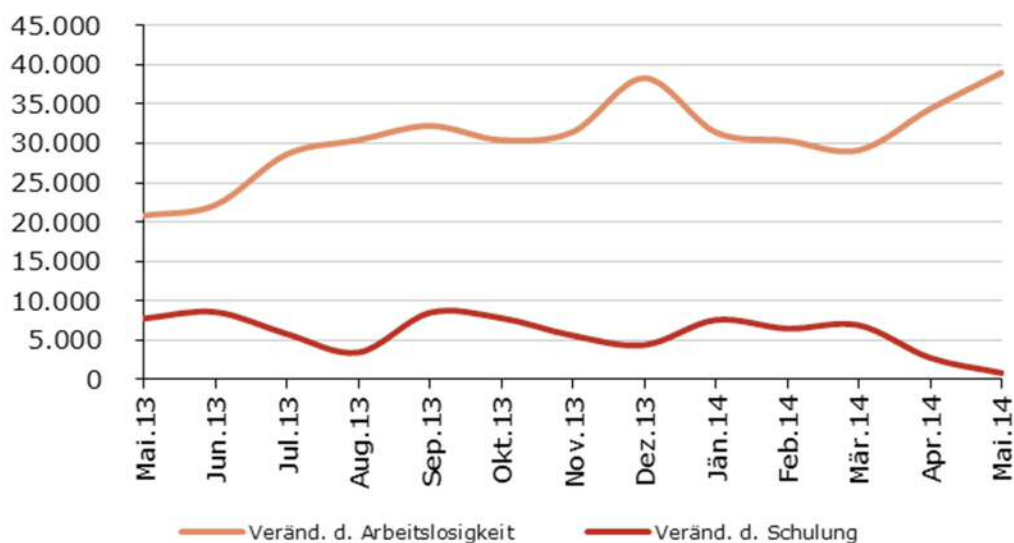
3. Kontextualisierung des Themas

Um in die Thematik einzuführen, wird noch ein Überblick über Definitionen von Arbeitslosigkeit, die Situation in Österreich sowie zum aktuellen Stand der Forschung gegeben.

3.1. Arbeitslosigkeit in Österreich

In Bezug auf Arbeitslosigkeit gibt es unterschiedliche Definitionen: Die nationale Definition beinhaltet die Meldung beim AMS und damit einhergehend einen Arbeitsvermittlungsauftrag und ist in diesem Projekt im Fokus (AMS 2012: 70). Die ILO hingegen sieht jene Personen als erwerbstätig, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet haben (Statistik Austria 2014 a). Diese definitorischen Unterschiede spiegeln sich in den konkreten Zahlen wider: Das AMS registrierte 2013 287.200 Arbeitslose, während nach internationale Begriffsbestimmung die Zahl der Arbeitslosen 215.200 betrug (Statistik Austria 2014a). Aktuellere Zahlen zeigen, dass Ende Mai 2014 die Arbeitslosigkeit mit 290.892 arbeitslosen Personen um 16% höher gegenüber dem Vorjahr lag und etwas mehr Männer (+17%) als Frauen (+14%) betraf. Abbildung 1 stellt die Veränderung von Arbeitslosigkeit und Personen in Schulungen dar. Mit 79.251 in Schulung befindlichen Personen Ende Mai 2014 ist ein leichter Anstieg von 1% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Rechnet man Arbeitslose und Personen, die in Schulung sind, zusammen, so ergibt sich für Mai 2014 ein Anstieg der vorgemerkten Personen um 12 % (+39.834 Personen) gegenüber dem Vorjahr (Putz 2014: 4).

Abbildung 1: Veränderung von Arbeitslosigkeit und Personen in Schulungen gegenüber dem Vorjahr (absolut)



Quelle: Putz (2014: 4) nach Daten des AMS

In Österreich haben grundsätzlich all jene Personen Anspruch auf Arbeitslosengeld, die arbeitslos, arbeitsfähig und arbeitswillig sind. Sie müssen der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen und zu einer Beschäftigung bereit sein. Darüber hinaus ist der Nachweis einer Mindestbeschäftigungsdauer Pflicht. Wenn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, wird den betroffenen Personen für eine Dauer von 20 Monaten, in besonderen Fällen auch länger, der Bezug von Arbeitslosengeld ermöglicht. Danach kann unter bestimmten Umständen die Notstandshilfe bezogen werden. Die Höhe des Arbeitslosengeldes orientiert sich an dem früheren Einkommen des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin und beträgt 55% des täglichen Nettoeinkommens als Tagsatz. Im Jahr 2012 lag dieser durchschnittlich bei rund € 28, wobei jener der Frauen nach wie vor deutlich unter jenem der Männer ist (Statistik Austria 2014b). Unter Umständen wird dieser Betrag um Familienzuschläge und Ergänzungsbeträge gemäß dem Ausgleichszulagenrichtsatz erhöht (Bundeskanzleramt 2014). Daten der Statistik Austria (2014b) zufolge haben im Jahr 2012 durchschnittlich circa 236.000 Personen Arbeitslosengeld (56%) oder Notstandshilfe (44%) empfangen. Seit den 1980er Jahren hat die Zahl der LeistungsbezieherInnen stark zugenommen und erreichte 2009 aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ihren Höhepunkt.

3.2. Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für Arbeitslose

Zur Frage der Einstellungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat ist die Quellenlage sehr heterogen. Für Großbritannien und Deutschland etwa finden sich einige quantitative Studien. Manche von ihnen untersuchten insbesondere die Einstellungen gegenüber Arbeitslosigkeit.

Allgemein zeigt sich eine generelle Unterstützung der staatlichen Arbeitslosenversicherung, die Frage nach der Eigenverantwortung wird hier allerdings sehr kontrovers diskutiert (Mau 2003). Laut einer Studie der Universität Frankfurt waren im Jahr 2008 etwas mehr als 50% der Befragten deutschen BürgerInnen der Meinung, dass Individuen im Falle der Arbeitslosigkeit mehr Eigenverantwortung übernehmen sollten, als sie es derzeit tun. Für die Altersvorsorge lag dieser Wert bei etwa 64% (Nüchter et al 2010).

Kontrovers ist auch die Diskussion darüber, ob die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit von der Höhe der staatlichen Leistung abhängig ist. Es scheint so etwas wie eine *public anxiety* vor Betrug und *free riding* zu geben, die viele Reformen in Richtung konditionale Anreizsysteme mitverursacht hat (Mau 2003).

Gerade der Bezug von Arbeitslosengeld ist, wie die bereits zitierte Studie der Universität Frankfurt zeigt, eng an leistungsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen gebunden. So findet etwa die Aussage, dass diejenigen, die länger in die Versicherung eingezahlt

haben, höhere Leistungen als andere erhalten sollten, Zustimmungsraten von über 80% (Nüchter et al 2010: 106).

Neuere Studien für Großbritannien stellen einen Anstieg negativer Einstellungen gegenüber Arbeitslosen fest, wobei nicht geklärt werden kann, ob hier ein generelles Umdenken stattfindet (*ideological shift*) oder ökonomische Gegebenheiten ursächlich sind (Sage et al 2012).

Teilweise widersprüchliche Ergebnisse zeigen sich in Untersuchungen zur Frage des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosenquote und Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Während in den oben zitierten Studien von Mau und Nüchter eher ein positiver Zusammenhang festgestellt wurde, findet Ressler (2002) auf Basis des International Social Survey heraus, dass höhere Arbeitslosigkeit zu einer geringeren Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für Arbeitslose führt. Ähnlich verhält es sich mit der Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit: Bisherige Modelle gingen davon aus, dass ein höheres Stigma einhergeht mit einer höheren Bereitschaft, Arbeit zu suchen, um dem Stigma zu entkommen. Contini und Richiardi (2012) finden genau den gegenteiligen Effekt.

Weitere empirische Studien kommen zum Schluss, dass die Akzeptanz von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen weniger "auf die materielle Lage, die Schichtzugehörigkeit oder lebenszyklische Einstellungen" (Dallinger 2009: 211) zurückzuführen ist.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass das die gesellschaftliche Wahrnehmung und die individuelle Perspektive von Arbeitslosen ebenso wie deren Einbettung in die Gesellschaft möglicherweise nicht so eindeutig sind, wie oftmals suggeriert wurde und dass es sich hier um komplexe Zusammenhänge handelt, die es noch zu untersuchen gilt.

3.3. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Das institutionelle Setting, dessen Einfluss einige der genannten Studien betonen, hat sich in den letzten Jahrzehnten in vielen OECD-Ländern massiv verändert. Seit etwa Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts kam es im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zum so genannten *activational turn*. Im Zusammenhang mit erstmals konstant hoher Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren stießen die Versicherungssysteme der europäischen Wohlfahrtsstaaten an ihre Grenzen. Es fand ein Umdenken statt, das dazu führte, dass der Aktiven Arbeitsmarktpolitik (AAMP) im Gegensatz zur Passiven Arbeitsmarktpolitik (PAMP) ein immer höheres Gewicht eingeräumt wurde. Dieser Trend setzt sich sowohl in der EU als auch in der OECD Gemeinschaft fort, ist allerdings sehr heterogen und wird von den einzelnen Ländern unterschiedlich

umgesetzt. PAMP beinhaltet vor allem monetäre Leistungen, die den Lebensunterhalt von Arbeitslosen bis zu deren Wiedereintritt ins Erwerbsleben sichern sollen. Maßnahmen der AAMP haben meist zum Ziel, Arbeitslose weiterzubilden und ihnen eine Möglichkeit zur Wiedereingliederung oder eine neue Perspektive zu geben. Darunter fallen beispielsweise Schulungen, Beratungsgespräche und dergleichen mehr (vgl. beispielsweise Grand 2009, BMASK o.J.).

Bonoli (2010) teilt Maßnahmen der AAMP in insgesamt vier Kategorien (vgl. dazu Bonoli 2010: 440 f):

- *incentive reinforcement*: Darunter fallen vor allem Maßnahmen, die Arbeitsanreize verstärken sollen und Zahlungen an Leistungen knüpfen.
- *employment assistance*: Mit diesen Maßnahmen sollen Hürden auf dem Arbeitsmarkt verringert werden. Das können Trainings und Beratungen sein, aber auch verbesserte Möglichkeiten zur Kinderbetreuung.
- *occupation*: In diese Kategorie ordnet Bonoli Maßnahmen ein, die wenig durchdacht scheinen und hauptsächlich dazu dienen, Menschen ohne klar definiertes Ziel beschäftigt zu halten.
- *human capital investment*: Diese Maßnahmen haben vor allem in den skandinavischen Ländern eine lange Tradition. Es geht hier darum, Arbeitslosen eine wirkliche Chance zur Neuorientierung und Profilierung zu geben.

Trotz der zunehmenden Bedeutung von AAMP in den letzten Jahrzehnten blieb sie laut Grand (2009) in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung bisher weitgehend unberücksichtigt. Vorreiter in Bezug auf AAMP sind die nach Esping-Andersen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatenregimes, darunter vor allem Schweden und Dänemark. Österreich befindet sich demgegenüber noch im Entwicklungs- und Aufholprozess (Grand 2009:226). Dies verdeutlicht abermals die Notwendigkeit, sich mit dem Thema in Österreich genauer auseinander zu setzen.

4. Individuum oder Kollektiv: Theorien zu Solidarität

Sozialpolitik und wohlfahrtsstaatliche Settings stehen, wie bereits ausgeführt wurde, in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Vorstellungen von kollektiver bzw. individueller Verantwortung für soziale Risiken. Deswegen spielen theoretische Konzepte von Solidarität für dieses Forschungsvorhaben eine besondere Rolle und sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

In der theoretischen Diskussion um die Konzepte von gesellschaftlichem Zusammenhalt, wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und Solidarität wird die Interdependenz von Solidarität, Wohlfahrtsstaat und Individualisierung hervorgehoben. Uneinigkeit herrscht allerdings darüber, wie genau diese Phänomene zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen.

Nach Ulrich Beck fördert der Ausbau des Wohlfahrtsstaates Individualisierung. Lebenszusammenhänge sind nicht mehr kollektiv, also innerhalb einer „Klasse“, erfahrbar (Bogner 2012: 85). Dadurch sind Misserfolge nicht mehr in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, sondern in der des Markt-Individuums. Arbeitslosigkeit ist damit ein persönliches Schicksal des oder der Einzelnen, von dem die Menschen lebensphasenspezifisch betroffen sind. Die scheinbare Auflösung der Klassenstrukturen hat zur Folge, dass Arbeitslosigkeit als individuelles Problem wahrgenommen wird. Dadurch besteht kein gemeinsames Schicksal mehr, dem kollektiv entgegengetreten werden könnte. Obwohl manche Gruppen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere, scheint sie einzelverschuldet. Eine gemeinschaftliche Erfahrung und der Umgang mit ihr sind so nicht mehr möglich. Arbeitslosenstatistiken sind der einzige Schauplatz, an dem sich die Kollektivität manifestiert (Beck 1986: 143 ff). So lag die Arbeitslosenquote in Österreich nach Daten der Statistik Austria, wie oben bereits ausgeführt, im Jahr 2013 bei 7,6 % (nationale Definition). Dieser Wert allein zeigt, dass es sich hier nicht um ein individuelles, selbstverschuldetes Risiko handeln kann, insbesondere wenn beachtet wird, dass vor allem Menschen mit niedrigerem formalen Bildungsabschluss überdurchschnittlich häufig betroffen sind (Statistik Austria 2014a). Anzumerken gilt, dass Bildung zwar ein guter Schutz vor Arbeitslosigkeit ist, aber noch keine Garantie – wie im qualitativen Forschungsteil gezeigt wird.

Andere Autoren sehen in der beschriebenen Individualisierung auch eine Chance: Das Auffangen von Risiken durch den Wohlfahrtsstaat als Institutionalisierung von Solidarität wird notwendig. In diesem Sinn ist Solidarität ein Phänomen moderner Gesellschaften und macht das Individuum unabhängig von kleinen Gemeinschaften (Bode/Brose 1999, Tragl 2000: 94).

Solidarität als Begriff ist in der deutschen Soziologie relativ neu und wird häufig in Abgrenzung zum Gemeinschaftssinn vormoderner Gesellschaften verstanden. Sie beschreibt allgemein eine Form der Handlungskoordination, bei der die Eigeninteressen hinter den kollektiven angestellt werden (Kaufmann 2009: 365 ff). Andere Autoren betonen auch die aktive Komponente der Solidarität: Sie beschreibt beispielsweise nach

Zulehner (1996: 52ff.) die Fähigkeit, sich für Gemeinwohl und Chancengleichheit einzusetzen und ist zu unterscheiden von verwandten Phänomenen, wie etwa der Toleranz. Diese ist eher eine Verbundenheit ohne tatsächliche Unterstützung und allenfalls eine Vorform der Solidarität. In Summe bezeichnet Solidarität helfendes, unterstützendes und kooperatives Verhalten, das allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhalt impliziert, praktisch aber meist auf bestimmte Personen und Gruppierungen beschränkt ist (Tragl 2000: 80 ff).

Im Kontext moderner Gesellschaften spielt vor allem die funktionale Solidarität eine große Rolle. Sie steht wesentlich in Verbindung mit der Evolution der Wohlfahrts- und Sozialstaaten und macht ein Stück weit unabhängig von diffuser zwischenmenschlicher Solidarität und engen Gemeinschaften, wird allerdings nur bestimmten Gruppen entgegengebracht: Jenen, die selbst eine bürgerliche Existenz begründen können und jenen, die das ohne eigenes Verschulden nicht können. Jenseits davon besteht Marginalisierung (Tragl 2000: 84 f). Die Akzeptanzforschung kommt zu dem Schluss, dass soziale Sicherung in den Bereichen Gesundheitsversorgung und finanzielle Sicherung im Alter die meiste Zustimmung erfährt. Arbeitslosenversicherung bzw. Fürsorgeprogramme werden von BürgerInnen deutlich weniger akzeptiert, da von diesen Programmen nur eine Bevölkerungsminderheit profitiert (Dallinger 2009: 210). Damit geht einher, dass vor allem in korporatistischen Wohlfahrtsstaatenregimes Solidarität und Teilhabe am Sozialsystem eng an Teilnahme am Erwerbsleben geknüpft ist (Kaufmann 2009: 307).

Für diese funktionale Solidarität, die weitgehend Solidarität gegenüber Fremden ist, braucht es spezielle Legitimationsstrategien. Kaufmann (2009) nennt vier solcher Strategien und hält fest, dass jede von ihnen einen unterschiedlichen Grad moralischer Prämissen beinhaltet. Die neutralste ist demnach Loyalität, gefolgt von Reziprozität, Kollektivorientierung und schließlich der am stärksten moralisch behafteten, Altruismus (Kaufmann 2009 365 ff). Titmuss (1970) zeigte mit seiner Studie zum Blutspenden, dass erwartete Reziprozität eine wichtige Rolle für solidarisches Verhalten spielt: Beiträge brauchen die Sicherheit, dass sie nicht völlig ohne Gegenleistung passieren. Der Sozialstaat basiert demnach wesentlich auf einem gemeinsamen moralischen Willen sowie verallgemeinerter Reziprozität (zitiert nach Dallinger 2009: 212).

Paul Zulehner (1996: 62ff.) betont ebenfalls, dass es einen Unterschied zwischen Solidarität gegenüber Fremden, die speziell legitimiert werden muss, und Solidarität gegenüber Freunden gibt. Er unterscheidet zwischen Makro-, Meso- und Mikrosolidarität, die ein entsprechendes Nah- bzw. Fernverhältnis zu jenen Menschen

und Gruppen, mit denen sich eine Person solidarisch zeigt, implizieren. Makrosolidarität betrifft Personen und Bereiche, die geringe Berührungspunkte mit der eigenen Lebenssituation aufweisen. Beispielsweise sind das Flüchtlinge, Asylsuchende oder etwa die Entwicklungshilfe. Im Rahmen der Mesosolidarität bzw. Solidarität mittlerer Reichweite lässt sich die Unterscheidung zwischen zwei Versionen treffen: Mesosolidarität-nah und Mesosolidarität-fern. Erstere bezieht sich auf soziale Gegebenheiten, die bereits selbst erfahren wurden, letztere auf Personengruppen, zu denen prinzipiell Berührungspunkte, aber keine persönlichen Erfahrungen bestehen.

Die Mikrosolidarität schließt das engere persönliche Umfeld eines Individuums mit ein. Hier ist allgemein die Solidaritätsbereitschaft am stärksten ausgeprägt (Zulehner 1996: 62ff.).

Im Mikro-Setting und kleineren Sozialzusammenhängen muss Solidarität nicht dezidiert erklärt, eingefordert und gerechtfertigt werden - solche expliziten Solidaritätsdiskurse werden nur in größeren Sozialzusammenhängen notwendig (Kaufmann 2009: 365 ff).

Nach diesen Ausführungen liegt der Schluss nahe, dass im Kontext von Arbeitslosigkeit vor allem das Konzept der Mesosolidarität relevant ist. Welcher der Bereiche nah oder fern jeweils betroffen ist, hängt von der jeweiligen individuellen Erfahrung mit Arbeitslosigkeit ab. Dies wird sowohl im quantitativen als auch im qualitativen Teil der Arbeit miteinbezogen.

Solidarität und solidarisches Verhalten, so jedenfalls der Konsens in der Literatur, befinden sich durch die neuen Herausforderungen der modernen Gesellschaft wie Individualisierung und Tertiarisierung im Wandel.

Nimmt man die erhöhte Individualisierung als gegeben und als Ausgangspunkt so ergeben sich dadurch zwei mögliche Szenarien in Bezug auf Solidarität:

Die erhöhte Notwendigkeit von staatlicher Korrektur und damit institutionalisierter Solidarität im Makro-Kontext und auch gegenüber Fremden wird von den Menschen antizipiert, oder aber Solidarität und Reziprozitätsdenken sind auch im Mikro-Bereich gering. Welche dieser beiden Tendenzen stärker ist und welche Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat damit verbunden sind, soll vor allem der quantitative Teil dieser Arbeit untersuchen.

5. Eine mixed-methods Studie

Die Vorgangsweise basiert auf der gezielten und systematischen Kombination qualitativer und quantitativer Methoden. Diese verspricht eine umfangreiche und tiefgehende Beantwortung der Forschungsfrage(n). Durch die Methodentriangulation sollen möglichst viele Ebenen des Problems adressiert und ein umfassender Eindruck von Solidarität, Reziprozitätsvorstellungen und Ausgrenzungstendenzen im wohlfahrtsstaatlichen Kontext gewonnen werden.

5.1. Quantitative Vorgehensweise

Datengrundlage für die quantitativen Auswertungen ist der European Social Survey (ESS) aus dem Jahr 2008, der Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensmuster von verschiedenen Populationen in Europa misst. Für die dargestellten Analysen wurde der Datensatz von Österreich herangezogen, da durch diesen regionalen Fokus dem Schwerpunkt der Untersuchung im qualitativen Teil Rechnung getragen werden kann

Um eine Aussagen treffen zu können, wurden sowohl deskriptive Analysen als auch eine logistische Regression durchgeführt. Im ersten Schritt wurden Korrelationen errechnet (Tabelle 5 im Anhang), in denen ein Zusammenhang zwischen der abhängigen Variablen und den unabhängigen Variablen sichtbar wird. Für die deskriptive Darstellung (Tabelle 1) und bessere Lesbarkeit wurde die abhängige Variable dichotomisiert. Manche Signifikanzwerte änderten sich dadurch marginal. Bei der Reduktion auf zwei Ausprägungen bildete die mittlere Kategorie (Stufe 5) eine neutrale Kategorie und wurde aus diesem Grund in Tabelle 1 nicht berücksichtigt. Ein Überblick über die deskriptiven Ergebnisse findet sich in Tabelle 1, wobei auf dem 1% bzw. 5%-Niveau signifikante Ergebnisse fett umrandet sind.

Neben der uni- und bivariaten Beschreibung wurde im zweiten Schritt eine logistische Regression¹⁹ (Tabelle 2) durchgeführt um zu messen, welche Variablen sich inwieweit auf die abhängige Variable *Inwiefern ist die Regierung dafür verantwortlich, einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose sicherzustellen?* auswirken.

5.2. Qualitative Vorgehensweise

Im Rahmen der qualitativen Forschungsphase des Projekts wurden insgesamt sechs Interviews geführt: Ein Experteninterview nach Meuser/Nagel (1991) mit einer Mitarbeiterin des BMASK, drei problemzentrierte Interviews nach Witzel (2000) mit aktuell von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen, (F1, F2, F3) eines mit einer

¹⁹ Die hohe Korrelation zwischen den Variablen Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein und Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten vorübergehend nicht genug Geld zur Deckung des Bedarfs des Haushalts zu haben führte dazu, dass letztere aus der Regression ausgeschlossen wurde, um Multikollinearität zu vermeiden. Durch die Ausreißer in der Alterskategorie 65 bis 92 ist eine Verzerrung in der Regressionsanalyse zu befürchten, weshalb Personen über 65 Jahren in der Auswertung nicht berücksichtigt wurden. (Tabelle 4)

ehemaligen Arbeitslosen (F4) sowie ein weiteres eher informelles Gespräch mit einer vom AMS mit Schulungen beauftragten Trainerin. Der Zugang zum Feld und die Auswahl geeigneter InterviewpartnerInnen erwiesen sich als schwierig, was vermuten lässt, dass Arbeitslosigkeit ein tabuisiertes Thema ist. Betroffene sprechen aus Angst vor Abwertung und dem sozialen Stigma nur ungern über ihre Situation. Der Zugang zur Expertin wurde über eine Arbeitskollegin ermöglicht, die AMS-Trainerin erklärte sich im Rahmen eines privaten Gesprächs spontan zum Interview bereit. Das Auswahlkriterium für die Betroffenen war der Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Kontakt mit Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik. Alle befragten (ehemaligen)-Arbeitslosen sind jung (unter 30 Jahren) und haben einen universitären Hintergrund.

Die Form des problemzentrierten Interviews nach Witzel (2000) wurde für die Betroffeneninterviews gewählt, da dieses sowohl eine narrative Erzählung als auch das Abfragen besonders relevanter Themenbereiche ermöglicht. Dadurch kann das Problem der Arbeitslosigkeit und der subjektive Umgang mit ihr fokussiert werden. Die individuelle Perzeption der Situation und deren gesellschaftliche Einbettung stehen im Vordergrund. Die gewählte Interviewmethode hat darüber hinaus den Vorteil, dass die Hervorbringung der Relevanzsysteme, Denkweisen und möglicher Rechtfertigungsstrategien der befragten Arbeitslosen gefördert wird, was unter anderem der narrative Einstieg in das Gespräch ermöglicht (Witzel 2000: 3). Die entstandenen Interviews wurden mit der Systemanalyse nach Froschauer/Lueger (2010) ausgewertet. Diese ermöglicht die Gewinnung von Erkenntnissen über Systemeffekte ebenso wie über den lebensweltlichen Kontext der Befragten und deren Normalitätsvorstellungen. Die Komplexität der sozialen Systeme und Prozesse steht im Fokus und ein Verständnis der individuellen Lebenswelten sowie Bedeutungen wird ermöglicht.

Die Experteninterviews dienen zur Beschaffung von Kontextinformationen und zur Erweiterung der Perspektive und wurden mit Hilfe einer Themenanalyse nach Froschauer/Lueger (2010) untersucht. Das informell gehaltene Gespräch mit der Trainerin wurde ebenso themenanalytisch ausgewertet und in die nachfolgenden Ergebnisse miteinbezogen.

6. Verantwortung für Arbeitslosigkeit: Die gesellschaftliche Wahrnehmung

Der überwiegende Teil der Befragten sieht die Regierung in der Verantwortung, Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sicherzustellen. Dies geht aus der univariaten Analyse der abhängigen Variable hervor, welche im ESS 2008 für Österreich

mit folgender Frage erhoben wurde: *Inwiefern ist die Regierung dafür verantwortlich, einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose sicherzustellen?*

Die Verteilung der Variable Bildungsstand stellt sich wie folgt dar: Der Großteil der Befragten (57%) hat eine Pflichtschule, eine Berufsbildende Mittlere Schule (BMS) oder eine Lehre abgeschlossen, weitere 25% haben einen Maturaabschluss. Personen mit einem Kolleg- bzw. erstem universitären Abschluss und AkademikerInnen sind mit jeweils ca. 9% gleich häufig vertreten. 15% der Befragten befürchten, in den nächsten 12 Monaten arbeitslos zu werden. Eine knappe Mehrheit (53%), gab an in den letzten fünf Jahren arbeitslos und auf Arbeitssuche gewesen zu sein.²⁰

Die Einschätzung des Lebensstandards von Arbeitslosen ist zu etwa gleichen Teilen auf die Kategorien (sehr) gut / (sehr) schlecht verteilt und bildet eine Normalverteilung um die mittlere Kategorie. 19% halten es für wahrscheinlich, in den nächsten 12 Monaten vorübergehend nicht genügend Geld zur Deckung des Bedarfs ihres Haushalts zur Verfügung zu haben. Jeweils rund 15% geben an, politisch sehr interessiert bzw. überhaupt nicht interessiert zu sein.

Bezüglich Geschlecht, Altersverteilung (in Kategorien) und Wohnort sind wenn überhaupt nur leichte Unausgewogenheiten zu finden. Im Anhang (Tabelle 3) befindet sich eine detaillierte Darstellung der univariaten Beschreibung.

Gemäß deskriptiver bivariater Beschreibung, ist abgesehen vom Geschlecht bei allen unabhängigen Variablen ein signifikanter Einfluss auf die abhängige Variable festzustellen. Die Einschätzung des eigenen Risikos arbeitslos zu werden und die Wohnumgebung wirken sich dabei am stärksten aus. Ebenso einen Einfluss haben das politische Interesse und die höchste abgeschlossene Schulbildung. Das Alter des Befragten spielt eine eher untergeordnete Rolle. Es zeigt sich, dass die Einschätzung des eigenen Risikos arbeitslos zu werden positiv mit dem selbsteingeschätzten Armutsrisikos und negativ mit der Einschätzung des Lebensstandards von Arbeitslosen korreliert. Dies ist vor allem deshalb interessant, weil diese Abwärtsspirale das negative Bild von und die Angst vor Arbeitslosigkeit potenziell stärkt. Die eigene Arbeitslosigkeitserfahrung (Cramer-V =,197) sowie die Wohnumgebung (r =-,126) haben den stärksten Einfluss auf die Sichtweise der Befragten, ob der Staat oder die arbeitslose Person für die Sicherung des Lebensstandards verantwortlich ist. Signifikante Ergebnisse zeigen sich auch im Zusammenhang mit der abhängigen Variable und dem Bildungsstand (r =,071), der Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres arbeitssuchend zu sein (r =,094) sowie der dem Alter (r =,092).

Basierend auf der Reziprozitätsannahme von Titmuss (1970) kann angenommen werden, dass die eigene Betroffenheit eher zu einer Befürwortung staatlicher Verantwortung führt. Staatliche Verantwortung impliziert, dass eigene

²⁰ Anzumerken ist ein beträchtlich hoher Missing Value von 1662 Personen.

Beitragszahlungen zur Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen verwendet werden. Die Akzeptanz dafür ist eher gegeben, wenn das Risiko selbst arbeitslos zu werden und auf Zahlungen anderer angewiesen zu sein als hoch eingeschätzt wird. Diese Annahme wird durch die Daten gestützt: Von jenen Personen, die es als sehr wahrscheinlich einschätzen, in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein, sehen mehr als 83% den Staat in der Verantwortung zur Sicherung des Lebensstandards. Jedoch kann diese Annahme aufgrund nicht vorhandener Signifikanz bei den deskriptiven Ergebnissen nicht aufrecht erhalten werden (p -Wert $>,05$). In der logistischen Regression zeigt sich, dass eine höhere Befürchtung arbeitslos zu werden, eher mit einer Verantwortungszuschreibung zum Staat einhergeht. Im Vergleich zur Referenzgruppe, also jenen Personen, die es als sehr wahrscheinlich einschätzen in den nächsten 12 Monaten arbeitslos zu werden, ist die Chance für Personen, die dies als sehr unwahrscheinlich sehen, um 0,6 mal niedriger. Es bestätigt sich, dass zwischen der selbst eingeschätzten Wahrscheinlichkeit, in Zukunft von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein und der Einstellung gegenüber der staatlichen Verantwortung bezüglich der Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen ein positiver Zusammenhang besteht.

Eine weitere Annahme, die auf Paul Zulehners Konzept der Mesosolidarität-nah gestützt ist, besteht darin, dass Menschen, die bereits selbst arbeitslos waren eher bereit dazu sind, über ihre Zahlungen zur Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen beizutragen. Dies impliziert eine kollektive und damit staatliche Verantwortung. Diese Annahme bestätigt sich auch in den Daten: Personen, die bereits eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, sehen in größerem Ausmaß den Staat in der Verantwortung (85%), als solche, die noch keine derartigen Erfahrungen gemacht haben (69%). Anhand der deskriptiven Ergebnisse konnte also gezeigt werden, dass ein Unterschied in Bezug auf die Einstellung zu staatlicher Verantwortung zwischen Personen, die in den letzten fünf Jahren persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren und Personen, die fortwährend einer Beschäftigung nachgehen konnten, besteht. Aufgrund geringer Fallzahlen konnte dieses Ergebnis jedoch nicht durch die logistische Regression überprüft werden.

Darüber hinaus ist denkbar, dass in kleineren Gemeinschaften am Land gerade die Mikro-Solidarität ausgeprägter ist und es eine Tendenz dazu gibt, den Lebensstandard Arbeitsloser in den Bereich der kollektiven Verantwortung zu übertragen. Umgekehrt sind in urbanen Gebieten mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen und auch Legitimationsstrategien stärker verbreitet und notwendig. In der Auswertung zeigt sich, dass Bewohner von ländlichen Gebieten eher dazu neigen, den Staat nicht in der Verantwortung zu sehen (33%), als Bewohner von Großstädten (22%). Eine Erklärung für dieses Ergebnis könnte sein, dass es in kleiner strukturierten ländlichen Gebieten

andere soziale Auffangnetze (Familie, Nachbarschaftshilfe etc.) gibt, die die Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen übernehmen, was wiederum dem Staat diesbezüglich eine weniger wichtige Rolle zuweist. Aus der Regression ist ein signifikanter Einfluss der Wohnumgebung der Befragten auf die Chance der Wahrnehmung staatlicher Verantwortung abzulesen. Personen aus Großstädten haben, im Vergleich zu Personen aus ländlichen Gegenden, eine 1,2 mal höhere Chance den Staat für die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards der Arbeitslosen als verantwortlich zu sehen. Das Konzept der Mikrosolidarität wird durch diese Auswertung gestützt: Die Wohnumgebung beeinflusst die Erwartungshaltung gegenüber staatlicher Verantwortung.

Ressler (2002) belegt in ihrer Studie die Auswirkung des Bildungsstands einer Person auf deren Einstellung gegenüber staatlicher Verantwortung. Tatsächlich konnte auch im Rahmen dieses Projekts herausgearbeitet werden, dass mit steigendem Bildungsgrad eher eine Erwartungshaltung an den Staat verbunden ist. Personen mit universitärer Ausbildung bzw. AkademikerInnen sehen den Staat in einem höheren Ausmaß als verantwortlich für die Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen an als die restlichen Gruppen. Aufgrund signifikanter Ergebnisse, kann diese Vermutung weiterhin angenommen werden. Im Zuge dessen erscheint es relevant, diesen Aspekt in der qualitativen Analyse näher zu betrachten. Wie sich in der logistischen Regression zeigt, beeinflusst der Bildungsstand die Einstellung gegenüber der staatlichen Verantwortung zur Sicherung des Lebensstandards von Erwerbslosen. Personen mit Pflichtschul-, BMS- oder Lehrabschluss sehen gegenüber AkademikerInnen den Staat in Bezug auf Arbeitslosigkeit weniger in der Verantwortung.

Außerdem untersuchte und bestätigte Ressler (2002) den Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse einer Person und deren Einstellung gegenüber der staatlichen Verantwortung. In der vorgenommenen deskriptiven Untersuchung konnte jedoch kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und der Einstellung gegenüber der staatlichen Verantwortung festgestellt werden. Anhand der Regression zeigt sich hingegen folgendes Ergebnis: Je höher das politische Interesse einer Person ist, desto höher ist die Chance den Staat in der Verantwortung zu sehen.

Anhand der deskriptiven Ergebnisse ist zudem ersichtlich, dass Frauen den Staat eher in der Verantwortung sehen als Männer und die Einschätzung staatlicher Verantwortung mit dem Alter tendenziell abnimmt. Der Zusammenhang ist für die Variable Geschlecht jedoch nicht signifikant, für das Alter hingegen schon.

Die beschriebenen Ergebnisse werden in nachfolgenden Tabellen detailliert dargestellt.

Tabelle 1: Kreuztabelle zwischen abhängiger Variable und unabhängigen Variablen

		Staatliche Verantwortung				
		Nein		Ja		Gesamt
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Geschlecht p-Wert = ,019	Männlich	248	30,1%	577	69,9%	825
	Weiblich	248	25,1%	739	74,9%	987
Alter in Kategorien p-Wert < ,001	15 bis 20	16	18,4%	71	81,6%	87
	21 bis 30	86	21,7%	311	78,3%	397
	31 bis 40	67	24,4%	208	75,6%	275
	41 bis 50	94	26,5%	261	73,5%	355
	51 bis 65	121	31,0%	269	69,0%	390
	66 bis 92	112	36,4%	169	63,6%	308
Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein p-Wert = ,055	Gar nicht wahrscheinlich	167	30,2%	386	69,8%	553
	Nicht sehr wahrscheinlich	122	27,9%	316	72,1%	438
	wahrscheinlich	22	25,0%	66	75,0%	88
	Sehr wahrscheinlich	14	16,3%	72	83,7%	86
Wohnumgebung p-Wert < ,001	Großstadt/Vorort	137	22,0%	485	78,0%	622
	Stadt/Kleinstadt	150	26,6%	413	73,4%	563
	Ländliche Umgebung	207	33,2%	416	66,8%	623
Bildungsstand p-Wert = ,043	Pflichtschule/BMS/Lehre	292	29,6%	693	70,4	985
	Matura	114	25,3%	337	74,7%	451
	Kolleg/erster universitärer Abschluss	45	25,6%	131	74,4%	176
	Univ. Ausbildung /AkademikerInnen	34	20,2%	134	79,8%	168
Politisches Interesse p-Wert = ,730	Sehr interessiert	68	24,2%	213	75,8%	281
	interessiert	165	26,6%	456	73,4%	621
	Wenig interessiert	167	27,6%	438	72,4%	605
	Gar nicht interessiert	65	25,4%	191	74,6%	256
Waren Sie in den letzten 5 Jahren arbeitslos und auf Arbeitssuche? p-Wert < ,001	Ja	39	15,3%	216	84,7%	255
	Nein	71	31,3%	156	68,7%	227

Quelle: ESS 2008, Eigene Berechnungen

Tabelle 2: LogitModell

Variable	Ausprägung	Exp (B)
Politisches Interesse	Sehr interessiert	1,296***
	interessiert	1,15**
	Wenig interessiert	1,039
	Gar nicht interessiert	1
Wahrscheinlichkeit, in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein	Gar nicht wahrscheinlich	0,555***
	Nicht sehr wahrscheinlich	0,596***
	wahrscheinlich	0,713***
	Sehr wahrscheinlich	1
Bildungsstand	Pflichtschule/BMS/Lehre	0,865**
	Matura	0,87**
	Kolleg/erster universitärer Abschluss	1,023
	Univ. Ausbildung/AkademikerIn	1
Wohnumgebung	Großstadt/Vorort	1,246***
	Stadt/Kleinstadt	1,068
	Ländliche Umgebung	1
Konstante		1,622**
Fallzahlen		1327

Quelle: ESS 2008, eigene Berechnungen

Anm.:*** P < 0,01 ** p < 0,05 * P < 0,10

7. Verantwortung für Arbeitslosigkeit: Perspektiven junger arbeitsloser AkademikerInnen

Durch die Auswertung des ESS bezogen auf die Frage nach staatlicher Verantwortung für die Sicherung des Lebensunterhalts von Arbeitslosen erschlossen sich bereits einige interessante Aspekte. Hervorzuheben ist hierbei vor allem der Einfluss vom Bildungsniveau. Da die Variable zur eigenen Arbeitslosigkeitserfahrung aufgrund geringer Fallzahlen nicht in die Regression mitaufgenommen werden konnte, war es nicht möglich detaillierten Aussagen zu treffen. Der Zusammenhang besteht allerdings in den Daten und wird auch von der Theorie gestützt. Diese beiden Aspekte werden im qualitativen Teil des Projekts aufgegriffen. Im Mittelpunkt stehen universitär gebildete Personen, die selbst entweder arbeitslos sind oder waren. Ihre Perspektive wird vor allem in Hinblick auf ihren Umgang mit Arbeitslosigkeit sowie ihr Bild von Arbeitslosen eingebracht. Zentral dabei ist es herauszuarbeiten, welche Rolle die Konzepte von Solidarität und Verantwortung in ihren Aussagen spielen.

Bei den Befragten finden sich Argumentationsstrukturen, die das Bild der Arbeitslosen in der Gesellschaft als Schablone zur Konstruktion des eigenen Selbstbilds verwenden.

Die eigene Betroffenheit zwingt zwar zur Differenzierung dieses Bildes, führt aber nicht zu dessen Revidierung. Im Folgenden wird diese Erkenntnis näher ausgeführt und argumentiert. Dafür werden zuerst die Argumentationsstrukturen im Umgang mit der eigenen Arbeitslosigkeit beschrieben, um schließlich auf die drei wichtigsten Elemente der Argumentationsweisen einzugehen: Die Bedeutung des Fremdbildes in der Konstruktion des Selbstbildes, die Handlungsspielräume in der Situation der Arbeitslosigkeit und die Verortung der Verantwortung zwischen Individuum, Staat und Unternehmen.

Argumentationsstrukturen

Erwerbsarbeit ist eine zentrale Komponente der eigenen Identität. Es ist notwendig eine gute und akzeptierte Antwort auf die Frage „Was machst du?“ zu haben und diese bezieht sich in der Arbeitsgesellschaft auf Erwerbsarbeit oder Ausbildung. Im Falle der Arbeitslosigkeit ergibt sich daher Erklärungsnot und daraus resultierend die Notwendigkeit, die eigene Situation gegenüber anderen sowie sich selbst zu rechtfertigen und zu argumentieren. Innerhalb der von den Befragten verwendeten Argumentationsstrukturen finden sich einige wiederkehrende Muster, die hier kurz ausgeführt werden, bevor auf die wichtigsten Strukturen noch einmal explizit eingegangen wird.

Eine wesentliche Rolle spielt die Frage danach, ob der Übergang in die Arbeitslosigkeit geplant und daher ein Stück weit „selbstverschuldet“ war oder nicht. F1 und F2 haben ihren Ausstieg aus dem Erwerbsleben selbst entschieden, der Wiedereinstieg erweist sich als schwieriger, als ursprünglich angenommen. Die Rechtfertigungsstrategien sind daher andere als bei F3, der gekündigt wurde und sich daher als unverschuldet in seiner Situation sieht. In diesem Zusammenhang wird häufig darauf verwiesen, was in der Zeit vor der Arbeitslosigkeit geleistet wurde und dass man sich eine verdiente Auszeit genommen hat, die sich nun in die Länge zieht. Je länger diese dauert, desto größer wird der Rechtfertigungsdruck sowohl von innen als auch von außen antizipiert. F4 benennt explizit ein bis zwei Monate als noch akzeptabel, nach drei bis vier Monaten steigen sowohl das Unverständnis als auch die subjektive empfundene Abwertung und Nutzlosigkeit. Das Gefühl „nutzlos“ zu sein, spielt bei allen Befragten eine Rolle. Jenen, die sich zum Interviewzeitpunkt noch in Arbeitslosigkeit befinden, ist es nicht möglich, dies auch direkt zu artikulieren. Erkennbar ist dennoch, dass es nicht so sehr die finanzielle Unterstützung ist, die Rechtfertigung erfordert, sondern vielmehr das Nichtstun, das „Unnützlichsein“ für die Gesellschaft. Um ein Teil der Gesellschaft zu sein, braucht man eine Aufgabe, die auch für andere einen Wert hat. Gleichzeitig muss man in der Situation der Arbeitslosigkeit darum kämpfen, eine solche Aufgabe zu bekommen. Arbeitssuche, ehrenamtliches Engagement oder selbst gesuchte Aufgaben zählen jedoch nicht dazu, sondern dezidiert nur Erwerbsarbeit. Das übt Druck auf das

Individuum aus und verstärkt die Erklärungsnot. Allen Befragten gemeinsam ist der hohe Grad der Bildung und eine klare Vorstellung dessen, welche Erwerbsarbeit sie aufnehmen wollen und welche nicht. In drei Fällen passt die Qualifikation allerdings nicht auf diese Vorstellungen, in dem vierten handelt es sich um eine Branche mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Daher wird auch das AMS als nicht hilfreich oder sogar hinderlich an der Erreichung des Ziels empfunden, da es nicht flexibel genug ist, auf diese Situation einzugehen. Das wiederum dient auch als Abgrenzung: Es wird davon ausgegangen, dass es Personen gibt, die die Unterstützung des AMS und die zugeteilten Schulungen in irgendeiner Form brauchen, man selbst gehöre allerdings nicht dazu.

Im Laufe der Systemanalyse erwiesen sich vor allem drei der skizzierten Bereiche als tragend für die Argumentationsstrukturen der Befragten. Diese sollen in den folgenden Kapiteln noch näher ausgeführt werden.

Selbst- und Fremdbild

Wichtig ist zu betonen, dass das Fremdbild eine konstituierende Komponente des Selbstbilds ist. Die Annahmen darüber, wie in der Gesellschaft über Arbeitslose gedacht wird, welcher Gruppe man sich zugeordnet fühlt und mittels welcher Strategien man sich von dieser Zuordnung abgrenzt, sind vor allem bei F1 und F2 wesentlich. Auch die Expertin vom BMASK schätzt das Bild der Arbeitslosen in der österreichischen Gesellschaft als „angstbesetzt“ und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Situation der Arbeitslosigkeit als selbstverschuldet ein. Arbeitslose werden als eine gesellschaftliche Randgruppe angesehen, wobei betont wird, dass sie eigentlich keine homogene Gruppe, sondern *„einfach nur Menschen, die vom selben wirtschaftlichen Umstand betroffen“* (Expertin) sind. Im Gegensatz zu den Befragten verweist die Expertin jedoch auf die Strukturen: Seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise wird das Bild der Arbeitslosen nach Expertenmeinung relativiert. Diese Feststellung wird auch von der Theorie gestützt: In Krisenzeiten werde Arme als Opfer des Systems betrachtet, während sie in Zeiten wirtschaftlicher Blüte selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht werden (Paugam 2008: 85ff.).

Von den befragten arbeitslosen AkademikerInnen wird ein grundsätzlich negatives Bild von Arbeitslosen antizipiert, sie fühlen sich stigmatisiert, *„komisch angeschaut“* (F2) oder abgewertet. Allerdings wird auch darüber reflektiert, ob dieses Gefühl gerechtfertigt ist und tatsächlich eine Abwertung von anderen passiert oder aber ob es sich hierbei um einen rein subjektiven Eindruck handelt, der aus der Situation der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit entsteht. Das negative Bild, das die Gesellschaft von Arbeitslosen hat oder vermeintlich zu haben scheint, wird aufgenommen, internalisiert und auf die eigene Situation übertragen. Dadurch entsteht die Notwendigkeit der Abgrenzung: Man

selbst ist anders als diejenigen, die negativ wahrgenommen werden. Interessanterweise wird die dahinterliegende Annahme, dass es tatsächlich Menschen gibt, die die negative und abwertende Wahrnehmung von Arbeitslosen rechtfertigen, nicht hinterfragt. Auch Betroffene scheinen implizit der Meinung zu sein, dass es die pauschal faulen, selbst verschuldeten Arbeitslosen, die aufgrund der Sozialleistungen keine Bestrebungen haben wieder ins System der Erwerbsarbeit zurückzufinden, tatsächlich gibt. Der Umstand, nun selbst von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, ruft Angst hervor, von der Gesellschaft dieser Gruppe zugeordnet zu werden. Anstatt aber die Ansicht über die Gruppe der Arbeitslosen zu relativieren, wird dieses negative Fremdbild zur Abgrenzungsschablone. Diese Abgrenzungsstrategie bleibt stark auf der individuellen Ebene. Alle vier Fälle argumentieren auf unterschiedliche Weise, anders zu sein als die antizipiert homogene Gruppe der „schlechten“ Arbeitslosen und selbst ein/e „gute/r“ Arbeitslose/r zu sein. Eine Gruppe der „guten“ Arbeitslosen in Opposition zu den anderen wird allerdings nicht konstruiert. Es gibt „die Arbeitslosen“ und das Individuum sowie das System der Erwerbsarbeit oder eben der Bildung, in dem man sich verortet bzw. verorten möchte. Es wird zudem auf Ebene von Charaktereigenschaften argumentiert, die den „anderen“ Arbeitslosen zugeschrieben werden, obwohl drei der Fälle keinen direkten Kontakt mit diesen hatten. Bei F4 fällt die Abgrenzung möglicherweise durch den zeitlichen Abstand zur Situation der Betroffenheit, etwas differenzierter aus, ist aber dennoch gegeben. Das undifferenzierte Bild der Arbeitslosen als homogene Gruppe ändert sich also auch in der Betroffenensituation nicht. Es scheint vielmehr so, als würde es durch den Rechtfertigungsdrang und den Druck, eine Identifikationsmöglichkeit zu finden, noch verstärkt werden.

Handlungsspielräume

Die eigenen Handlungsspielräume – egal ob tatsächlich oder subjektiv empfunden – verringern sich beträchtlich in der Situation der Arbeitslosigkeit. Es findet ein Wechsel von der Selbst- in die Fremdbestimmtheit statt: Bei F1 und F2 war der Ausstieg aus dem Erwerbsleben selbstbestimmt, der Wiedereinstieg nach einer Auszeit funktionierte allerdings nicht wie geplant. Man ist nunmehr von anderen abhängig, deren Handlungen und Reaktionen weder vorhergesehen noch beeinflusst werden können. Dennoch spielt die Eigeninitiative eine große Rolle. Handlungsspielräume, wie etwa die Erlaubnis den gewünschten Kurs zu besuchen, müssen erkämpft werden, wie F4 im Interview darlegt. Tertiär Gebildete verfügen aufgrund von universitären Strukturen über ein hohes Maß an Eigenverantwortung, das in diesem Zusammenhang hilfreich sein kann. F1 und F4 haben sich gemäß den gesellschaftlichen Erwartungen verhalten, sich weitergebildet, qualifiziert und finden bzw. fanden sich trotzdem in der Situation der Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden massiven Einschränkung der

Handlungsspielräume wieder. Das stößt auf Unverständnis, Frustration und sogar Wut. Hohe Qualifikation erweitert Handlungsspielräume zwar, allerdings nur bedingt und nicht in dem Ausmaß, in dem es suggeriert wird. Besonders die Expertin vom BMASK verwies auf die Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und damit auch auf den Trugschluss Arbeitslosigkeit sei an die zu niedrige Qualifikation gebunden. Abseits vom Thema der Qualifikation wird auch die Einengung der Handlungsspielräume beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt durch andere betont. F1 würde sich mehr konkretes Feedback und Verbesserungsvorschläge vonseiten der Unternehmen, aber auch des AMS wünschen. Das impliziert allerdings, dass die Verantwortung und die Fehler bei sich gesucht werden. Das Individuum muss etwas verändern, bessere Bewerbungen schreiben oder sich weiterqualifizieren. Der Wunsch nach Feedback kann auch als Ausdruck verstärkter Selbstzweifel in der Situation der Arbeitslosigkeit gesehen werden: Als Arbeitslose/r ist man gezwungen, sich selbst als Person in Frage zu stellen, es ist notwendig, sich ständig zu rechtfertigen und sich mit den eigenen vermeintlichen Unzulänglichkeiten zu konfrontieren, um so die Handlungsspielräume wieder zu erweitern und ins System Erwerbsarbeit zurückzufinden. Zudem steigt mit der Zeit der Druck, wieder ins System Erwerbsarbeit zurückzufinden. Die Zeit war ein sehr wesentlicher Faktor in allen Betroffenen-Interviews. Einhergehend mit veränderten Argumentationsstrukturen im Verlaufe der Zeit, erhöht sich der Druck auf das Individuum sowohl von innen als auch die antizipierte Außenwahrnehmung. Selbstzweifel nehmen zu und die Notwendigkeit einer Anpassung wird als immer wichtiger eingestuft. Das führt zu einer Selbsteinschränkung der Handlungsmöglichkeiten.

Verantwortung

Verantwortung spielt im Kontext von Arbeitslosigkeit unter verschiedenen Gesichtspunkten eine Rolle, wobei eine andere Form im Vordergrund steht als es im quantitativen Teil der Fall war. In diesem lag der Fokus durch die Frage nach der Sicherung des angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose auf dem finanziellen Aspekt. Aufgrund der offenen Herangehensweise im qualitativen Teil stellte sich heraus, dass dieser in den geführten Interviews eine untergeordnete Rolle spielt. Vielmehr geht es um die Verantwortung für die Situation und den Umgang mit ihr.

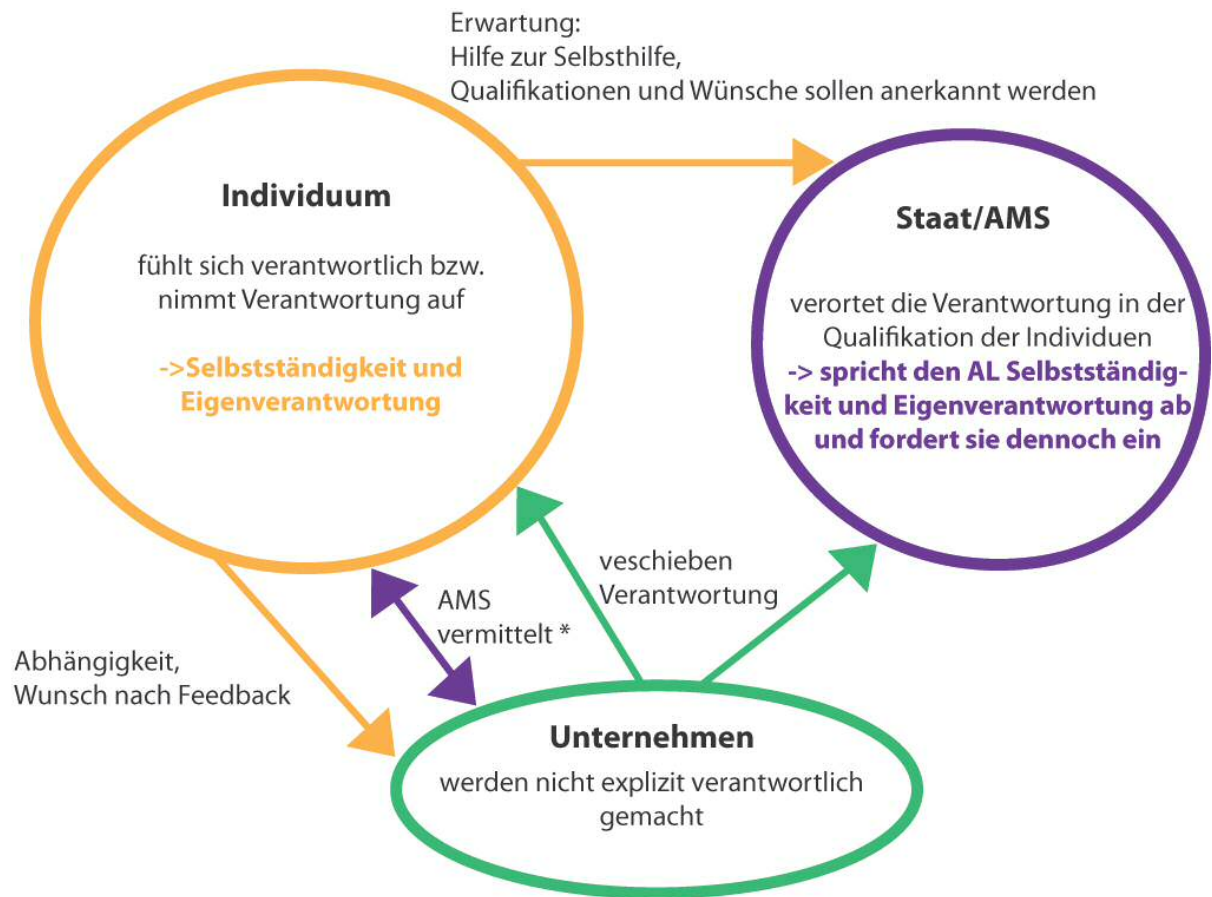
Es scheint einen Unterschied zu machen, ob das Individuum selbst verantwortlich ist für die eigene Arbeitslosigkeit, also ob diese Option wie bei F1 und F2 selbst gewählt und auf Zeit angelegt war oder nicht, wie bei F3. Im ersten Fall findet ein gradueller Machtverlust über die eigene Situation statt und eigene Rechtfertigungsstrategien, warum der Einstieg nicht funktioniert, werden konstruiert. Im Falle einer Kündigung oder sonstigen „unverschuldeten“ Arbeitslosigkeit ist die Kontrolle über die eigene Situation bereits zu Beginn nicht mehr gegeben. Das macht die Anpassung an die

vorgegeben Strukturen des AMS möglicherweise weniger problematisch und erfordert nicht dasselbe Maß an Rechtfertigung sowohl sich selbst als auch anderen gegenüber. Die zweite Ebene der Verantwortung bezieht sich darauf, wer für den Wiedereinstieg ins System Erwerbsarbeit als hauptsächlich verantwortlich gesehen wird. Hier steht bei allen Fällen klar das Individuum im Mittelpunkt. Man selbst muss sich neue Arbeit suchen, sich gegebenenfalls weiterqualifizieren oder die eigenen Ansprüche nach unten schrauben. Die Kontrollmechanismen des AMS ebenso wie dessen Hilfestellungen werden als einschränkend und nutzlos empfunden. Die zugewiesenen Angebote entsprechen nicht den Vorstellungen, da F1, F2 und F3 nicht in ihrem offiziellen Qualifikationsprofil tätig werden wollen. Das AMS als Vermittlungsinstanz zwischen Angebot und Nachfrage ist nicht flexibel genug, um darauf einzugehen. Die Arbeitsangebotsseite bleibt auch von der Expertin weitgehend unhinterfragt, es liegt an den ArbeitnehmerInnen sich und ihre Qualifikationen anzupassen. Der Schlüssel zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ist demnach die individuelle (Weiter)Bildung. Die betrachteten Fälle zeigen jedoch, dass auch sehr hochqualifizierte Personen von Arbeitslosigkeit betroffen sein können. Nicht so sehr die Höhe der Qualifikation, sondern vielmehr deren konkrete Ausgestaltung spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Die Ressourcen des AMS sind vor allem zeitlich begrenzt. BeraterInnen haben nur 10-15 Minuten pro Beratungsgespräch zur Verfügung. In diesem Zeitraum ist das Erstellen eines neuen Qualifikationsprofils oder fundierte Beratung und Betreuung kaum möglich.

Die Rolle der Unternehmen wird in keinem der Betroffeneninterviews explizit angesprochen, obwohl sie als Arbeitgeber eine wesentliche Komponente des Systems Erwerbsarbeit sind. Interessanterweise ist es vor allem die vom AMS beauftragte Trainerin, die bei der Frage nach Verantwortung auf die Unternehmen rekurriert. Sie ist in einer Industriegegend tätig und erwähnt nicht nur strukturelle Probleme, die durch die schlechte Auftragslage und Konkurse bedingt sind, sondern auch die mangelnde Flexibilität der Unternehmen sowie deren restriktive Regelung bezüglich Neuanstellungen älterer Personen. Der Grundgedanke aktiver und aktivierender Arbeitsmarktpolitik, der vorwiegend auf der Ebene des Individuums ansetzt, scheint eine breite Wirkung in der Verortung der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, deren Folgen und deren Beendigung zu haben: Diese bleibt vordergründig beim Individuum.

Die diskutierte Verortung der Verantwortung zwischen den Akteuren Staat/AMS, Individuum und Unternehmen wird in folgender Abbildung dargestellt.

Abbildung 2: Verortung der Verantwortung



* Vermittlung beschränkt sich auf Anpassung an die Anforderungen der Unternehmen

Quelle: Eigene Darstellung

8. Schlussfolgerungen und Ausblick

Arbeitslosigkeit ist im wohlfahrtsstaatlichen Zusammenhang ein vielschichtiges Problem, auf das unterschiedlichste Perspektiven eingenommen werden können. Eine zentrale Rolle spielt der Staat, der die Rahmenbedingungen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorgibt. Der staatliche Fokus der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik führt dazu, dass die individuelle Verantwortung von den Betroffenen internalisiert wird: Die interviewten jungen arbeitslosen AkademikerInnen haben diese Sichtweise aufgenommen, verinnerlicht und reproduzieren sie durch ihre Argumentationsstrukturen. Die Unternehmen und ihre Rolle im Arbeitsmarkt werden von den Individuen nicht aufgegriffen. Sie spielen in der Debatte um Arbeitslosigkeit im Kontext dieses Projekts eine untergeordnete Rolle. Eine nähere Beschäftigung mit der Unternehmensperspektive und ihre Verortung in Bezug auf Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Arbeitslose stehen daher noch auf der Forschungsagenda.

Die Daten des ESS zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Staat in der Verantwortung für die Sicherung des Lebensunterhalts von Arbeitslosen sieht. Diese Form der Verantwortung greift allerdings zu kurz, wie sich im qualitativen Teil zeigte: Für die Betroffenen steht nicht so sehr der finanzielle Aspekt im Vordergrund, sondern viel mehr das Eingebundensein ins Erwerbsleben. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist es notwendig, eine Aufgabe zu erfüllen, um Teil dieser Gesellschaft zu sein. Diese Aufgabe ist Erwerbsarbeit (vgl. Kaufmann 2009). Arbeitslosigkeit heißt daher, ein Stück weit aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Es bleibt in der individuellen Verantwortung, zurück ins System Erwerbsarbeit und damit in die Gesellschaft zu finden. Das entspricht den Strukturen des korporatistischen Wohlfahrtsstaats: Die Teilhabe am Sozialstaat ist eng an die Teilhabe ans Erwerbsleben geknüpft. Fällt man im Fall von Arbeitslosigkeit aus dem System der Erwerbsarbeit heraus, so gibt es zwar staatliche Auffangnetze. Diese wirken aber nicht unbedingt exklusionsvermeidend. Das negative Bild von Arbeitslosigkeit der Betroffenen selbst wird zwar von ihnen konstruiert. Der Staat gibt allerdings auch den Rahmen für diese Konstruktion durch die Arbeitsmarktpolitik und die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme vor. Dies spiegelte sich in den Interviews auch insofern wider, indem der finanzielle Aspekt der staatlichen Unterstützung als verdient angesehen wurde, da bereits Beitragszahlungen vorausgingen. Hier wird deutlich, dass es in Gesellschaften, die stark auf das Konzept von Leistungsgerechtigkeit rekurrieren, leichter ist, Sozialleistungen über Verdienst zu argumentieren als über Bedarf (vgl. Miller 2008: 279 f). Die erwähnte enge Koppelung der Teilhabe am Sozialstaat an Teilhabe am Erwerbsleben im österreichischen Wohlfahrtsstaat ist daher nicht unproblematisch: Solidarität ist nicht die dominante Legitimationsstrategie sondern Leistung im Sinne von Erwerbsarbeit. Allerdings muss auch das Recht zu arbeiten, also etwas zu leisten,

erst erkämpft werden. Um von der Gesellschaft eher als vollwertiges Mitglied angesehen zu werden, müssen die Individuen ihren Weg zurück in den Arbeitsmarkt finden. Daraus ergeben sich Zwänge, die von den Betroffenen als kaum steuerbar erlebt werden. Vielfach werden Qualifikation und Bildung sowohl als bestes Mittel gegen Arbeitslosigkeit und die mit ihr verbundenen Abhängigkeit genannt. Für die im Rahmen dieses Projekt befragten jungen AkademikerInnen trifft das nicht zu. Dies führte teilweise zu Wut und Frustration.

Ferner ist auch der relativ geringe Reflexionsgrad in Bezug auf das Bild von Arbeitslosigkeit interessant: Die eigene Betroffenheit von Arbeitslosigkeit führt nicht notwendigerweise zu mehr Solidarität und Verständnis, sondern zu dezidierter Abgrenzung. Die höhere Zustimmung zur staatlichen Verantwortung von höher Gebildeten im quantitativen Teil ist also möglicherweise nicht auf Konzepte von Solidarität zurückzuführen. Dieses Ergebnis könnte vielmehr auf soziale Erwünschtheit oder mangelnde Beschäftigung mit dem Thema zurückzuführen. Hier wäre noch weiterführende Forschung notwendig.

Im Projekt kristallisierte sich heraus, dass die Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Arbeitslose zwischen den Akteuren abgeschoben wird und letztlich das Individuum allein trifft. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass *„Arbeitslosigkeit [...] jeden treffen“* (Trainerin) kann. Offensichtlich gilt der Leitsatz *„Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit“* nicht mehr in dieser Form. Wichtiger wird die spezifische Qualifikation in einigen wenigen Bereichen, wie etwa den MINT-Fächern. Die Ergebnisse dieses Projekts implizieren die Notwendigkeit einer politischen Neuorientierung und dass Arbeitsmarktpolitik auch die Nachfrageseite miteinschließen muss.

Literaturverzeichnis

AMS (2012): Geschäftsbericht 2012 :

www.ams.at/docs/001_ams_geschaeftsbericht_2012.pdf (Zugriff 04.07.2014, 09:36)

Baxandall, Phineas (2002): Explaining differences in the political meaning of unemployment across time and space. In: Journal of Socio-Economics 31, S. 469–502.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

BMASK (o.J.): Passive, aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik.

https://www.bmask.gv.at/site/Arbeit/Arbeitsmarkt/Passive_aktive_und_aktivierende_Arbeitsmarktpolitik (Zugriff 09.04.2014, 20:19)

Bode, Inge; Brose, Hans-Georg (1999): Die neuen Grenzen organisierter Reziprozität. In: Berliner Journal für Soziologie 9/2.

Bogner, Alexander (2012): Gesellschaftsdiagnosen. Ein Überblick. Weinheim; Basel: Beltz Juventa.

Bonoli, Giuliano (2010): The Political Economy of Active Labor Market Policy. In: Politics and Society 38 (4), S. 435-457.

Bundeskanzleramt (2014): Beihilfen und finanzielle Leistungen des AMS für Arbeitsuchende – Arbeitslosengeld. <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/45/Seite.450611.html> (Zugriff 04.07.2014, 08:49)

Contini, Dalit; Richiardi, Matteo G. (2012): Reconsidering the effect of welfare stigma on unemployment. In: Journal of Economic Behavior & Organization 84, S. 229– 244.

Dallinger, Ursula (2009): Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

ESS Austria 2008 (o.J.)

<http://www.europeansocialsurvey.org/about/country/austria/topics.html> (Zugriff 29.04.2014, 17:24)

Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred (2010): Das qualitative Interview. Wien: WUV-Universitätsverlag.

Grand, Peter (2009): Wann sind "umfassende" Reformen ausreichend? Die janusköpfige Entwicklung der österreichischen aktiven Arbeitsmarktpolitik 1998-2007. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38/2, S. 213–230.

Kaufmann, Franz-Xaver (2009): Sozialpolitik und Sozialstaat: soziologische Analysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mau, Steffen (2003): The moral economy of welfare states. Britain and Germany compared. London: Routledge.

Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg): Qualitativ-empirische Sozialforschung –Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 441-471.

Miller, David: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Nüchter, Oliver; Bieräugel, Roland; Glatzer, Wolfgang; Schmid, Alfons (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen: Budrich.

Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburg: Hamburger Edition.

Putz, Sabine (2014): Die Arbeitsmarktlage Ende Mai 2014. www.ams.at/docs/001_monatsbericht.pdf (Zugriff 30.06.2014, 15:36)

Statistik Austria (2014a):
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/ (Zugriff 30.06.2014, 20:49)

Statistik Austria (2014b):
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/arbeitslosenleistungen/index.html (Zugriff 04.07.2014, 09:13)

Sage, Daniel (2012): Fair Conditions and Fair Consequences? Exploring New Labour, Welfare Contractualism and Social Attitudes. In: Social Policy and Society 11, S. 359-373.

Ressler, Regina (2002): Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Mikro- und makrosoziale Determinanten. In: Wirtschaft und Gesellschaft - WuG 28/2, S. 201-228.

Tragl, Torsten (2000): Solidarität und Sozialstaat : theoretische Grundlagen, Probleme und Perspektiven des modernen sozialpolitischen Solidaritätskonzeptes. München u.a.: Hampp.

Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22.

Zulehner, Paul (1996): Solidarität : Option für die Modernisierungsverlierer. Innsbruck; Wien: Tyrolia-Verlag.

Anhang

Tabelle 3: Verteilung der zentralen Variablen

		Angabe in %	Anzahl N
Verantwortung	0=sollte gar nicht in der Verantwortung der Regierung liegen	1,5	34
	1	2,0	43
	2	4,9	107
	3	5,3	117
	4	8,9	195
	5	17,5	384
	6	10,3	227
	7	12,3	271
	8	13,8	302
	9	7,1	157
	10=sollte ganz in der Verantwortung der Regierung liegen	16,3	359
<i>Gesamt</i>		100	2196
Geschlecht	Männlich	45,1	1017
	Weiblich	54,9	1238
	<i>Gesamt</i>	100	2255
Bildungsstand	Pflichtschule/BMS/Lehre	56,8	1257
	Matura	24,5	542
	Kolleg/erster universitärer Abschluss	9,8	216
	Univ. Ausbildung/AkademikerIn	9,0	199
	<i>Gesamt</i>	100	2214
Alter in Kategorien	15 bis 20 Jahre	5,1	115
	21 bis 30 Jahre	20,8	469
	31 bis 40 Jahre	14,5	326
	41 bis 50 Jahre	19,3	435
	51 bis 64 Jahre	22,2	500
	65 bis 92 Jahre	18,2	410
	<i>Gesamt</i>	100	2255
Wohnumgebung	Großstadt/Vorort	33,5	753
	Stadt/Kleinstadt	30,8	694
	Ländliche Umgebung	35,7	803
	<i>Gesamt</i>	100	2250
Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein	Gar nicht wahrscheinlich	48,0	681
	Nicht sehr wahrscheinlich	37,3	530
	wahrscheinlich	7,4	105
	Sehr wahrscheinlich	7,3	104
	<i>Gesamt</i>	100	1420

Waren Sie in den letzten 5 Jahren arbeitslos und auf Arbeitssuche?	Ja	53,1	315
	Nein	46,9	278
	<i>Gesamt</i>	100	593
Wie schätzen Sie den Lebensstandard von Arbeitslosen ein?	0=Sehr schlecht	1,9	41
	1	4,2	91
	2	9,6	209
	3	11,3	246
	4	14,9	323
	5	19,3	419
	6	13,4	291
	7	11,0	239
	8	7,4	160
	9	3,7	81
	10=Sehr gut	3,4	75
<i>Gesamt</i>	100	2175	
Wahrscheinlichkeit, in den nächsten 12 Monaten vorübergehend nicht genügend Geld zur Deckung des Bedarfs des Haushalts zu haben	Gar nicht wahrscheinlich	41,4	830
	Nicht sehr wahrscheinlich	40,1	805
	Wahrscheinlich	12,8	256
	Sehr wahrscheinlich	5,7	114
	<i>Gesamt</i>	100	2005
Politisches Interesse	Sehr interessiert	15,5	339
	Ziemlich interessiert	35,6	777
	Kaum interessiert	34,1	745
	Überhaupt nicht interessiert	14,8	324
	<i>Gesamt</i>	100	2185

Quelle: ESS 2008, eigene Berechnungen

Tabelle 4: Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen

	Alter	Gender	Bildungsstand	Wohnumgebung	Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein	Lebensstandard der Arbeitslosen	Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten vorübergehend nicht genug Geld zur Deckung des Bedarfs des HH	In den letzten 5 Jahren arbeitslos und auf Arbeitssuche
Gender	r = ,177 sig. = ,685							
Bildungsstand	r = -,200*** sig. = ,000	Cramer-V = ,037 sig. = ,389						
Wohnumgebung	r = ,114*** sig. = ,000	Cramer-V = ,082** sig. = ,001	r = -,100*** sig. = ,000					
Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein	r = ,001 sig. = ,956	Cramer-V = ,041 sig. = ,501	r = -,115*** sig. = ,000	r = -,124*** sig. = ,000				
Lebensstandard der Arbeitslosen	r = -,113*** sig. = ,000	Cramer-V = ,053 sig. = ,810	r = -,058** sig. = ,008	r = -,030 sig. = ,061	r = -,170*** sig. = ,000			
Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten vorübergehend nicht genug Geld zur Deckung des Bedarfs des HH	r = ,010 sig. = ,646	Cramer-V = ,051 sig. = ,151	r = -,102*** sig. = ,000	r = -,016 sig. = ,461	r = ,524*** sig. = ,000	r = -,155*** sig. = ,000		

Waren Sie in den letzten 5 Jahren arbeitslos und auf Arbeitssuche?	Cramer-V = ,553*** sig. = ,000	Cramer-V = ,024 sig. = ,566	Cramer-V = ,120* sig. = ,040	Cramer-V = ,126** sig. = ,009	Cramer-V = ,337*** sig. = ,000	Cramer-V = ,226** sig. = ,001	Cramer-V = ,219*** sig. = ,000	
Politisches Interesse	r = -,177*** sig = ,000	Cramer-V = ,176*** sig. = ,000	r = -,230*** sig. = ,000	r = ,007 sig. = ,759	r = ,073** sig. = ,006	r = ,103*** sig. = ,000	r = ,114*** sig. = ,000	Cramer-V = ,186*** sig. = ,000

Quelle: ESS 2008, Eigene Berechnungen

Tabelle 5: Korrelationen zwischen abhängiger Variable und unabhängigen Variablen

	Alter	Gender	Bildungsstand	Wohnumgebung	Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein	Lebensstandard der Arbeitslosen	Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten vorübergehend nicht genug Geld zur Deckung des Bedarfs des HH	Waren Sie in den letzten 5 Jahren arbeitslos und auf Arbeitssuche?	Politisches Interesse
Sicherung des Lebensstandards	r = -,092**	Cramer-V = ,024	r = ,071**	r = -,126**	r = ,094**	r = ,015	r = -,023	Cramer-V = ,197**	r = -,029
von Arbeitslosen ist Verantwortung der Regierung	sig. = ,000	sig. = ,566	sig. = ,001	sig. = ,001	sig. = ,000	sig. = ,502	sig. = ,301	sig. = ,012	sig. = ,185

Quelle: ESS 2008, Eigene Berechnungen

Tabelle 6: Modellzusammenfassung

	Likelihood Ratio Chi-Square	df	Signifikanz- niveau
(Konstante)	564,455	1	0,000
Geschlecht	2,221	1	0,136
Politisches Interesse	17,302	3	0,001
Wahrscheinlichkeit, in den nächsten 12 Monaten arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein	65,194	3	0,000
Bildungsstand	11,482	3	0,009
Wohnumgebung	25,351	2	0,000
Alter	7,604	1	0,006
Alter (quadratisch)	8,761	1	0,003

Quelle: ESS 2008, eigene Berechnungen

Bisher in dieser Reihe erschienen:

No. 1: Cserer, Michael; Paukovits, Harald; Teodorowicz, Slawomir; Wolf, Thomas: Die Wiener Indie-Szene: Independent Networking innerhalb einer verworrenen Mikroökonomie. 2006.

No. 2: Aicher, Linda: Kinderkonzerte als Mittel der Distinktion. Soziologische Betrachtung von Kinderkonzerten in Wien anhand von Pierre Bourdieus kultursoziologischem Ansatz. 2006.

No. 3: Ehrenhöfer, Katrin; Koppensteiner, Gudrun; Pumberger, Doris; Steinbauer, Birgit: Musikwirtschaft und neue Medien: Veränderungen in der Musikwirtschaft durch die Digitalisierung aus der Sicht von österreichischen Musikexperten und Vertreter der Musikwirtschaft. 2006.

No. 4: Eidenberger, Judith; Haider, Sandra; Oberhumer, Astrid; Rozinski, Jutta: Creative Industries in der Gemeinde Gaspoltshofen. Eine Regionalstudie. 2006.

No. 5: Buchacher, Christoph; Steyer, Mario: Die österreichische Verlagsbranche. Eine Branche unter Druck? 2006.

No. 6: Frass, Johannes; Frotzler, Martin; Hartner, Michael; Kiennast, Herbert: Habitusforschung in der Wiener Elektronischen Musikszene. 2006.

No. 7: Beltzung, Luise; Kittenberger, Axel; Mayer, Susanne: Lebensläufe österreichischer Chefredakteure. Eine Ressourcenanalyse nach Pierre Bourdieu. 2007.

No. 8: Angel, Stefan; Roch, Ramona; Witzani, Agnes: Zusammenarbeit und Konkurrenz in der Wiener Theaterlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Wiener Festwochen. 2007.

No. 9: Geppl, Monika; Kreuch, Gerhard; Ludescher, Martin unter Mitarbeit von Auer, Roland: Professionalität im „Offenen Kanal“ Okto – ein Widerspruch? 2008.

No. 10: Delgado Martin, Carolina; Kontseková, Judit; Schinko, Georg: Motive für die Wahl der Pressefotografie als Beruf. 2008.

No. 11: Howorka, Sebastian; Joos, Michael; Kaltner, Christina: Funktionalität, Repräsentation und Planungseffizienz. Die Spannungsfelder eines architektonischen Planungsprozesses am Beispiel des Neubaus der WU. 2013.

No. 12: Bauer, Astrid; Kropik, Andrea; Posch, Katharina; Wunsch, Matthias: „Du mein Wienerlied“. Eine Betrachtung der Wienerlied-Szene aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. 2013.

No. 13: Dibiasi, Anna; Simic, Zana; Weiß, Michaela: Von der Kunst, KünstlerIn zu sein. Eine Untersuchung des sozialen Feldes der Bildenden Kunst in Wien. 2013.

No. 14: Untersuchungen zur Pflege. 2014.